



Bernd Haunfelder

Die münsterischen Regierungspräsidenten des 20. Jahrhunderts



Bezirksregierung
Münster

NRW.



Bernd Haunfelder

**DIE
MÜNSTERISCHEN
REGIERUNGSPRÄSIDENTEN
DES
20. JAHRHUNDERTS**

Zu den Abbildungen

Einband vorne:

Das Wappen des Landes Nordrhein-Westfalen

Einband hinten:

Ansicht der münsterischen Regierung aus den 50er-Jahren

Seite 2:

Treppenhaus der münsterischen Regierung, um 1960

Impressum/Bildnachweis

Abbildungen: Landschaftsverband Westfalen-Lippe (Landesdenkmalamt),
Bezirksregierung Münster, Westfälische Nachrichten, privat.

Titel- und Satzgestaltung sowie Layout: Silke Haunfelder

© 2006 Bezirksregierung Münster

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdrucks, der Entnahme von Abbildungen, der Funksendung, der Wiedergabe auf fotomechanischem oder ähnlichem Wege und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Die Vergütungsansprüche des § 54 Abs. 2 UrhG werden durch die Verwertungsgesellschaft Wort wahrgenommen.

INHALT

ZUM GELEIT: INNENMINISTER DR. INGO WOLF	7
EINLEITUNG	9
ALFRED VON GESCHER 1897–1909	11
JAROSLAW VON JAROTZKY 1909–1913	14
FELIX GRAF VON MERVELDT 1913–1922	15
HEINRICH HASLINDE 1922–1926	23
CARL HETTLAGE 1926	26
RUDOLF AMELUNXEN 1926–1932	27
HERMANN PÜNDER 1932–1933	32
KURT MATTHAEI 1933–1934	39
KURT KLEMM 1934–1941	45
GÜNTHER GRAF VON STOSCH 1941–1943	46
THEODOR FRÜNDT 1943	48
WALTER RUHS 1944–1945	49
CLEMENS FREIHERR VON OER 1945	52
FRANZ HACKETHAL 1945–1956	55
BERNHARD REISMANN 1957–1958	59
JOSEF SCHNEEBERGER 1959–1973	62
EGBERT MÖCKLINGHOFF 1973–1978	68
ERWIN SCHLEBERGER 1978–1995	75
JÖRG TWENHÖVEN 1995–2006	84
ZUSAMMENFASSUNG	91
ANMERKUNGEN	94
ABBILDUNGEN	108



Blick vom Domplatz auf Regierung, rechts, und Rathaus

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

im Jahr 2003 feierte die Bezirksregierung Münster ihr 200-jähriges Bestehen. In der begleitenden Festschrift konnte man viele Beiträge zur Geschichte der Behörde und ihrer Gründer – Freiherr vom und zum Stein und Freiherr von Vincke – finden. Informationen aber über alle münsterischen Regierungspräsidenten, die in oft schicksalhaften Jahren ihre Behörde leiteten, waren nicht darunter.



Nur wenige Zeitzeugen können heute noch persönlich über die Jahre des „Dritten Reiches“ berichten. Zumeist legen Bücher und Bilder Zeugnis über die Verbrechen der Jahre 1933 bis 1945 ab. In Nordrhein-Westfalen engagieren sich daher immer mehr Behörden „Gegen das Vergessen“, arbeiten ihre „Vergangenheit“ auf, um auch zukünftigen Beschäftigten im öffentlichen Dienst die gesellschaftliche Bedeutung einer freiheitlichen und demokratischen Verwaltung vor Augen zu führen.

Die Bezirksregierung Münster als eines der ältesten Regierungspräsidien in Deutschland hat mit dem Buch, das Sie jetzt in Händen halten, einen wichtigen Schritt in diese Richtung getan. „Die münsterischen Regierungspräsidenten“ sind nicht nur die Männer, die die Behörde durch friedliche Zeiten geführt haben. Jene, die manchmal unter Duldung, aber meistens auf Druck der Nationalsozialisten ins Amt kamen, gehören auch dazu.

Die Regierungspräsidenten hatten und haben in unserem Land eine starke Position an der Schnittstelle zwischen Landesregierung, Kommunen und den Menschen der Region. Diese Position wurde in Nordrhein-Westfalen deshalb immer von politischen Beamten eingenommen. Ein

großer Teil der Regierungspräsidenten in Münster hat dabei seinen Einfluss und die vielfältigen Gestaltungsmöglichkeiten des Amtes zum Wohle der Region genutzt.

Über alle berichtet der Historiker Dr. Bernd Haunfelder, ein profund-der Kenner der Region und der Verwaltung in Nordrhein-Westfalen. Dr. Haunfelder legt mit diesem Buch ein „Who is who“ der münsterischen Regierungspräsidenten vor, das in dieser Form erstmalig erscheint. Er schließt damit zwei Lücken in der verwaltungsgeschichtlichen Literatur: Dr. Haunfelder spannt den Bogen von den Anfängen über die Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft bis ins 21. Jahrhundert. Er liefert zugleich die erste Betrachtung und Bewertung der Regierungspräsidenten der jüngsten Neuzeit.

Ich wünsche allen Leserinnen und Lesern dieser Seiten anregende und informative Stunden.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Ingo Wolf', with a stylized, cursive script.

Dr. Ingo Wolf MdL
Innenminister des Landes
Nordrhein-Westfalen

„Auf der Grundlage der demokratischen Selbstverwaltung muß neues kommunales Leben in wieder zu errichtenden Provinzialverwaltungen in Rheinland und Westfalen erstehen. So sehe ich im Geiste auch für unser altes und herrliches Münster eine blühende Entwicklung bedeutender Verwaltungsarbeit auf provinzieller Grundlage vor mir.“

Hermann Pünder am 28.7.1946 im münsterischen Gertrudenhof

ÄMTER UND NAMEN

Im Jahr 2003 blickte die „Regierung zu Münster“, wie sie im Sprachgebrauch der preußischen Verwaltung lange Zeit genannt wurde, auf den 200. Jahrestag ihres Bestehens zurück. Nach der preußischen Inbesitznahme war Karl Freiherr vom Stein 1803 an die Spitze der Kriegs- und Domänenkammer Münster getreten, aber nach dem sich drei Jahre später einfindenden französischen Regiment hatte Preußens großer Sprung nach Westen ein jähes Ende gefunden. Die Regierung zu Münster gehört heute zu den ältesten, politische Umbrüche und vermeintliche historische Zeitenwenden überdauernden Einrichtungen in Deutschland.

Nach dem Ende des Wiener Kongresses 1815 waren Rheinland und Westfalen endgültig an Preußen gefallen. Im Verlauf der Gründung der Provinz Westfalen und der administrativen Unterteilung in die Regierungsbezirke Arnsberg, Minden und Münster nahm der von Friedrich Wilhelm III. zum Oberpräsidenten ernannte Ludwig Freiherr Vincke am 25. Mai 1815 seine Amtsgeschäfte in der Provinzialhauptstadt Münster auf.¹ Wie in allen anderen preußischen Verwaltungszentren der Fall, so amtierte er am Sitz des Oberpräsidiums zugleich als Präsident der Regierung, also in diesem Fall derjenigen Münsters, überließ die Amtsgeschäfte aber einem etatmäßig zur Seite bestellten Regierungsvizepräsidenten im Range eines Oberregierungsrats.² Nach der Verabschiedung der Landesverwaltungsgesetze in den Jahren 1880 und 1883 wurde diese Personalunion in der gesamten Monarchie aufgehoben.³

Die Regierung zu Münster, die am 1. August 1816 ihre Arbeit im so genannten Fürstenhof am Domplatz aufnahm, bestand aus zwei Abtei-

lungen: Die Abteilung des Inneren bearbeitete die inneren Angelegenheiten der Landeshoheit, regelte das gesamte Polizei- und das Kommunalwesen, die Militärsachen, das gesamte Bauwesen sowie die nicht dem Konsistorium bzw. Provinzial-Schulkollegium unterstehenden geistlichen und Schulangelegenheiten. Die zweite Abteilung war für die direkten Steuern, die Domänen und Forsten und ferner für das gesamte Kassen-, Etat- und Rechnungswesen zuständig.⁴

Mit der Ernennung August von Liebermanns⁵ am 20. Juni 1887 erhielt die Regierung ihren ersten eigenen Präsidenten. Liebermann, der aus Schlesien stammte und bis 1890 amtierte, sein aus Hessen gebürtiger Nachfolger Hermann von Schwarzenberg⁶, der sieben Jahre an der Spitze der Regierung stand, oder der danach berufene Alfred von Gescher⁷, Präsident von 1897 bis 1909, übrigens erster Münsterländer und zweiter Katholik seit 1815 in diesem Amt, sie alle haben außerhalb ihres Wirkungskreises, abgesehen von Geschers sozialem Wirken nach seiner Pensionierung, wenig Spuren hinterlassen.

Seitens des preußischen Innenministers wurde die Besetzungspolitik aber nicht ohne Berechnung vorgenommen. Der Regierungsbezirk Münster galt noch Jahre nach der Beilegung des Kulturkampfes als schwieriges Terrain, so dass die Berufung eines einheimischen, noch so befähigten Verwaltungsbeamten, der sich womöglich von politischen wie religiösen Interessen maßgeblicher Kreise beeinflussen ließe, nicht in Frage kam. Dies galt nicht weniger für die Rheinprovinz, aber keineswegs für den Osten der Monarchie, wo konservative Adelige und Besitzer großer Rittergüter gerne zum Landrat im eigenen Kreis und mitunter gar zum Regierungspräsidenten befördert wurden. Dass es selbst in Westfalen anders ging, bewies die Berufung des katholischen, aus Borken gebürtigen Oberpräsidenten Franz von Duesberg⁸, der seinem Regierungsbezirk von 1850 bis 1870 eine Ära einer wohlwollenden Beständigkeit bescherte. Der erwähnte Liebermann, von 1858 bis 1877 Landrat des schlesischen Kreises Steinau, war Protestant, gleichfalls dessen Nachfolger, sowie fast alle anderen Amtsinhaber mit Ausnahme des von 1833 bis 1836 amtierenden Vizepräsidenten Albert von Vahlkampf⁹ sowie des erwähnten Alfred von Gescher. Aber dessen Berufung fiel nicht aus dem Rahmen gängiger

Besetzungspolitik, wie nachfolgend noch im Falle des Grafen Merveldt zu sehen sein wird. Gescher, praktizierender Katholik, verbanden keinerlei Beziehungen zum politischen Katholizismus oder direkt zur Zentrums-
partei, beileibe nicht aus Rücksichtnahme der eigenen Karriere willen. Seine Einstellung bildete aber eine Grundbedingung dafür.

ALFRED VON GESCHER

1897–1909

Obschon gebürtiger Münsteraner, verbrachte der am 20. Juli 1844 in der Provinzialhauptstadt als Sohn eines Richters geborene Alfred Gescher die meiste Zeit nicht in Westfalen. Sein Vater wurde, wie damals üblich, wiederholt versetzt. Als Elfjähriger kam er mit seinen Eltern nach Koblenz, in die Hauptstadt der Rheinprovinz. Dort, auf der anderen Rheinseite, in Ehrenbreitstein, amtierte sein Vater zunächst als Kreisgerichts- und später als Amtsgerichtsrat.¹⁰ 1863 bestand sein Sohn in der rheinischen Verwaltungsmetropole die Reifeprüfung. Gescher studierte danach von 1864 bis 1867 Rechtswissenschaften in München, Bonn und Berlin. In der bayerischen Landeshauptstadt hatte er sich dem Corps Isaria angeschlossen.¹¹ Auf das Auskultatorenexamen 1867 folgte der erste Teil der juristischen Ausbildung, die er 1869 in Ehrenbreitstein mit dem Referendarexamen abschloss. 1872 bestand er das Assessorexamen.

Gescher, der 1866/67 als Einjährig-Freiwilliger diente und den Rang eines Sekondeleutnants bekleidete, hatte an den Einigungskriegen 1866 und 1870/71 nicht teilgenommen. 1873 berief ihn der preußische Justizminister zum kommissarischen Friedensrichter in Kreuznach – eine Amtsbezeichnung, die noch aus französischer Zeit im Rheinland existierte – und wenig später zum Friedensrichter in Waxweiler im Kreis Prüm in der Eifel. 1875 wurde Gescher unter Beförderung zum Staatsprokurator, wie Staatsanwälte damals noch genannt wurden, nach Köln versetzt. Ende 1880 ließ er sich beurlauben und übernahm als Dirigent die Rechtsabteilung des Außenministeriums in Konstantinopel. Hier gehörte er seit 1883 auch der Staatsschuldenkommission des osmanischen Reichs an.

Im August 1889 wurde Gescher mit der kommissarischen Verwaltung des Kreises Rees betraut und im Jahr darauf zum Landrat berufen. Bereits vier Jahre später erreichte ihn die Beförderung zum Oberregierungsrat mit gleichzeitiger Übernahme des Postens des Vizepräsidenten der Regierung in Düsseldorf. Hier verblieb er indes nur zwei Jahre, wurde kurzzeitig als Vortragender Rat ins preußische Innenministerium in Berlin versetzt, ehe ihn der Innenminister 1897 zum Regierungspräsidenten von Münster ernannte. 1909 wurde Alfred von Gescher, Wirklicher Geheimer Oberregierungsrat und Ehrendoktor der Universität Münster, mit 65 Jahren in den Ruhestand verabschiedet. Die Zeit danach, 23 lange Jahre, in denen er sich aktiv am Gesellschaftsleben der Stadt beteiligte, ein Freund und Gönner vieler geselliger und sozialer Vereine, dazu Förderer zahlreicher gemeinnütziger Bestrebungen, verbrachte er in seiner Geburtsstadt. Vor den Toren Münsters, am Schiffahrter Damm in Höhe der Schleuse, besaß er das stattliche Anwesen Haus Mauritzaide. Hier starb er am 29. Oktober 1932 im Alter von 88 Jahren.¹²

Der Regierungspräsident stand, obwohl praktizierender Katholik, seiner politischen Gesinnung nach eindeutig im Lager der Konservativen, deren Partei er von 1908 bis 1918 im preußischen Abgeordnetenhaus für den Wahlkreis Münster 1 „Tecklenburg“ und von 1893 bis 1894 gleichfalls im Deutschen Reichstag für den Wahlkreis „Moers – Rees“ vertrat.¹³ Gescher, der 1908 in Tecklenburg als „schwarzblauer agrarischer Sammelkandidat“ des konservativen Bundes der Landwirte antrat und als Katholik auch für die Zentrumspartei akzeptabel war, setzte sich souverän durch.¹⁴ Unter den vielen altpreußischen protestantischen Adligen nahm er indes im preußischen Landtag eine Außenseiterstellung ein. Gescher war aber nicht der erste Amtsinhaber, den es auf die politische Bühne zog. Heinrich Eduard von Flottwell, Ober- bzw. Regierungspräsident von 1846 bis 1850, hatte 1848/49 der Deutschen Nationalversammlung in Frankfurt und 1859 kurzzeitig dem preußischen Abgeordnetenhaus angehört,¹⁵ Friedrich von Kühlwetter, Ober- bzw. Regierungspräsident von 1871 bis 1882, saß von 1849 bis 1850 gleichfalls im Abgeordnetenhaus, und der von 1883 bis 1889 amtierende Robert von Hagemeister vertrat von 1867 bis 1870 den Wahlkreis Stralsund-Rügen im Norddeut-

schen Reichstag. Zugleich hatten ihn 1866 die dortigen Wähler ins preußische Abgeordnetenhaus entsandt.¹⁶ Aber auch die Regierungsvizepräsidenten Karl von Bodelschwingh¹⁷, Johann Gottlieb August Naumann¹⁸ und Wilhelm von Holtzbrinck¹⁹ hatten durchaus parlamentarischen Ehrgeiz erkennen lassen.

Infolge seiner Beförderung zum Regierungsvizepräsidenten in Düsseldorf im Jahre 1894 sah sich Gescher indes veranlasst, gemäß Geschäftsordnung des Hohen Hauses, sein Reichstagsmandat niederzulegen. Der weiteren Karriere hat dies nicht geschadet. Geschers Vater hingegen, der noch eindeutig für das Zentrum Partei genommen hatte, saß von 1870 bis 1885 für den Wahlkreis „Koblenz – St. Goar – Garnison von Frankfurt und Mainz“ des Regierungsbezirks Koblenz gleichfalls im preußischen Abgeordnetenhaus.²⁰ Dafür kam er sein Leben lang auch nicht über die Stellung eines Amtsgerichtsrats im erwähnten Ehrenbreitstein hinaus. Regierungspräsident Gescher hingegen, Schwiegersohn eines Kölner Kommerzienrats und durch Heirat vermögend geworden – im Handbuch des preußischen Abgeordnetenhauses nannte er gleich drei Güter sein Eigen²¹ –, war im Jahre 1900 sogar nobilitiert worden. Aufgrund seiner münsterischen Abstammung zählte er zu den wenigen Amtsinhabern, die eine gesellschaftliche Rolle in der Stadt spielten und eben nicht, wie das viele Jahre der Fall war, von den katholischen Honoratioren gemieden wurde.

Mit Geschers Namen ist in Münster vor allem die zweite große Eingemeindung nach der Reichsgründung verbunden.²² Im Zusammenhang mit dem Bau des Dortmund-Ems-Kanals und einer merklichen Zunahme der Bevölkerung hatte der Regierungspräsident den münsterischen Magistrat gedrängt, mit den umliegenden Landgemeinden des Kreises Münster über eine Gebietsvergrößerung zu verhandeln. Trotz erheblichen Widerstands seitens der Landwirtschaft und vor allem des einflussreichen Bauernführers und Provinziallandtagsabgeordneten Carl Herold, der um die Steuereinnahmen der Gemeinden fürchtete, wurde das 1898 begonnene Vorhaben 1903 abgeschlossen. Münster wuchs von 10,8 Quadratkilometern mit rund 67.000 Einwohnern auf 65,9 Quadratkilometer mit fast 77.000 Einwohnern.

JAROSLAW VON JAROTZKY

1909–1913

Geschers Nachfolger Jaroslaw von Jarotzky²³, gleichfalls katholischer Konfession – und ausweislich des bisherigen Berufswegs klassischer Karrierebeamter –, kam wiederum aus dem Osten der Monarchie. Er wurde am 21. April 1858 im schlesischen Münsterberg geboren. Sein Vater hatte es nach der Militärkarriere, die er mit dem Rang eines Majors beschloss, zum kaiserlichen Postdirektor gebracht. Die Familie zählte zum alten polnischen Adel.

Nach Absolvierung des Gymnasiums in Glatz hatte Jarotzky Rechtswissenschaften in Breslau und Leipzig studiert, bestand 1880 das Referendarexamen und 1885 die Assessorprüfung. Einer Studentenverbindung hat er vermutlich nicht angehört. 1877/78 diente er als Einjährig-Freiwilliger und bekleidete zuletzt den Rang eines Hauptmanns der Reserve. Jarotzky wurde nach der Großen Staatsprüfung in den preußischen Staatsdienst übernommen und zunächst den Regierungen in Liegnitz und Oppeln zugeordnet. Von 1887 bis 1892 amtierte er als Landrat von Gostyn in Posen, war von 1892 bis 1900 Regierungsrat beim Oberpräsidium der Provinz Posen in Posen und für zwei weitere Jahre Vortragender Rat im preußischen Innenministerium. 1897 heiratete Jarotzky Maria Freiin von der Kettenburg. Der Ehe entstammte eine Tochter.

Im Jahre 1902 wurde Jarotzky zum Regierungspräsidenten in Danzig und 1909, vermutlich um Erfahrungen in den Westprovinzen zu sammeln, in gleicher Eigenschaft nach Münster versetzt. Auf der Karriereleiter nahm er indes bald noch eine weitere Sprosse. 1913 folgte er als Ministerialdirektor einem Ruf ins preußische Innenministerium und übernahm nach dem Weltkrieg den Posten des Landesfinanzamtspräsidenten [Leiter der Oberfinanzdirektion] Schleswig-Holsteins in Kiel. Jarotzky stand, in seiner Karriere nicht alltäglich, im Rang eines Wirklichen Geheimen Oberregierungsrats mit dem Prädikat Exzellenz. Kaiser Wilhelm II. hatte ihm den „Roten-Adlerorden II. Klasse mit Eichenlaub“ verliehen. Der frühere münsterische Regierungspräsident starb am 28. Oktober 1928 in Kiel im Alter von 70 Jahren.

FELIX GRAF VON MERVELDT

1913–1922

Am 24. November 1913 wurde der seit 1894 als Landrat des Kreises Recklinghausen amtierende Felix Graf von Merveldt zum neuen münsterischen Regierungspräsidenten berufen.²⁴ Merveldt, Spross einer alteingesessenen katholischen und in Westfalen verzweigten Adelsfamilie, am 23. Oktober 1862 in Salzkotten/Kreis Büren als Sohn eines Amtmanns und vormaligen preußischen Rittmeisters geboren, erhielt 1883 am münsterischen Paulinum das Zeugnis der Reife, studierte Rechts- und Kameralwissenschaften in Göttingen und Leipzig – eher ungewöhnliche Studienorte für einen katholischen Grafen – und bestand 1886 vor dem Oberlandesgericht Hamm sein Referendarexamen.

Während des Studiums diente er als Einjährig-Freiwilliger und stand zuletzt im Rang eines Hauptmanns der Reserve. Einer Studentenverbindung, namentlich einem der bekannten Göttinger Corps²⁵, trat Merveldt nicht bei. Von der aktiven Mitgliedschaft in einer katholischen Verbindung ist nichts bekannt. Nach Absolvierung des juristischen Vorbereitungsdiensts, zuletzt 1888 als Regierungsreferendar bei der Regierung in Kassel, bestand er im Juli 1889 das Assessorexamen, wurde danach dem Landratsamt Lingen zugeteilt und fand von 1891 bis 1894 als Regierungsassessor Verwendung im Polizeipräsidium Magdeburg; hier amtierte er als Stellvertreter des Präsidenten.

1893 wurde Merveldt mit der kommissarischen Leitung des Kreises Recklinghausen betraut und im Jahr darauf definitiv zum Landrat ernannt, mit 31 Jahren eine in der preußischen Verwaltung nicht gerade alltägliche Karriere, zumal der ihm übertragene Kreis hinsichtlich seiner Einwohnerzahl zu den größten Preußens und aufgrund seines industriellen Potentials zu den wirtschaftlich herausragenden der beiden Westprovinzen gehörte. Das Amt behielt er, gemessen an seinem ersten raschen Karrieresprung, außerordentlich lange, und erst 19 Jahre später, ein Jahr vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs, erreichte ihn die Ernennung zum Regierungspräsidenten von Münster. In Recklinghausen hatte er parallel zur fortschreitenden Industrialisierung des Emscher-Lippe-

Raums den Ausbau des Straßen- und Schienennetzes forciert, ein bleibendes Verdienst, wie es im Nachruf des „Münsterischen Anzeigers“ vom 22. Oktober 1926 ausdrücklich hieß.

Merveldt, der 1899 in seiner Eigenschaft als Landrat in den Westfälischen Provinziallandtag einzog²⁶ und hier bald durch seine fundierten Kenntnisse die Blicke auf sich zog, wäre wohl ein ernsthafter Kandidat für das Amt des Landeshauptmanns in der Nachfolgeschafft Ludwig Holles²⁷ gewesen, allein diesen Schritt verhinderte seine Konfession. Ein Katholik, wenngleich kein Parteigänger des Zentrums, an der Spitze der preußischen Provinzialverwaltung galt als politisch nicht erwünscht. So war es nahe liegend, dass mit zunehmender Amtsdauer Merveldts Recklinghausen nicht die letzte Station seiner Karriere sein würde, zumal ihm der Ruf eines tüchtigen Verwaltungsbeamten vorauseilte.

Der ungewöhnliche Karriereschritt vom Landrat zum Regierungspräsidenten unter Umgehung weiterer Stationen in Ministerien oder sonstigen Verwaltungsbehörden lässt indes darauf schließen, dass Merveldt verschiedene ihm angetragene Beförderungen und damit verbundene Versetzungen ausgeschlagen hat und er eigentlich nur auf die Ernennung zum münsterischen Regierungspräsidenten wartete.²⁸ Die Gründe seines Verhaltens sind nicht ersichtlich, dürften aber im privaten Bereich liegen. Merveldt, selbst ohne Grundbesitz und dadurch nicht an seine Heimat gebunden, hatte 1895 Hedwig Limper, Tochter des vermögenden Kommerzienrats Franz Limper aus Recklinghausen, geheiratet²⁹ und dürfte sich mit dem bedeutendsten Landratsamt des Regierungsbezirks Münster, das ihm überdies reiche Gestaltungsmöglichkeiten bot, vorerst begnügt haben. Dazu ein Zahlenbeispiel: Als er 1893 das dortige Amt antrat, zählte der Kreis 109.000 Einwohner, als er den Kreis 1913 verließ 328.000 ausschließlich der selbstständigen Gemeinden Recklinghausen mit 34.000 und Buer mit 67.000 Einwohnern.³⁰

Nach der Beförderung Jarotzkys ins Innenministerium fiel, als Berlin über die Nachfolge entschied, sogleich auch Merveldts Name, wiewohl ihn die bestimmenden Honoratioren des Kreises Recklinghausen nicht gerne ziehen sahen. Am 24. November 1913 wurde ihm die Ernennungs-urkunde als Regierungspräsident von Münster ausgehändigt. Merveldts

Amtszeit war von den Folgen des wenig später ausbrechenden Weltkriegs und, weitaus gravierender, von den nachfolgenden Krisenzeiten bis zu seiner überraschenden Ablösung 1922 überschattet. Vom lange fortwirkenden imperialen Glanz des denkwürdigen Kaiserbesuchs von 1907 in Münster, vom wirtschaftlichen Aufbruch nach der Jahrhundertwende, der Münster kurz vor Kriegsausbruch zur jüngsten Großstadt Preußens beförderte, blieb nach der Mobilmachung im August 1914 nichts übrig. Die Provinzialhauptstadt, gemessen an ihrer Bevölkerungszahl größte Garnison Preußens, kleidete sich fortan feldgrau. Das soignierte katholische Honoratiorentum, das sich nach der Reichsgründung viele Jahre im Abseits verhielt und Preußens Gloria misstraute, reihte sich nun wie selbstverständlich in die Reihen der Verteidiger des Vaterlands ein. 1914 war Münster auch emotional im Reich angekommen.

Kraft seines Amts als Regierungspräsident war Merveldt sogleich mit Aufgaben der Zivilverwaltung betraut worden, freilich nicht im Westen. Von August bis November 1914 amtierte er als königlicher Kommissar zur Sicherung der preußischen Grenzkreise zu Russisch-Polen in Oberschlesien und, nach dem deutschen Vormarsch in der Folge des Siegs bei Tannenberg, war er dort Leiter der Zivilverwaltung. Nach einer kurzzeitigen Verwendung im Stab des Reichskanzlers Theobald von Bethmann Hollweg kehrte Merveldt im Januar 1915 auf seinen Posten in Münster zurück und war hauptsächlich mit der Sicherung und Verteilung von Lebensmitteln und dem Unterbinden von Verstößen gegen die strengen Verordnungen beschäftigt. Er amtierte zugleich als Vorsitzender des Westfälischen Viehhandelsverbands und stand an der Spitze der Provinzialfleisch- und der Provinzialkartoffelstelle.³¹ Im August 1920 übernahm er zudem das Amt des Bezirkskommissars für die Entwaffnung der Zivilbevölkerung und amtierte als Staatskommissar für die Ernährungsfrage der Provinzen Westfalen, Rheinland und Hessen-Nassau.³²

Der münsterische Regierungspräsident gehörte zu den wenigen und zudem adeligen Spitzenbeamten Preußens, die ihren Posten auch in der Weimarer Republik ausübten. Am 18. Juli 1922 wurde Felix Graf von Merveldt, noch nicht 60 Jahre alt, allerdings überraschend in den einstweiligen Ruhestand versetzt, aus politischen Gründen, hieß es so allge-

mein wie nichtssagend in der Presse. Er erfuhr davon ausgerechnet aus der Zeitung.³³ Eine solche Entlassung, die nach der Verabschiedung des „Gesetzes zum Schutz der Republik“ vom 26. Juni 1922 jederzeit möglich war³⁴, und mit der solche Beamte abgestraft werden konnten, an deren Republiktreue Zweifel bestanden, hatte sich gerüchteweise indes schon einige Tage zuvor angekündigt. Der „Münsterische Anzeiger“ zitierte am 16. Juli 1922 unter der Überschrift „Was ist die Wahrheit?“ aus verschiedenen westdeutschen Blättern, darunter auch aus der in Dortmund erscheinenden Zentrumszeitung „Tremonia“, dass der preußische Innenminister Carl Severing die Entlassung verschiedener Regierungspräsidenten plane, darunter jene von Aachen, Koblenz, Osnabrück und Münster. Über die Gründe wurde nur spekuliert, allem Anschein nach passe Severing die politische Einstellung der Regierungspräsidenten nicht.

Eine von der Zentrumsfraktion des preußischen Landtags zu Severing entsandte Delegation, die dem Wahrheitsgehalt der Gerüchte, besonders der Absetzung des Osnabrücker Regierungspräsidenten, des engagierten Katholiken Albert Tillmann und ersten Zentrumsvertreters auf diesem Posten, auf den Grund gehen wollte³⁵, wurde von diesem ungnädig abgewiesen. Bei den Treffen soll sich Severing noch kurz dahingehend geäußert haben, dass weitere Präsidenten entlassen würden; gerüchteweise sei dabei auch der Name Graf Merveldt gefallen.

Die Empörung der „Tremonia“ über Severings Verhalten mündete in der Feststellung, „daß man noch eine größere Reihe sozialdemokratischer Parteigrößen auf der Walze hat, die um jeden Preis an die Staatsfutterkrippe gebracht werden sollen. Gottlob steht die Sache so, daß auch neue Regierungspräsidenten nur ernannt werden können, im Einvernehmen mit dem Provinzialausschuß“.³⁶ Das Zentrum dürfe verlangen, so führte die „Tremonia“ weiter aus, dass Leute, die ihm nahe stünden, nicht ohne allen Grund ihres Amtes entsetzt würden. Die Zeitung übersah freilich, dass es Severing gar nicht auf Persönlichkeiten des Zentrums abgesehen hatte, wie überhaupt der Verteilungsschlüssel der Regierungspräsidien anhand der Stärke der Parteien nicht geändert werden sollte. In der Morgenausgabe des „Münsterischen Anzeigers“ vom 20. Juli 1922 erfuhren die Zeitungsläser von der Entlassung – Versetzung

in den einstweiligen Ruhestand, wie es offiziellerseits hieß – der sieben Regierungspräsidenten „aus allgemeinen politischen Gründen“. Es handelte sich um Wolf Heinrich von Gersdorff in Merseburg, Kurt von Schmeling in Stettin, Albert von Gröning in Koblenz, Adolf Freiherr von Dalwigk-Lichtenfels in Aachen, Theodor von Heppe in Aurich, Felix Graf von Merveldt in Münster und Wilhelm Kutscher in Hildesheim. Albert Tillmann aus Osnabrück fehlte. Dessen Verbleib im Amt war zunächst auf verschiedene eindeutige Proteste der Zentrumswählerschaft, besonders aus dem Emsland, zurückgeführt worden. Aber solcherlei Aktionen beeindruckten Severing nicht. Am folgenden Tag wurde auch die Absetzung Tillmanns bekannt gegeben, der freilich wenig später zum Ministerialdirektor im preußischen Finanzministerium aufrücken sollte.³⁷

Neben der allgemeinen Empörung über die Maßnahme, deren Hintergrund nicht ersichtlich erschien, erregte sich der „Anzeiger“ über die Art und Weise eines Personenstücks hinter den Kulissen, über ein Geheimverfahren, sparte aber nicht mit Kritik über mangelnde rechtzeitige Informationen durch die zuständigen Parteinstanzen. Der verwunderte Leser erfuhr in einer nachgeschobenen Meldung nun den inoffiziellen Grund der landesweit große Aufregung auslösenden Entlassungswelle, und zwar habe diese seine Ursache in der mangelnden Aufmerksamkeit gegenüber bewaffneten Rechtsorganisationen in der jüngeren Vergangenheit.³⁸ Zu einer offiziellen Begründung war die preußische Regierung nicht verpflichtet, sie hat sich dazu auch nicht im persönlichen Gespräch mit den Betroffenen bereitgefunden.

In der zweiten Ausgabe des „Anzeigers“ vom 20. Juli 1922 erfuhr der Leser nun gleich von den Neubesetzungen der Regierungspräsidien und er konnte, sofern Wähler des Zentrums, mit der Wahl zufrieden sein. In Aachen und Trier wurden deren Parteigänger berufen. Von Münster war nicht die Rede. Umso überraschender meldete der „Anzeiger“ am folgenden Tag, dass auf Beschluss des Innenministers der bisherige Landrat des Kreises Düren, Dr. Wilhelm Rombach³⁹, als neuer Regierungspräsident in Münster ausersehen sei; Name und Person waren hier unbekannt. Das rasche Vorgehen der preußischen Regierung blieb nicht ohne Widerspruch, zumal auch mehr und mehr rechtliche Bedenken, wie sie vor al-

lem im Staatsrat zu hören waren, laut wurden. Die Bestellung eines neuen Regierungspräsidenten bedurfte der Zustimmung des Provinzialausschusses, ein Argument, das Severing nicht bestritt, weshalb er auf die zunächst vorläufige, also kommissarische Ernennung der in Frage kommenden Beamten verwies. Im Falle der münsterischen Regierung legte sich der Provinzialausschuss erst einmal quer und versagte Rombach insofern die Zustimmung, als er sich überhaupt weigerte, sich mit der Personalfrage zu befassen.⁴⁰ Damit hatte der Regierungsbezirk Münster als einziger keinen neuen Präsidenten erhalten. Die Stelle sollte noch auf zwei Monate hinaus vakant bleiben.

Mit der Ernennung neuer Regierungspräsidenten hatte die Angelegenheit allerdings noch lange kein Ende gefunden. In großer Aufmachung, auf der ersten Seite der Ausgabe vom 30. Juli, nahm der „Anzeiger“ noch einmal zu den Vorgängen Stellung und kritisierte dabei vor allem die zurückweichende und wenig informative Rolle des Zentrums, das ja in Preußen mit der Deutschen Demokratischen Partei und der Sozialdemokratischen Partei die „Weimarer Koalition“ bildete. Weit mehr widmete sich der Artikel aber den vielfältigen Verdiensten des Grafen Merveldt.

Der nicht bekannte Verfasser hob seine kenntnisreiche und nach 1918 unparteiische Amtsführung hervor, bescheinigte ihm einen überaus großen Arbeitseifer und lobte noble menschliche Größe und charakterliche Lauterkeit, Lobeshymnen, wie sie über einen Regierungspräsidenten in Münster in dieser Ausprägung noch nicht zu hören waren. Obwohl der Regierungspräsident nicht der Zentrumspartei angehöre, rechne diese ihm sein engagiertes Eintreten für die Beibehaltung der konfessionellen Schule und die Weigerung, weltliche Schulen einzurichten, begleitet von Drohungen aus Berlin, hoch an, hieß es in dem Artikel weiter. Merveldt hatte sich dabei nach 1919 lediglich an die gültige Gesetzeslage gehalten und sich selbst der Aufforderung des SPD-Kultusministers Carl Heinrich Becker, eines außerordentlich fortschrittlichen und deshalb in katholischen Kreisen nicht gerade wohlgeleiteten Kulturpolitikers, weltliche Schulen wenigstens zu dulden, widersetzt. Warum, so fragt sich der Redakteur, sei das Zentrum, als der Name Merveldt in der Reihe der zu entlassenden Regierungspräsidenten aufgetaucht sei, nicht Sturm gelaufen?⁴¹

Dass ihn Innenminister Severing ohne ein Wort des Dankes nach fast vierzig Dienstjahren in den Ruhestand versetzt habe, rief dann die besondere Empörung des Verfassers hervor, nicht weniger die Tatsache, dass der Entlassungsbeschluss am 18. Juli in Berlin gefällt, aber erst am 24. des Monats, nachdem das Thema längst alle preußischen Zeitungen beschäftigt hatte, öffentlich gemacht und schließlich zwei weitere Tage später den Adressaten, unterschrieben von einem Kanzleibediensteten, überreicht wurde – eine wahrhaft peinliche Angelegenheit, zumal Merveldt schon von dutzenden Handwerkern und Spediteuren wegen des bevorstehenden Umzugs angegangen worden war. Er selbst sei am 20. Juli aus der münsterischen Tagespresse informiert worden.⁴²

Solche und andere Tag für Tag im „Anzeiger“ an hervorgehobener Stelle veröffentlichten Berichte schürten naturgemäß den Unmut in der Bürgerschaft, so dass sich die einflussreiche münsterische Zentrumspartei schließlich zu einer Entschliebung an die Zentrumsfraktion des preußischen Landtags entschloss und der „tief greifenden Erregung in der Bevölkerung des Regierungsbezirks Münster“ über die Behandlung des Grafen Merveldt Ausdruck verlieh und ihre Abgeordneten bat, bei Severing vorstellig zu werden.⁴³ Über Reaktionen unter den Parlamentariern ist nichts bekannt. Dafür erhielt Merveldt viele Solidaritätsbezeugungen aus dem Regierungsbezirk.

Am 4. August verabschiedete sich der bisherige Regierungspräsident von seinen Beamten und ging, ungewöhnlich für einen hohen Staatsbeamten, dabei auf die Art und Weise seiner Entlassung ein, die er seiner Meinung nach nicht verdient habe. Er wies zugleich den inoffiziellen Grund, rechte, nationalistische und republikfeindliche Organisationen nicht ernsthaft genug bekämpft zu haben, energisch zurück. Dabei dürfte er sich aber wohl geirrt oder die Dinge aus seinem nationalkonservativen Blickwinkel schlicht übersehen haben.

Sein Regierungsbezirk und namentlich Münster hatten sich nach 1919 zu einem Tummelplatz rechtsnationaler und vor allem republikfeindlicher Kräfte entwickelt, aus denen sich, neben München damals einmalig in Deutschland, eine starke völkische nationale Bewegung entwickelte. 1924 machte ihr sogar General Erich Ludendorff seine Aufwar-

tung.⁴⁴ Dass bei Merveldts Entlassung auch die so genannte Schulfrage eine Rolle gespielt haben mag, ist nicht von der Hand zu weisen. Seine Unnachgiebigkeit in dieser Sache, vor der letztlich auch der preußische Kultusminister Carl Heinrich Becker zurückschreckte und die Merveldt schließlich sogar den Dank der Deutschen Bischofskonferenz eintrug, hatte sogar überregionales Interesse hervorgerufen, Grund genug, ihn gleich mit den anderen missliebigen Regierungspräsidenten aus dem Dienst zu entfernen.

Merveldt, der einer besitzlosen Nebenlinie der bekannten münsterländischen Grafenfamilie angehörte und selbst nicht über Grundbesitz verfügte, wohnte nach seiner Entlassung als Pensionär in Münster. Zur beruflichen Untätigkeit verurteilt, engagierte er sich als Geschäftsführer der dort ansässigen Siedlungsgesellschaft „Rote Erde“, deren Aufsichtsrat er bereits seit einigen Jahren angehört hatte, und er saß gleichzeitig im Aufsichtsrat des „Vereinigten Elektrizitätswerk Westfalens“.⁴⁵

Die unwürdigen Umstände seiner Entlassung gaben vermutlich den Ausschlag, sich entgegen früherer konsequenter politischer Enthaltung nun doch parteipolitisch zu engagieren. Ob er tatsächlich der Deutschnationalen Volkspartei [DNVP], der nationalistischen Rechten, der Partei Alfred Hugenburgs, als Mitglied beitrug, ist nicht bekannt, ebenso nicht, ob er sich lediglich als in Westfalen bekannte Galionsfigur zur Verfügung stellte. Besonderen Rückhalt besaß die Partei im vorwiegend katholischen Westen Deutschlands nicht. Das Verhältnis zum Zentrum dürfte aber endgültig zerrüttet gewesen sein. Jedenfalls bezichtigte er die Partei unmittelbar vor den Wahlen im April 1924, die einstige Position einer konservativen Partei aufgegeben zu haben.⁴⁶

Zwei Jahre nach seiner vorzeitigen Pensionierung kandidierte Merveldt nun als erfolgreicher Listenkandidat der DNVP für den Deutschen Reichstag und gehörte dem Parlament bis zu seinem Tod an.⁴⁷ Hervorgetreten ist er dort allerdings nicht. Der frühere Regierungspräsident starb am 21. Oktober 1926 in Münster an den Folgen eines Schlaganfalls. In zahlreichen Nachrufen und Todesanzeigen wurden noch einmal seine Verdienste als Behördenleiter in schwerer Zeit hervorgehoben.

HEINRICH HASLINDE

1922–1926

Auf Felix Graf von Merveldt folgte nicht der zunächst in Aussicht genommene Landrat von Düren, Wilhelm Rombach. Der westfälische Provinzialausschuss hatte es, wie erwähnt, einmütig abgelehnt, sich zu der Personalfrage zu äußern. Am 8. August waren verschiedene Mitglieder des Ausschusses, darunter Gutsbesitzer Karl Herold aus Amelsbüren [Zentrum], Verleger Lambert Lensing aus Dortmund [Zentrum], Oberbürgermeister Sulpiz Hamm aus Recklinghausen [Zentrum], Rittergutsbesitzer Adolf Freiherr von Oer aus Legden [Zentrum] und Gewerkschaftssekretär Reinhard Rauschenberg aus Wattenscheid [SPD], nach Berlin gereist, um mit Carl Severing über die Nachfolge Merveldts zu beraten.⁴⁸ Der preußische Innenminister gab dabei offen zu, dass es sich hinsichtlich seiner fehlenden Unterschrift auf der Entlassungsurkunde um einen bedauerlichen Fehler gehandelt habe, lehnte aber kategorisch jede Diskussion über die Umstände des Vorgangs ab. Im Übrigen ließ er die Vertreter des Provinzialausschusses wissen, dass Graf Merveldt lediglich zur Disposition gestellt worden sei und es in solchen Fällen noch nie üblich war, sich bei dem Betreffenden zu bedanken. Nach den negativen Begleiterscheinungen im Verlaufe des großen preußischen Verwaltungsrevirements schien Severing allerdings vorsichtiger geworden zu sein und billigte, vorbehaltlich der Zustimmung des Kabinetts, den Wunschkandidaten des Provinzialausschusses, den Arnberger Landrat Heinrich Haslinde. Dieser, seit 1916 dort Landrat, trat am 17. Oktober 1922 das Amt in Münster an.⁴⁹

Haslinde, am 21. Mai 1881 als Sohn eines Kaufmanns in Berlin geboren, Katholik westfälischer Herkunft, zählte zu den wenigen Bürgerlichen in diesem Amt, und er war auch der Erste mit einem offiziellen Parteibuch, er gehörte der Deutschen Zentrumspartei an. Nach der im Jahre 1900 auf dem traditionsreichen Friedrich-Wilhelm-Gymnasium seiner Heimatstadt abgelegten Reifeprüfung studierte Haslinde Rechtswissenschaften in Heidelberg, Bonn und Berlin, legte 1903 vor dem Berliner Kammergericht das Referendarexamen ab, war zunächst Gerichts-

referendar und 1906 als Regierungsreferendar der Regierung in Danzig zugeteilt. Zwischenzeitlich wurde er in Leipzig zum Dr. jur. promoviert. 1909 bestand Haslinde das Assessorexamen mit Prädikat und erhielt eine Versetzung an das damals noch selbstständige Landratsamt Hörde. 1913 ernannte ihn der Innenminister zum kommissarischen Landrat des Kreises Arnsberg. Die definitive Ernennung erfolgte aber erst Ende 1916. Mit Ausbruch des Ersten Weltkriegs war Haslinde, Reserveoffizier und zuletzt Hauptmann, eingerückt und schied nach einer Verwundung aus dem aktiven Militärdienst.

Von 1916 bis 1922 amtierte Haslinde als Landrat in Arnsberg.⁵⁰ In seine Amtszeit als Regierungspräsident fiel im Januar 1923 die Besetzung des Ruhrgebiets durch französische und belgische Truppen. Die damit verbundenen Auswirkungen auf den Regierungsbezirk Münster, besonders die Ausweisung mehrerer zehntausender Reichsbahn- und Postbediensteter samt Familien, dazu die gravierenden Folgen der Inflation, stellten die Verwaltung vor schier unlösbare Aufgaben. Die politische und wirtschaftliche Lage sollte sich nach Abbruch des passiven Widerstands durch Reichskanzler Gustav Stresemann Ende September 1923 zwar schrittweise stabilisieren, die Radikalisierung innerhalb großer Teile der Bevölkerung nahm jedoch weiter zu; besonders nationalistische Verbände, aber auch die DNVP, erhielten starken Zulauf.

Seit Januar 1925 stand Reichskanzler Hans Luther an der Spitze einer Koalitionsregierung aus Zentrum, Deutscher Demokratischer Partei, Deutscher Volkspartei und Deutschnationaler Volkspartei. Als letztere nach der Unterzeichnung des Vertrags von Locarno aus Protest die Regierung verließ, bildete Luther im Januar 1926 ein Minderheitskabinett. Schon die der Öffentlichkeit nicht verborgen gebliebenen Probleme der personellen Zusammensetzung verhießen hinsichtlich der Stabilität der Reichsregierung nichts Gutes. Eine am 18. Januar 1926 veröffentlichte Ministerliste hatte schon am nächsten Tag keinen Bestand mehr und in der nachfolgenden Aufstellung vom 19. Januar, die die Billigung der Koalitionsparteien fand, blieben das Landwirtschaftsministerium und das Ministerium für die besetzten Gebiete vakant. Am 22. Januar berichtete der „Münsterische Anzeiger“ in seiner Morgenausgabe, dass sich Regie-

rungspräsident Haslinde tags zuvor auf Wunsch des Reichskanzlers nach Berlin begeben habe, um über die Annahme des Landwirtschaftsministeriums zu sprechen. Der münsterische Regierungspräsident, der auf Vorschlag des Zentrums ins Spiel gebracht wurde und sich dem Drängen der Reichstagsfraktion nicht entziehen konnte, erklärte sich nach dem Gespräch mit Luther bereit, das Amt des Reichsernährungs- und Landwirtschaftsministers anzunehmen.⁵¹ Er wäre, gerade angesichts zahlloser Regierungskrisen auf Reichsebene, freilich lieber in Münster geblieben, gab er unumwunden gegenüber der Presse zu.⁵² Auf seinen Wunsch hin wurde daher sein bisheriges Amt für drei Monate offen gehalten. Es verwunderte daher nicht, dass in Münster die Ministerberufung Haslindes insofern eine große Überraschung ausgelöst hatte, als sein Name bisher nie genannt wurde, wenn Ministerämter zu vergeben waren. Allgemein, so der „Münsterische Anzeiger“ vom 23. Januar 1926, bedauere man den Fortgang des geschätzten und hoch angesehenen Regierungspräsidenten, allen voran die Zentrumsparlei, in der er sich aktiv betätigte und die sein ausgewogenes Urteil schätzte, aber auch die Stadt Münster verliere mit ihm einen wohlwollenden Förderer.

Dem zweiten Kabinett Luther war, wie zu erwarten, kein langes Leben beschieden. Am 12. Mai 1926, gerade einmal vier Monate nach seiner Amtseinführung, trat die Reichsregierung im so genannten Flaggenstreit⁵³ zurück. Damit endete Haslindes Auftritt auf dem Berliner Parkett aber noch nicht. Er stand auch im ersten Kabinett von Wilhelm Marx bis zum 17. Dezember 1926 bzw. geschäftsführend bis zum 29. Januar 1927 an der Spitze des Reichsernährungsministeriums. Eine weitere Berufung hatte er danach nicht mehr erhalten und, nach Ablauf der dreimonatigen Frist zur Rückkehr nach Münster, war er aller Ämter ledig. Erst 1 ½ Jahre später, im Oktober 1927, betraute ihn der preußische Innenminister abermals mit der Verwaltung des Kreises Arnsberg⁵⁴, nachdem der zwischenzeitliche Landrat nach Recklinghausen versetzt worden war. Im April 1933 wurde Haslinde, wie nahezu alle preußischen Landräte, beurlaubt und im September in den Ruhestand verabschiedet. Er war damals 52 Jahre alt. Der ehemalige Regierungspräsident und Reichsminister, der von 1941 bis 1943 in der Wehrmacht diente, hatte sich noch während des

Kriegs nach Oberbayern zurückgezogen. Am 27. November 1958 starb er in Marquartstein im Kreis Traunstein.

CARL HETTLAGE

1926 KOMMISSARISCHER REGIERUNGSPRÄSIDENT

Nach Haslindes überraschender Berufung in das Reichskabinett übernahm Regierungsvizepräsident Carl Hettlage⁵⁵ vom 22. Januar bis zum 20. Juli 1926 kommissarisch die Amtsgeschäfte des münsterischen Regierungspräsidenten.⁵⁶ Der am 20. März 1874 in Paderborn geborene Hettlage, katholischer Konfession, hatte von 1893 bis 1896 Rechtswissenschaften in Göttingen und Heidelberg studiert, wurde 1896 Referendar, 1901 Assessor und ließ sich danach in Essen als Rechtsanwalt nieder. Nach krankheitsbedingter Aufgabe seiner Kanzlei 1906 übernahm Hettlage das Amt des Bürgermeisters von Papenburg/Ems und trat nach seiner Wahl 1911 an die Spitze der Stadt Eschweiler. 1921 berief ihn der preußische Innenminister zum Oberregierungsrat beim Oberpräsidium der Provinz Westfalen in Münster und im Jahr darauf in gleicher Funktion beim Regierungspräsidenten in Münster, zugleich rückte er zu dessen erstem Vertreter auf, seit 1924 mit der offiziellen Amtsbezeichnung Regierungsvizepräsident.

Hettlage wurde seinerzeit von den im Regierungsbezirk Aachen stationierten belgischen Besatzungsbehörden wegen verschiedener öffentlicher nationaler Bekundungen verhaftet, zu einer Gefängnisstrafe verurteilt, und nur auf Vermittlung der deutschen Rheinlandkommission war ihm danach der Abzug in das unbesetzte Gebiet gestattet worden.⁵⁷ Seine nationalgesinnte Einstellung schützte ihn indes nicht vor dem Schicksal vieler höherer Verwaltungsbeamter. Nach der „nationalsozialistischen Machtergreifung“ wurde Hettlage im Mai 1933 beurlaubt und im Dezember in den Ruhestand versetzt. Keine zwei Jahre später, am 1. Juni 1935, starb Carl Hettlage in Münster. Sein damaliger Nachfolger, ein nicht vorwärts gekommener Regierungsrat, wie Hermann Pünder in seinen Erinnerungen schreibt⁵⁸, – gemeint ist Julius Bachem, von dem noch

die Rede sein wird – habe sich bei ihm danach gleich in SA-Uniform zum Dienst gemeldet.

Bekannter als der Vater war übrigens dessen Sohn Karl Maria Hettlage, 1902 in Essen geboren, dank frühzeitiger Parteinahme für die seit 1933 herrschenden neuen Herren im Lande⁵⁹ schon mit 32 Jahren Stadtkämmerer Berlins, und, nach Zerwürfnissen mit der Partei, von 1938 an Vorstandsmitglied der Commerzbank. Der Jurist übernahm 1951 eine ordentliche Professur für öffentliches Recht an der Universität Mainz und amtierte von 1958 bis 1962 als Staatssekretär im Bundesfinanzministerium.⁶⁰

RUDOLF AMELUNXEN

1926–1932

Am 20. Juli 1926 übernahm Rudolf Amelunxen⁶¹ den Posten des Regierungspräsidenten. Münster sei die alte Pumpnickelstadt am Aaflüßchen geblieben, „wie ich sie ein Menschenleben zuvor als Gymnasiast genossen habe“, schrieb er in seinen Erinnerungen.⁶² Gleichwohl erfüllte es ihn mit Stolz, dass ihm, dem mit 38 Jahren damals jüngsten unter allen preußischen Regierungspräsidenten, die Ehre zuteil wurde, an die Spitze dieses mittlerweile zu den größeren des Landes zählenden Bezirken zu treten.⁶³ „Münster war“, so hielt er weiter fest, „ein typisches Behördenquartier. Eine derartige Behördenmassierung war sonst kaum irgendwo in Deutschland und Europa anzutreffen. Alle erdenklichen staatlichen und kommunalen, wirtschaftlichen und kirchlichen, wissenschaftlichen und militärischen Behörden saßen in beängstigender Fülle neben- und übereinander.“⁶⁴

Der am 30. Juni 1888 in Köln geborene Katholik hatte nach der Absolvierung des traditionsreichen Apostelngymnasiums seiner Vaterstadt von 1909 bis 1912 Rechtswissenschaften und Geschichte in Freiburg/Breisgau, Bonn und Berlin studiert und bestand 1912 das Referendarexamen. Vom Militärdienst befreit, widmete sich Amelunxen danach der Abfassung seiner Dissertation, die ein armenpolizeiliches Thema zum

Inhalt hatte, und betätigte sich gleichzeitig von 1912 bis 1914 als Mitarbeiter des bekannten katholischen Sozialpolitikers Carl Sonnenschein. 1914 zum Dr. jur. utr. promoviert, amtierte Amelunxen danach als Hilfsrichter in Köln und wurde 1915 dem Belgischen Roten Kreuz bzw. 1917 der deutschen Zivilverwaltung in Belgien beigeordnet.

1918 kurzzeitig Referent [Hilfsarbeiter] im preußischen Innenministerium, legte Amelunxen 1919 das Assessorexamen ab und wurde im selben Jahr als Regierungsrat in das neu errichtete preußische Wohlfahrtsministerium übernommen. 1921 erfolgte seine Beförderung zum Oberregierungsrat. Zudem amtierte er zeitweise als persönlicher Referent des Wohlfahrtsministers Adam Stegerwald [Zentrum]. 1923 wurde Rudolf Amelunxen zum Ministerialrat im preußischen Staatsministerium⁶⁵ ernannt und stieg zugleich zum persönlichen Referenten des preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun auf.⁶⁶

1925 bot sich Amelunxen die Gelegenheit, einen schlesischen Regierungsbezirk zu übernehmen, doch er lehnte ab. Im Jahr darauf erreichte ihn schließlich die ihm zusagende Beförderung. Am 6. Juli 1926 ernannte ihn Otto Braun zum Regierungspräsidenten von Münster. Der „Münsterische Anzeiger“ stellte Amelunxen seinen Lesern am 7. Juli vor, nannte ihn einen tüchtigen Beamten und hob besonders dessen reiches schriftstellerisches Wirken, namentlich im Bereich der Sozialpolitik, hervor. So habe er in der Vergangenheit zahlreiche Beiträge für den „Anzeiger“ verfasst.

Die Ernennung sei aber im Münsterland nicht einhellig begrüßt worden, berichtete später sein Sohn Clemens.⁶⁷ „Für ihn [seinen Vater] standen die Bauern und die Bergarbeiter, die Gewerkschaften und die katholischen Verbände, der niedere Klerus und die Studenten: in diesen Kreisen hatte sein Name schon einen guten Klang. Weniger erbaut von seinem Dienstantritt und seiner Amtsführung waren der Adel und die höhere Geistlichkeit, die Reichswehr und manche Professoren, auch gewisse Spießbürger-Kreise vom rechten Zentrumsflügel und natürlich die Deutschnationalen – kurz alle, die sich mit der Weimarer Verfassung nicht befreunden konnten und der Republik mit Ablehnung, bestenfalls mit kühler Distanz gegenüberstanden“, schrieb dieser weiter.

Keine Frage, Amelunxen war überzeugter Demokrat – übrigens schon während des Kaiserreichs –, Vertreter des linken Zentrumsflügels und, in Münster auch nicht gerne gesehen, ein Mann mit scharfer Beobachtungsgabe samt despektierlicher, mitunter schroffer und nicht gerade ehrerbietiger Wortwahl. Er hat in der Tat an den Strukturen der Stadt gerüttelt und das Autoritäre, Hierarchische, das „Welterfahrene qua Geburt“ der besseren Kreise, auch des Bürgertums, in Frage gestellt. Den naiven Anspruch münsterländischer Barone, „geborene Führer des Volkes zu sein“, wies er, wie sein Sohn bemerkte, entschieden zurück.⁶⁸ Dass er sich einem inneren Widerstreben folgend am gesellschaftlichen Leben der Stadt kaum beteiligte, haben daher die „besseren Kreise“ gewiss verschmerzen können.

Amelunxens Amtszeit begann in den vermeintlich „Goldenen Jahren“ der Weimarer Republik und sie endete am Vorabend der Diktatur. In seinen an Bonmots reichen und amüsanten, wenngleich von nicht vorurteilslosen Beurteilungen getragenen Erinnerungen hielt er auch einige Bemerkungen über die ihm unterstellte Behörde fest. „Als ich mich am ersten Arbeitstag am Domplatz an meinen neuen Regierungsschreibtisch setzte, um mit dem Regieren zu beginnen, lagen auf dem eichenen Tisch an die zehn Stahlfederhalter und vier fingerdicke Blaustifte, ein altmodisches Holzlineal und eine so langbeinige Schere, wie ich sie bis dahin nur bei Maßschneidern gesehen hatte. Das waren die aus den Vinckeschen Regierungstagen ... noch stammenden Regierungsutensilien ... Unter den Mitgliedern der Regierung Münster“, so Amelunxen weiter, „fanden sich einige Schnelldenker, erste Kräfte, und nur wenige Kneipiers mit kupfrigen Gesichtszügen. Bei dem einen und anderen konnte man sich der Vermutung nicht erwehren, ihre Ahnen hätten ihren Schriff am Hofe von Byzanz bezogen. Einige trugen, ohne an ungleicher Sehkraft zu leiden, eine Scherbe in der Weste ...“⁶⁹

Selbst Mitglied des Zentrums, geriet Amelunxen im Verlauf des Aufstiegs der NSDAP in die Defensive. Er stand aber immer noch einem Regierungsbezirk vor, in welchem die Zentrumspartei nach wie vor den Ton angab und die Partei Hitlers nicht gefährlich werden konnte. Amelunxen gehörte allerdings zu jenen wenigen mutigen Verwaltungsbeamten

Preußens, die sich ihr früh entgegenstellten. 1931 hatte er an alle Landräte und Bürgermeister des Regierungsbezirks eine Verbotsverordnung zugestellt, nach welcher der NSDAP als staatsfeindlicher Partei im Eigentum der Kommunen stehende Versammlungsräume nicht mehr zur Verfügung gestellt werden dürfen.⁷⁰ Dem späteren Gauleiter Alfred Meyer, der sich darüber bei ihm beschwerte, wies er entschieden die Tür.⁷¹ Tatsächlich kam Adolf Hitler, der nur auf Großversammlungen auftrat, erst 1932 während des Reichspräsidentenwahlkampfes nach Münster. Zu dieser Zeit hatte das Amelunxensche Verbot keine Gültigkeit mehr, mit dem er sich seinerzeit den Hass der NSDAP zugezogen hatte.

Das Ende seiner Karriere bereitete ihm ausgerechnet ein „Partei-freund“ vom rechten Zentrumsflügel, dessen „Staatsstreich“ zugleich das Ende Preußens besiegeln sollte. Als Franz von Papen, der nach Amelunxens treffender Einschätzung seit 1919 im Preußischen Abgeordnetenhaus die Rolle eines konservativen Einspanners gespielt habe,⁷² am 20. Juli 1932 mit Billigung des Reichspräsidenten die preußische Regierung für abgesetzt erklärte [„Preußenschlag“] und als „Reichskommissar für Preußen“ selbst die Zügel der Macht übernahm⁷³, entthob er „nach den Manieren eines Herrenreiters auf telegrafischem Wege“ die Oberpräsidenten von Sachsen, Schleswig-Holstein und Hessen-Nassau sowie die Regierungspräsidenten von Frankfurt/Oder, Liegnitz, Magdeburg, Merseburg, Lüneburg und von Münster ihrer Posten.⁷⁴ Amelunxen war unter ihnen der einzige Vertreter des Zentrums und dürfte wohl, wie sein Sohn vermutete, auf besonderen Wunsch von Joseph Goebbels geopfert worden sein.⁷⁵ Einen Beweis hierfür gibt es freilich nicht. Dass es persönliche Spannungen zwischen Papen und Amelunxen gab, ist indes unstrittig. Dem „eitlen Herrenreiter“ und „Hindenburg-Einflüsterer“ war es nicht gleichgültig geblieben, dass Amelunxen 1929 Papens außergewöhnlich hohe Summe einer Aufwandsentschädigung als Ehrenbürgermeister der Gemeinde Merfeld bei Dülmen von 400 auf 150 Reichsmark herabgesetzt hatte.⁷⁶ Das Amt des Regierungspräsidenten übernahm nach Anordnung aus Berlin vorübergehend Oberpräsident Johannes Gronowski.⁷⁷ Erst am 5. Oktober wurde die Berufung des zunächst kommissarisch amtierenden Regierungspräsidenten Hermann Pünder⁷⁸ bekannt gegeben.

Nach der „Machtübernahme“ Hitlers wurde Amelunxen endgültig in den Ruhestand verabschiedet. Er hielt sich bis 1934 in Plittersdorf bei Bad Godesberg⁷⁹ auf und zog dann in das Haus seines Schwiegervaters nach Wuppertal-Elberfeld.⁸⁰ Von 1933 bis 1945 war er nominell Rechtsanwalt, konnte von seiner Pension leben und beschäftigte sich intensiv mit historischen Themen.⁸¹ Zeitweise wurde er von NS-Behörden belangt, aber nicht weiter verfolgt. Man habe ihn schlicht vergessen, meinte sein Sohn Clemens. Kurz vor Kriegsende erhielt er, mittlerweile nach Fredeburg im Sauerland verzogen, noch als Metallarbeiter eine Dienstverpflichtung. Der unbescholtene Spitzenbeamte aus Weimarer Tagen stand auf der britischen Liste jener Deutschen, die sich zum Wiederaufbau eines demokratischen Staatswesens besonders eigneten, weit oben. Am 5. Juli 1945 berief ihn die britische Besatzungsmacht auf Anraten des früheren einflussreichen Zentrumspolitikers Johannes Brockmann⁸² aus Rinkerode, obwohl hierfür nicht erste Wahl, zum Oberpräsidenten der Provinz Westfalen.⁸³ Der eigentlich dafür ausersehene letzte münsterische Regierungspräsident vor der „Machtergreifung“ Hitlers, Hermann Pünder, war von den Briten nicht ausfindig gemacht worden.⁸⁴ Pünder, der den berüchtigten Todesmarsch⁸⁵ aus dem Konzentrationslager Dachau nach Südtirol mitgemacht hatte und dort von amerikanischen Truppen befreit worden war, weilte im Sommer zu einem längeren Genesungsaufenthalt in Italien. Dass Amelunxen nur „zweite Wahl“ sein würde, hat nicht gerade zu einer persönlichen Verbesserung des Verhältnisses zwischen beiden geführt. Dies erwähnte Amelunxens persönlicher Referent, Regierungsrat Dr. Gerhard Schilling, in seinen unveröffentlichten Erinnerungen. Der junge Beamte, der mit Pünders Kindern befreundet war, hielt es für außerordentlich ratsam, im Beisein Amelunxens dessen Namen besser nicht zu erwähnen.

Von Januar 1946 bis zur Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen im folgenden August stand er an der Spitze der westfälischen Provinzialregierung,⁸⁶ war indes ausschließlich an die Weisungen der britischen Militärregierung gebunden. Seine Vorstellungen von der künftigen selbstständigen Rolle des Verwaltungsbezirks Westfalen standen allerdings den Vorstellungen Londons von der Zusammenlegung Westfalens mit der

Nord-Rheinprovinz entgegen. Sozusagen als „Entschädigung“ ernannten ihn die Briten am 17. August 1946 zum ersten Ministerpräsidenten Nordrhein-Westfalens.⁸⁷ Er behielt dieses Amt bis zu den ersten Landtagswahlen im Juni des folgenden Jahres, trat danach als Sozialminister in die Regierung Karl Arnolds ein, und amtierte von September 1950 bis Juli 1958 als nordrhein-westfälischer Justizminister, darunter von 1956 bis 1958 auch unter dem SPD-Ministerpräsidenten Fritz Steinhoff. Rudolf Amelunxen, der 1946 wieder zur Zentrumspartei stieß und als deren Kandidat 1949 – allerdings chancenlos – gegen Theodor Heuss bei der Wahl des ersten Bundespräsidenten antrat, gehörte von 1946 bis 1958 dem nordrhein-westfälischen Landtag und von September bis Oktober 1949 dem Deutschen Bundestag an.⁸⁸ Er starb am 21. April 1969 im Krankenhaus der schlesischen KatharinenSchwestern im Kloster Grafschaft im Kreis Meschede im Alter von 80 Jahren.

HERMANN PÜNDER

1932–1933

Nach der Ablösung Amelunxens dauerte es fast drei Monate, ehe der Name des neuen Regierungspräsidenten von Münster bekannt gegeben wurde. Die Nachricht der Ernennung Hermann Pünders, am Ort seines künftigen Wirkens alles andere als ein Unbekannter, war in Münster ausgesprochen positiv aufgenommen worden, denn angesichts der politischen Turbulenzen in Berlin war nicht mehr unbedingt mit einem loyalen Gefolgsmann des Zentrums zu rechnen gewesen. „Besonders wurde es begrüßt“, so der „Münsterische Anzeiger“ am 27. Juni 1933 bei der Verabschiedung, „daß mit Dr. Pünder wieder ein Katholik der Tat an die Spitze des überwiegend katholischen Bezirks Münster trat.“

Trotzdem war dessen Wechsel nach Münster gewissermaßen nur eine Folge der politischen Ereignisse des Jahres 1932. Pünder, seit 1926 Staatssekretär und Chef der Reichskanzlei, war nach der Entlassung des Reichskanzlers Heinrich Brüning Ende Mai 1932 gleichfalls aus dem Amt geschieden und in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden. Er war

damals 44 Jahre alt, eine baldige „Wiederverwendung“ daher nahe liegend. Auf eine Versetzung nach Münster angesprochen, willigte Pünder sogleich ein.⁸⁹

Der neue Regierungspräsident, am 1. April 1888 in Trier als Sohn eines nachmaligen Reichsmilitärgerichtsrats geboren, besuchte die Gymnasien in Köln und Münstereifel, studierte von 1906 bis 1909 Rechtswissenschaften in Freiburg/Breisgau, London und Berlin, bestand 1909 das Referendarexamen und wurde 1911 in Jena zum Dr. jur. promoviert. Der weitere berufliche Weg wurde durch den Ausbruch des Weltkriegs, den er von 1914 bis 1918 zuletzt als Oberleutnant der Reserve mitmachte, unterbrochen. Gleichwohl konnte er 1915 das Assessorexamen ablegen.

Nach Kriegsende fand der als Prädikatsjurist bevorzugt berücksichtigte Pünder vorübergehend Verwendung als Hilfsrichter in Berlin, war dann kurz im preußischen Justizministerium tätig, trat im Herbst 1919 als Regierungsrat ins Reichsfinanzministerium über, wurde dort 1921 Oberregierungsrat und zwei Jahre später Ministerialrat. 1925 nahm der zum Reichskanzler berufene vormalige Finanzminister Hans Luther seinen bisherigen Generalreferenten mit in die Reichskanzlei. Pünder wurde dort zum Ministerialdirektor und im Jahr darauf zum Staatssekretär befördert. Er diente den Reichskanzlern Wilhelm Marx [Zentrum], Hermann Müller [SPD] und Heinrich Brüning [Zentrum]. Er saß damit an den Schaltstellen der Macht und übte, wenngleich meist im Hintergrund, weit reichenden politischen Einfluss aus. Vorbereitung und Abwicklung der so genannten Notverordnungen des Reichspräsidenten von 1930 bis 1931 waren wesentlich Pünders Werk, wie der Historiker Rudolf Morsey dargelegt hat. 1932 schied er, wie erwähnt, nach dem Ende der Kanzlerschaft Heinrich Brünings aus dem Amt – eine in den politischen Unbilden der Weimarer Zeit immerhin ungewöhnliche Kontinuität von sechs Jahren.

Davon konnte in Münster allerdings nicht die Rede sein. Auf massiven Druck des preußischen Ministerpräsidenten Hermann Göring, der auch anderen Regierungspräsidenten mit sofortiger Entlassung drohte, sofern sie nicht von sich aus um Beurlaubung nachsuchten, gab Pünder am 27. Juni 1933 das Amt auf.⁹⁰ Aus „Gründen der politischen Gleichschaltung“

sollte dieses anderweitig besetzt werden. Der „Münsterische Anzeiger“ zeigte sich über diesen Vorgang überrascht und sah in Pünders Schritt in vollkommener Unkenntnis der Einschüchterung der preußischen Spitzenbeamten „einen letzten Beweis seiner Loyalität“ gegenüber dem Staat.⁹¹ Pünder hätte sich diesen „Rauswurf“ ersparen können, wie er in seinen Erinnerungen niedergelegt hat, wenn er um Aufnahme in die NSDAP nachgesucht hätte.⁹²

Der Name des mit gekürzten Bezügen in den einstweiligen Ruhestand versetzten Regierungspräsidenten war freilich weit über Westfalens Grenzen hinaus derart bekannt, dass eine unwürdige Verabschiedung oder gar, wie im kommunalen Bereich oftmals der Fall, ein regelrechtes Davonjagen der Betroffenen für zu großes Aufsehen gesorgt hätte. So wurde Pünder am 2. Juli zwar mit allen Ehren verabschiedet, doch stellte das Fernbleiben des seit Februar 1933 kommissarisch amtierenden Oberpräsidenten Ferdinand Freiherr von Lüninck fraglos einen Affront dar.⁹³ So nahm Pünders Stellvertreter, der der bekannten katholischen Kölner Verlagsdynastie entstammende Julius Bachem, die Verabschiedung vor, auf seinen persönlichen Wunsch hin, wie er eingangs seiner Rede ausführte.⁹⁴

Bachem, seit 1919 Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei und von 1921 bis 1932 preußischer Landtagsabgeordneter, hatte 1932 die Fronten gewechselt und war der NSDAP beigetreten.⁹⁵ Im April 1933 hatte Göring den bis dahin als stellvertretenden Polizeipräsidenten von Frankfurt/Main amtierenden Bachem zum Regierungsvizepräsidenten in Münster ernannt.⁹⁶ Er war es, der sich bei Pünder in SA-Uniform zum Dienst gemeldet hatte. Seine späte „Konversion“ sollte der weiteren Karriere übrigens nicht förderlich sein. Das Amt des Regierungspräsidenten in Münster, auf das er aufgrund seines katholisch-konservativen Herkommens mit nunmehrigem NSDAP-Parteiabzeichen spekuliert hatte, erhielt er jedenfalls nicht. Im nächsten Jahr zum Preußischen Obergericht abgeordnet und wenig später zum Kurator der Universität Bonn ernannt, wurde er 1937 in den Ruhestand versetzt. Im April 1939 ging er als Oberregierungsrat nach Merseburg und erlebte das Kriegsende als stellvertretender Landrat von Breslau.

Trotz der ungewöhnlichen, den höheren Beamten des Präsidiums durchaus bekannten Umstände der Verabschiedung Pünders fand Bachem, wohl aus Verbundenheit mit seinem Kölner Landsmann, freundliche und ehrenwerte Worte. Er lobte Pünders überragende Verwaltungskennntnisse und kam dann in seiner Rede zur Sache. „Regierungspräsident Pünder geht von uns nicht deshalb, weil irgendwer, selbst in Kreisen mehr oder weniger kritisch Eingestellter, auch nur einen begründeten Vorwurf gegen ihn erhoben hätte, als hätte er nicht die wahrhaftigste und erfolgreiche Absicht gehabt, sich auf die Verhältnisse dieser Zeit, ihre ganzen ernsten und neuen Bedürfnisse einzustellen. Das kann ich insbesondere auch sagen, nachdem ich die Ehre hatte, auch über diese Seite dieses auch menschlich stark beschäftigenden Fragenkreises mit führenden Männern meiner Partei zu sprechen. Wenn Herr Dr. Pünder, trotzdem ihm nach dieser Richtung nichts nachgesagt werden kann, von uns scheidet, so sind, wie ganz unverkennbar ist, die besonderen Bedürfnisse dieser drängenden Zeiten, in denen wir jetzt stehen, die Ursache. In solchen Zeiten wird man nicht daran vorbeikönnen, bei den verantwortlichen Leitern einer großen Behörde und eines ausgedehnten Verwaltungsbezirks den Anspruch der völligen Totalität auch in der innersten politischen Auffassung zu stellen.“⁹⁷ Bachem wandte sich danach an die Beamtenschaft und fügte hinzu, dass „auch neue ganz besonders strenge Forderungen an ihre Einstellung zum Staate, an ihre eigene Pflichterfüllung und selbstlose Hingabe gestellt werden.“ Bachem beschloss seine Ausführungen mit der vagen Hoffnung, „daß unser Staat noch in der Lage sein wird, die zum Glück noch völlig ungebrochene Arbeitskraft, die ernste und zugleich frische Persönlichkeit unseres bisherigen Chefs Dr. Pünder weiter auszunutzen ...“

In seiner Antwort verwies Pünder auf das Schicksal seines Amtsvorgängers Rudolf Amelunxen vor einen Dreivierteljahr, der gleichfalls in den vorzeitigen Ruhestand verabschiedet worden sei. Dabei ließ er keinen Zweifel an der Rechtmäßigkeit solcher Beschlüsse des preußischen Staatsministeriums, hob aber mit Genugtuung hervor, dass die Gründe seines jetzigen Ausscheidens „außerhalb meiner Person und meines Wirkens“ liegen. Er bedankte sich bei allen Mitarbeitern und fügte abschließend,

„ganz unabhängig, von dem Geschick, das den Einzelnen treffen mag“, hinzu, dass Gottes Segen auf dem Rettungswerk des Reichskanzlers Hitler liegen möge. Den Eindruck der persönlichen Untadeligkeit wurde Pünder wenig später ausgerechnet durch Oberpräsident Freiherr von Lüninck anlässlich der Amtseinführung des neuen Regierungspräsidenten Kurt Matthaei bestätigt, als er ihm „Dank und volle Anerkennung der Staatsregierung“ aussprach und der Hoffnung Ausdruck gab, Pünder möge in einer anderen Verwaltungsstelle alsbald eine weitere Verwendung finden, zum Besten des Ganzen.⁹⁸ Keine fünf Jahre später wurde, obwohl das Zerwürfnis zwischen Lüninck⁹⁹ und der Gauleitung Westfalen-Nord schon lange andauerte, der Oberpräsident, der später zu den Verschwörern des 20. Juli 1944 zählen sollte, selbst abgesetzt. Er hatte als bürgerliche Galionsfigur längst ausgedient.

Pünder muss zu diesem Zeitpunkt tatsächlich noch der Auffassung gewesen sein, dass seine Verabschiedung ein vollkommen normaler Verwaltungsakt war, der ihn auch unter gänzlich anderen politischen Vorzeichen hätte treffen können.¹⁰⁰ Die allen Staatsbeamten abverlangte Loyalität dem Staat gegenüber, gleich welche Regierung oder Partei die Macht in Händen hielt, schien man ihm, so seine Auffassung, nicht mehr zuzutrauen. Wohin die Reise ging, erkannten er und zahlreiche Spitzenbeamte, die ebenfalls keinerlei weitere Verwendung mehr finden sollten, erst im folgenden Jahr, während des so genannten Röhm-Putsches im Juni 1934, in welchem ein angeheirateter Verwandter Pünders, Ministerialdirektor Dr. Erich Klausener,¹⁰¹ ermordet wurde, und in besonderer Weise im Verlaufe der vollständigen „Machtergreifung“ nach dem Tode Hindenburgs im August jenes Jahres. Das einzige Amt, das Pünder noch verblieben war, war das des Vorsitzenden im Volkswirtschaftlichen Prüfungsamt der Universität Münster. Aber auch dieses musste er in der zweiten Hälfte der 30er-Jahre abgeben.¹⁰² Zu dieser Zeit war er längst in den endgültigen Ruhestand versetzt worden.¹⁰³

Von öffentlichen Ämtern ausgeschlossen, betrieb der ehemalige Regierungspräsident einen kleinen Hof in unmittelbarer Nähe Münsters.¹⁰⁴ 1939, zu Kriegsbeginn eingezogen, diente er als Hauptmann, später als Major der Reserve, im Wehrkreiskommando VI in Münster. Seit etwa

1943 unterhielt er Kontakte zu Widerstandskreisen, namentlich zu dem ihm aus Weimarer Tagen persönlich bekannten früheren Leipziger Oberbürgermeister Karl Goerdeler, der ihn in Münster besucht hatte.¹⁰⁵ Nach dem 20. Juli 1944 wurde Pünder verhaftet, in Berlin inhaftiert und am 20. Dezember vor dem Volksgerichtshof angeklagt; den Vorsitz führte der berühmte Roland Freisler. Aufgrund eines allerdings nur fiktiven Interesses Hermann Görings an der Person Pünders¹⁰⁶ wurde er vom Vorwurf des Hochverrats freigesprochen, wegen „Unwürdigkeit“ jedoch aus Beamtschaft und Wehrmacht ausgestoßen. Pünder erlebte in den folgenden Monaten eine Tortur ohnegleichen. Er wurde von der Gestapo in das Konzentrationslager Ravensbrück verschleppt, im Februar 1945 in Buchenwald und wenig später in Dachau eingekerkert. Im April wurde Pünder zusammen mit anderen prominenten Häftlingen – als Geiseln der SS –, darunter Martin Niemöller, Isa Vermehren, Hjalmar Schacht und Fritz Thyssen, nach Südtirol verschleppt. Hier wurde er unter dramatischen Umständen von amerikanischen Truppen befreit.¹⁰⁷

Pünder, der Ende Mai 1945 von dem ihm noch aus seiner Zeit als päpstlicher Nuntius in Deutschland persönlich bekannten, nunmehrigen Papst Pius XII.¹⁰⁸ empfangen wurde, verbrachte auf amerikanische Initiative einen längeren Genesungsurlaub in Italien und kehrte erst im Juli 1945 nach Münster zurück. Hier wurde ihm durch die britische Militärregierung sogleich eröffnet, dass er das Amt des Oberpräsidenten von Westfalen hätte übernehmen sollen,¹⁰⁹ aber unauffindbar gewesen sei. Das Amt hatte inzwischen sein Amtsvorgänger Rudolf Amelunxen übernommen.

Pünder engagierte sich sofort für den demokratischen Wiederaufbau. Er zählte im September 1945 zu den Mitbegründern der Christlich Demokratischen Partei, der kurzzeitigen Vorläuferorganisation der CDU, in Münster,¹¹⁰ übernahm den Parteivorsitz, und zählte zugleich zu den Mitbegründern der CDU in Westfalen.¹¹¹

Seine Nachkriegskarriere nahm einen bemerkenswerten Verlauf. Am 20. November 1945 trat er die Nachfolge des wegen angeblicher „Unfähigkeit“ entlassenen Kölner Oberbürgermeisters Konrad Adenauer an. Pünder, der dieses Amt bis zum 31. Mai 1948 ausübte,¹¹² hat ganz wesent-

lich den politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Neubeginn der Stadt geprägt, setzte sich als Stadtoberhaupt für die Wiedererlangung der Metropolenstellung Kölns ein, initiierte den Wiederaufbau der Rheinbrücken und stellte die Weichen zur Neuorientierung des Kulturlebens. Als Wiederbegründer und Vorsitzender des Deutschen Städtetags wies er, parallel zur Initiative des münsterischen Oberstadtdirektors Dr. Karl Zuhorn, frühzeitig die britische Militärregierung auf den zweckmäßigen Zusammenschluss Westfalens mit der Nord-Rheinprovinz zum Land Nordrhein-Westfalen hin.

Anfang März 1948 übernahm Pünder das Amt des Oberdirektors und Vorsitzenden des Verwaltungsrats des Vereinigten Wirtschaftsgebiets in Frankfurt.¹¹³ Er amtierte sozusagen als Regierungschef der britischen und amerikanischen Zone und war mit sechs Direktoren, darunter dem für Wirtschaft zuständigen Ludwig Erhard, für die Umsetzung des Marshall-Plans, die Abschaffung der Zwangswirtschaft, die Durchführung der Währungsreform und die Wiederaufnahme von Handelsbeziehungen zum westlichen Ausland verantwortlich. Das Amt behielt Pünder über den Tag der Bildung des ersten Bundeskabinetts hinaus, aber die diesem zugedachte Beraterrolle der Regierung war seitens Adenauer nicht erwünscht. Trotzdem: Nicht zuletzt legte der frühere münsterische Regierungspräsident in diesem Amt die Grundlagen für die neue Staatlichkeit in den Westzonen vor dem Amtsantritt des ersten Bundeskanzlers.

Bei der Kabinettsbildung 1949 fand Pünder, obwohl für die CDU in Köln in den Bundestag gewählt, keine Berücksichtigung. Dies schmerzte, wie sein Sohn Tilman bestätigte, sehr.¹¹⁴ Den Posten eines Staatssekretärs in einem der neuen, meist auf den bizonalen Verwaltungen aufbauenden Bundesministerien hätte er niemals akzeptiert. Und auch Karl Arnold, der bis 1956 regierte, holte ihn ebenfalls nicht in das nordrhein-westfälische Kabinett. Immerhin hatte Pünder von 1947 bis 1950 dem Düsseldorfer Landtag angehört.¹¹⁵

Das Verhältnis zu Adenauer war nicht frei von Spannungen und in seinen Erinnerungen kommt er so gut wie nicht vor. Zu Arnold, dem Düsseldorfer Oberbürgermeisterkollegen aus den unmittelbaren Nachkriegsjahren, hatte er kein schlechtes Verhältnis, aber Pünder strebte in

dessen Kabinett kein Amt an. Dass der frühere Staatssekretär ohne ein Spitzenamt in dem im Aufbau begriffenen Land Nordrhein-Westfalen blieb, erklärte sich Clemens Amelunxen mit dessen politischer Einstellung. Er sei aus Sicht der Labourregierung politisch zu weit rechts angesiedelt gewesen. Dies habe den Briten nicht zugesagt, eine Ansicht, die Pünders Sohn in keiner Weise teilt.¹¹⁶ Davon sei bereits 1945 in Münster einmal die Rede gewesen, es sei aber nicht bekannt gewesen, dass Pünder Papen geradezu verachtet habe. Aufgrund seiner Mitgliedschaft in der DNVP sei auch Robert Lehr, 1945/46 Oberpräsident der Nord-Rheinprovinz, in London „durchgefallen“, führt Clemens Amelunxen an, und deshalb nicht in das Amt des Ministerpräsidenten berufen worden.¹¹⁷

1957 klang Pünders parlamentarische Karriere aus.¹¹⁸ Von 1952 bis 1956 hatte er der Gemeinsamen Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl angehört und das Amt des Vizepräsidenten innegehabt, war von 1950 bis 1957 Mitglied der Beratenden Versammlung des Europarats. Pünder zog sich danach ins Privatleben zurück, veröffentlichte zahlreiche Schriften, darunter seine Erinnerungen, „Von Preußen nach Europa“. Seine ehrenamtlichen Funktionen als Senator der Max-Planck-Gesellschaft, als Präsident des Zentral-Dombauvereins Köln und des berühmten Kölner Männergesangsvereins behielt er bis ins hohe Alter inne. Er starb am 3. Oktober 1976 in Fulda. Sein jüngster Sohn Tilman war zu dieser Zeit dort Bürgermeister.¹¹⁹

KURT MATTHAEI

1933–1934

Am 30. Juni 1933 berichtete der „Anzeiger“ über die Ernennung des neuen Regierungspräsidenten. Während zu Weimarer Zeiten schon im Vorfeld der Stellenbesetzung verschiedene Namen kursierten, war dies seit 1933 gänzlich anders, in einer eher hoheitsvollen Verkündung mittels Zeitungsbericht, allerdings auf der ersten Seite prominent platziert, wurde der neue Regierungspräsident vorgestellt – ein in Münster und im Münsterland bis dahin unbekannter Name: Kurt Matthaei.¹²⁰

Der neue Mann am münsterischen Domplatz, drei Monate zuvor, am 25. März, vom Beigeordneten der Stadt Marl zum kommissarischen Landrat des Kreises Recklinghausen berufen, war der Sohn des von 1892 bis 1920 amtierenden Bürgermeisters bzw. Oberbürgermeisters von Hamm, Richard Matthaei. Dessen Sohn, am 4. Februar 1886 in Nienburg geboren, wo der Vater zu dieser Zeit auch schon Stadtoberhaupt war, evangelischer Konfession, besuchte das Gymnasium in Hamm, studierte in Göttingen und Münster Rechts- und Staatswissenschaften und bestand 1911 das Referendarexamen. Seiner Militärpflicht genügte er danach als Einjährig-Freiwilliger beim 13. Infanterieregiment in Münster und absolvierte seine Referendarzeit bei den Amtsgerichten in Warendorf und Essen.

Bei Ausbruch des Weltkriegs 1914 rückte Matthaei als Offiziersanwärter ein, wurde während der Marneschlacht durch einen Brustschuss schwer verwundet und meldete sich nach seiner Genesung im Mai 1916 wieder zur Front, inzwischen zum Leutnant und Kompagnieführer im Infanterieregiment Nr. 57 befördert. Im August jenes Jahres wurde Matthaei bei Verdun verschüttet, verblieb nach seiner erneuten Genesung aber weiterhin an der Westfront. Noch vor Kriegsende setzte er seine Referendarausbildung in Krefeld, Uerdingen und Düsseldorf fort, nach 1918 dann am Oberlandesgericht Hamm, legte aber das Assessorexamen – aus unbekanntem Gründen – nicht ab, was sein Amtsvorgänger Hermann Pünder mit sichtlichem Missfallen zur Kenntnis nahm.¹²¹

Im Sommer 1919 wurde Matthaei der Aufbau eines neu zu errichtenden Wohlfahrtsamts des Kreises Dortmund übertragen, und er verblieb dort bis zur Auflösung des Kreises im Jahre 1928. Er amtierte als Kreisbeigeordneter und einige Zeit als Vorsitzender des Gewerbegerichts. Matthaei wurde danach in die Dienste der Stadt Dortmund übernommen, fand indes keine gleichwertige Stelle. Die ihm angetragene Pensionierung lehnte er ab.

Am 1. April 1930 erfolgte seine Wahl zum Ersten Beigeordneten der Stadt Marl. Er rückte indes de facto infolge längerer Krankheit des Bürgermeisters zum eigentlichen Stadtoberhaupt auf. Matthaei galt allgemein als bewusst national und konservativ und hatte deshalb, wie der

„Münsterische Anzeiger“¹²² ausführte, wiederholt Auseinandersetzungen mit dem münsterischen Regierungspräsidenten, vermutlich mit Amelunxen. Eine gewisse Nähe zur NSDAP oder zumindest eine Begünstigung der Partei Hitlers, der Matthaei am 1. November 1932 beitrug, musste indes schon länger bestanden haben, worauf der weitere steile berufliche Lebensweg schließen lässt. Dass der neue Regierungspräsident von 1926 bis 1932 allerdings der rechtsliberalen Deutschen Volkspartei, der Partei Gustav Stresemanns, angehörte,¹²³ wenngleich vermutlich nur nominell, wurde natürlich nicht mehr erwähnt.

Kurz nach der Machtergreifung, am 8. März 1933, wurde Matthaei zum Reichskommissar für Schaumburg-Lippe und am 1. April zum kommissarischen Landrat des Kreises Recklinghausen ernannt.¹²⁴ Am 29. Mai erhielt er die offizielle Amtsbestätigung. Bereits einen Monat später erreichte Matthaei nach der Beurlaubung Hermann Pünders die Berufung zum kommissarischen Regierungspräsidenten in Münster. Die auf Matthaei gefallene Wahl erwies sich als geschickter Schachzug gegenüber dem Großteil der dem Nationalsozialismus noch ablehnend gegenüberstehenden Bevölkerung. Ferdinand Freiherr von Lüninck, ein katholischer Adelliger aus dem Sauerland von deutschnationaler Färbung, war zum Oberpräsidenten der Provinz Westfalen, Matthaei, der Protestant mit bürgerlichem Hintergrund, zum Regierungspräsidenten in Münster berufen worden. Auf das Problem zweier Katholiken an der Spitze der Verwaltung in Westfalen, Lüninck und Pünder, hatte Letzterer auch in seinen Erinnerungen hingewiesen. Einer habe seinerzeit weichen müssen, und es war klar, dass er es sein musste, schrieb der frühere Staatssekretär sinngemäß in seinen Erinnerungen.¹²⁵ Achtungsgebietend berichtete der „Münsterische Anzeiger“ über Matthaeis Lebensweg und hob dabei besonders ausführlich dessen Verwundungen während des Weltkriegs hervor; Äußerungen, die ihre Wirkung auf den großen Kreis der national gesinnten Veteranen und ihrer Verbände nicht verfehlten.

Am 6. Juli 1933 fand die feierliche Amtseinführung Matthaeis durch Oberpräsident von Lüninck statt.¹²⁶ Dieser verwies auf die neue, im Grunde genommen aber bereits früher praktizierte Aufgabenstellung eines preußischen Regierungspräsidenten nach verschiedenen, in diese

Richtung zielenden Verwaltungsreformen der letzten Monate. Dabei bezog er sich auf die veränderte Aufgabenstellung des Oberpräsidenten, der sich nun wieder auf jene Position zurückziehe, die er bereits früher ausgeübt habe, nämlich auf die des Kommissars des Staates für die Provinz Westfalen. Lüninck mahnte ferner Sparsamkeit, Disziplin und Pflichttreue an; Tugenden, die zum Teil in jüngster Vergangenheit verloren gegangen seien, um dadurch wieder den preußischen Staat zu dem zu machen, was ihn vor Zeiten in der Welt berühmt gemacht habe. Abgesehen von üblichen staatstragenden Floskeln auf „Führer“ und Staat hätten die Ausführungen in dieser Form jederzeit auch in das politische Klima des Kaiserreichs gepasst. Die eigentliche Rede auf das NS-Regime hielt Regierungsvizepräsident Bachem, ehe Matthaei das Wort an den Herrn Oberpräsidenten, die lieben Parteigenossen und die Damen und Herren richtete und vollends in den bedrohlich wirkenden Parteijargon verfiel. Von der rücksichtslosen Durchsetzung der nationalsozialistischen Weltanschauung, von der Umformung der Gesetze zur Entsprechung der hohen Ziele unseres Führers war die Rede, und er versicherte schließlich den Anwesenden, „daß wir als verantwortliche Soldaten unseres Führers rücksichtslos diese Ziele durchsetzen wollen.“¹²⁷

Der neue Herr am Domplatz, erst vor wenigen Monaten der NSDAP beigetreten, wollte wohl der Gauleitung imponieren. Von hehren Zielen des Führers, die es rücksichtslos durchzusetzen gelte, war aber schon bald keine Rede mehr. Matthaei blieb nicht einmal 15 Monate Regierungspräsident in Münster. Ohne eine in die Öffentlichkeit gedrungene Begründung wurde er im Oktober 1934 in gleicher Eigenschaft nach Lüneburg versetzt,¹²⁸ einem gegenüber Münster vergleichsweise kleinen Regierungsbezirk, der von der Fläche zwar größer war, aber nur halb so viele Einwohner zählte. Die genauen Gründe für die abrupte Ablösung blieben selbst im Entnazifizierungsverfahren Matthaeis an der Jahreswende 1948/49 im Dunkeln.¹²⁹ Der damalige Regierungspräsident Franz Hackethal äußerte die schriftliche Vermutung, dass sich Matthaei bei den münsterischen Parteistellen „als positiv gläubiger evangelischer Christ“ mit zudem ausgeprägtem Rechtsempfinden unbeliebt gemacht habe. Hackethal führte dabei außerdem die Dienstentfernung eines älteren

Parteimitglieds wegen unmoralischen Verhaltens an. In Lüneburg hatte Matthaei die Nachfolge des zuvor gestorbenen Präsidenten Dr. Franz Hermann Reschke angetreten.

Die Verabschiedung aus Münster am 3. Oktober 1934 fiel ungleich bescheidener als die Amtseinführung aus.¹³⁰ Zusammen mit dem in der Öffentlichkeit kaum bekannten Gauschatzmeister Ferdinand Eickel,¹³¹ der das Landratsamt in Büren übernahm, wurde auch Matthaei nach Lüneburg verabschiedet. Zu der schlichten Feier im „Mathäser“ am Roggenmarkt waren der gesamte Gaustab, Vertreter der SA, der Oberpräsident und der münsterische Oberbürgermeister – in dieser Reihenfolge im „Münsterischen Anzeiger“ am 31. Oktober aufgeführt – erschienen, etwa 70 Personen. Im Gegensatz zum „alten Kämpfer“ Ferdinand Eickel fielen die Dankesworte an Matthaei eher dürftig und ausgesprochen nichts sagend aus – dem aufmerksamen Zeitungsleser wird das nicht entgangen sein.

Über Matthaeis Zeit in Lüneburg ist wenig bekannt.¹³² Als überzeugter Nationalsozialist stellte er sich auch hier ganz in den Dienst Hitlers und schwor nach Kriegsausbruch in flammenden Reden die dortige Beamten-schaft auf die unverbrüchliche Treue zum „Führer“ ein.¹³³ Von 1936 bis 1938 amtierte der Regierungspräsident als Vorsitzender des NSDAP-Parteigerichts und von Dezember 1939 bis März 1941 als Beauftragter des „Rassenpolitischen Amtes“.¹³⁴ 1942 war Matthaei, der sich inzwischen mit dem dortigen Gauleiter Otto Telschow überworfen hatte, nach einer Intrige seines Lüneburger Postens ledig,¹³⁵ wurde am 1. Juli 1943 Sonderbeauftragter des Führungsstabs Kiew, aber bereits Anfang des folgenden Jahres zur Disposition gestellt. Die vollen Dienstbezüge erhielt er bis zum 30. Juni 1944.

Nach Kriegsende wurde Matthaei bis Oktober 1947 im Lager Westerntimke interniert¹³⁶ und ließ sich danach in Laasche/Elbe, später in Lüneburg, nieder. In dem Ende Oktober 1948 eröffneten Entnazifizierungsverfahren wurde er „wegen Förderung des Nationalsozialismus“ als Belasteter in Gruppe III eingestuft.¹³⁷ Als Sühneleistungen für diesen Personenkreis waren Vermögens- und Pensionsverlust, Berufsverbot, Bußgeldzahlungen und Wahlrechtsentzug vorgesehen. Erst am

29. März 1951 erfolgte Matthaeis Umstufung in Gruppe V, so dass er sein aktives wie passives Wahlrecht wahrnehmen konnte.¹³⁸ Matthaei war zu diesem Zeitpunkt 65 Jahre alt.

Den früheren Regierungspräsidenten drängte es danach geradezu auf die politische Bühne. Er schloss sich zunächst der Sozialistischen Reichspartei [SRP],¹³⁹ ultrarechtes und nationalistisches Sammelbecken ehemaliger Nationalsozialisten und Wehrmichtsangehöriger, an und trat nach deren Verbot 1952 der Deutschen Reichspartei [DRP] bei. Bei der Bundestagswahl 1953 kandidierte Matthaei auf deren Liste im Wahlkreis „Lüneburg-Dannenberg“,¹⁴⁰ hatte aber auf die Mandatsvergabe keinen Einfluss; dieses sicherte sich der SPD-Abgeordnete Friedrich Nowak. Immerhin umfasste aber die sich im Bundestag „Nationale Rechte“ bezeichnende Abgeordnetengruppe fünf Parlamentarier, darunter der spätere NPD-Vorsitzende Adolf von Thadden.¹⁴¹ Vor der Wahl 1953 hatte Matthaei in einem Zeitungsbericht in der Lokalpresse¹⁴² zu seinen politischen Zielen und denen der Deutschen Reichspartei Stellung genommen und für die nationale Opposition eine Politik der Unabhängigkeit von Ost und West, eine europäische nationale Gemeinschaft als dritte Kraft sowie volle Souveränität und Gleichberechtigung für ein einheitliches Reich gefordert.

Daneben trat der ehemalige Regierungspräsident 1952, also noch vor dem Verbot der Sozialistischen Reichspartei, als SRP-Landtagskandidat in Niedersachsen an¹⁴³ und amtierte seit 1952 als SRP-Bezirksleiter Niedersachsen-Ost in Lüneburg. Im Juni 1952 wurde Matthaei mit Redeverbot belegt und übernahm danach zeitweise den Vorsitz eines nicht weiter bekannten „Arbeitsrings für Wahrheit und Gerechtigkeit“.¹⁴⁴ Als Tarnorganisation für die vor dem Verbot stehende SRP gründete sich im August 1952 dann der „Unabhängige kommunalpolitische Einheitsblock Lüneburg“ [KEB], für den Matthaei als Kandidat bei den Kommunalwahlen am 9. November 1952 antreten wollte. Der KEB, dem in ganz Niedersachsen die SRP-Mitglieder scharenweise beitraten, wurde aber nicht zur Wahl zugelassen.¹⁴⁵ 1953 hatte er sich schließlich der „Deutschen Aufbau-Vereinigung“¹⁴⁶ angeschlossen. Matthaeis Aktivitäten führten 1954 zur Einleitung eines Strafverfahrens. Am 21. März 1958

zählte er zu den Mitbegründern der „Freien Sozialistischen Volkspartei“,¹⁴⁷ allesamt rechtsradikale Splittergruppen ohne weitere öffentliche Beachtung.¹⁴⁸ Zuletzt gehörte er der NPD an. In die Schlagzeilen geriet er noch einmal im November 1958, als ihm das Oberverwaltungsgericht Lüneburg in einem gegen die Bundesrepublik angestrenzten Rechtsstreit die Gewährung der Pension eines Landrats zuerkannte. Dabei bezog sich das Gericht auf Matthaeis ursprüngliche Tätigkeit als Beigeordneter der Stadt Marl. Matthaei starb am 19. März 1974 in Lüneburg im Alter von 88 Jahren.¹⁴⁹

KURT KLEMM

1934–1941

Am 4. November 1934 berichtete der „Münsterische Anzeiger“ von der Berufung des Polizeipräsidenten Kurt Klemm¹⁵⁰ aus Recklinghausen zum neuen Regierungspräsidenten von Münster. Den Posten übernahm er bis zu seiner definitiven Ernennung am 1. Februar des folgenden Jahres zunächst nur kommissarisch.

Klemm, am 19. Januar 1894 in Mühlhausen/Thüringen als Sohn des dort von 1888 bis 1922 amtierenden Landrats geboren, evangelischer Konfession, absolvierte das Gymnasium seiner Vaterstadt und studierte von 1912 bis 1915 Rechtswissenschaften in Göttingen, Freiburg/Breisgau und Marburg. Nach bestandenem Referendarexamen nahm er bis 1918 am Krieg teil, zuletzt im Range eines Leutnants der Reserve. Stationen seiner Referendarzeit waren die Regierung in Kassel, das Landratsamt in Frankenberg und der Magistrat in Eschwege. 1921 bestand Klemm die Assessorprüfung, wurde danach der Regierung in Gumbinnen überwiesen und erhielt 1925 seine Versetzung nach Minden. 1928 wurde er hier zum Regierungsrat ernannt. Im Dezember 1931 trat Klemm der NSDAP bei, hat aber keine Parteiämter bekleidet und führte auch keine Ehrenränge in SA und SS.

Nach der „Machtergreifung“ Hitlers setzte Klemm zu einer steilen Karriere an. Am 28. Februar 1933 ernannte ihn der preußische Innenminister Göring zum kommissarischen und am 26. April definitiv zum Poli-

zeipräsidenten in Recklinghausen. Bereits im folgenden Jahr, am 7. November, wurde Klemm mit der vertretungsweisen Wahrnehmung der Geschäfte des Regierungspräsidenten in Münster beauftragt und erhielt am 1. Februar 1935 die definitive Ernennung.¹⁵¹ Im Herbst 1941 wurde Klemm zum Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete abgeordnet. Er war dort als Generalkommissar für den Generalbezirk Shitomir, danach in gleicher Funktion für den Generalbezirk Wolhynien-Podolien tätig. Am 20. Juli 1943 wurde Klemm, 49 Jahre alt, in den Wartestand versetzt. Nach dem Krieg, seit etwa 1950 bis kurz vor seinem Tod, lebte Klemm als Regierungspräsident a. D. in Münster, wie aus den Adressbüchern der Stadt hervorgeht. Er starb am 22. November 1973 im Alter von fast 80 Jahren im Wohnstift „Augustinum“ in Bad Neuenahr, wie es in der Todesanzeige in den „Westfälischen Nachrichten“ vom 24. November 1973 hieß.¹⁵²

GÜNTHER GRAF VON STOSCH 1941–1943

Nachfolger Klemms wurde am 7. Dezember 1941 der Bottroper Oberbürgermeister Günther Graf von Stosch,¹⁵³ am 29. Mai 1893 in Altkessel im niederschlesischen Kreis Grünberg als Sohn eines späteren Generallandschaftsrepräsentanten geboren. Die Familie zählte zum alten Adel. Nach der Reifeprüfung auf dem Gymnasium in Wohrlau 1912 studierte Stosch Rechts- und Staatswissenschaften in Breslau, diente als Einjährig-Freiwilliger und nahm von 1914 bis 1918 als Reserveoffizier, zuletzt im Range eines Oberleutnants, am Weltkrieg teil. Dem Referendarexamen 1920 und der Promotion im Jahr darauf folgte 1923 die Assessorprüfung. Er wurde danach dem Polizeipräsidium in Breslau zugewiesen, verließ aber noch im gleichen Jahr den Staatsdienst auf eigenen Wunsch. Bis 1933 war Graf Stosch bei einem Bergwerksunternehmen in Bochum beschäftigt. Mitte April 1933 wurde er als Regierungsassessor wieder in den Staatsdienst übernommen und schloss sich, von 1930 bis 1933 Mitglied des Stahlhelms und 1932 der Deutschnationalen Volkspartei beigetreten,

am 1. Mai 1933 der NSDAP an. Seit diesem Tag war Stosch die kommissarische Leitung, seit 1. April 1934 dann die definitive Leitung der Staatspolizeistelle für den Regierungsbezirk Münster in Recklinghausen übertragen worden. Am 1. August wurde Stosch zum Regierungsrat befördert. Von Anfang März 1935 bis Anfang Dezember 1941 amtierte Stosch als Oberbürgermeister der Stadt Bottrop,¹⁵⁴ ehe er zum Regierungspräsidenten von Münster berufen wurde. Die definitive Amtsbestätigung erhielt er am 28. August 1942. In Münster blieb er gerade einmal ein halbes Jahr. Mit Datum vom 17. März 1943 wurde Graf Stosch zum kommissarischen Regierungspräsidenten in Minden „abgeordnet“, die definitive Amtsbestätigung erhielt er am 1. Juli 1943. Das Amt hatte er bis Kriegsende inne.

Stosch, der Ende Januar 1941 der SA beitrug und im November 1942 zum SA-Obersturmbannführer aufstieg, war Anfang Mai 1945 in Stadthagen gemeldet. Aufgrund seiner früheren Tätigkeit als Leiter der Staatspolizeistelle Recklinghausen wurde er von der britischen Besatzungsmacht wenig später verhaftet und vermutlich bis 1948 im Lager Recklinghausen interniert. Ein gegen ihn 1949 eingeleitetes Strafverfahren vor dem Schwurgericht Bochum hinsichtlich Vergehen während seiner Zeit als Leiter der Staatspolizeistelle endete mit einem Freispruch.¹⁵⁵ Die Anklage gegen ihn hatte auf Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Aussageerpressung mittels Folter und Misshandlungen in 237 Fällen, darunter zwei Selbstmorden nach vorausgegangenen Misshandlungen, gelaute. Sein Untergebener, ein Polizeirat der Gestapo, wurde dafür zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt.¹⁵⁶ Das Gericht hatte sich im Falle Stoschs auf die Position zurückgezogen, dass man es dem Chef nicht zutraute, über „verschärfte Vernehmungsmethoden“, die damals Bestandteil jeder Polizeidienstweisung waren, über die eingerichteten Folterkeller und Prügelböcke Bescheid gewusst zu haben.¹⁵⁷ Stosch argumentierte folgerichtig, dass er machtlos gewesen sei, dem Treiben zu gebieten, und schon seit seiner Zeit in Recklinghausen eine starke Abneigung gegen das Regime verspürt zu haben.¹⁵⁸ In seinem Urteil attestierte das Gericht dem Grafen, ein korrekter Beamter gewesen zu sein, der alle Schikanen gegen die Gegner der NSDAP zu verhindern oder wenigstens zu mildern versucht habe. Im Entnazifizierungsverfahren wurde Stosch schließlich in

die Gruppe IV eingestuft. Von 1950 bis 1954 wohnte der ehemalige münsterische Regierungspräsident in Essen. Hier starb er am 23. März 1955 im Alter von fast 62 Jahren.

THEODOR FRÜNDT

1943

Am 6. April 1943 übernahm Theodor Fründt¹⁵⁹ bis Ende des Jahres vertretungsweise das Amt des Regierungspräsidenten in Münster. Er wurde am 19. März 1897 in Krempe in Schleswig-Holstein geboren, meldete sich 1914 als Kriegsfreiwilliger, nahm bis 1918 am Krieg teil – zuletzt im Rang eines Leutnants der Reserve – und konnte daher erst im Juni 1919 die Reifeprüfung ablegen. 1919/20 schloss er sich dem im Ruhrgebiet kämpfenden Freikorps Lichtschlag an, ehe er 1920 das Studium der Rechtswissenschaften aufnahm. 1924 bestand Fründt das Referendarexamen, wurde danach dem Oberlandesgericht in Kiel zugeteilt und bestand 1928 die Assessorprüfung. Er ließ sich danach als Rechtsanwalt in Elmshorn nieder. Im Mai 1933 wurde er dort auch zum Notar ernannt.

Von April 1933 bis Juni 1938 amtierte Fründt als Landrat des Kreises Herzogtum Lauenburg in Ratzeburg. Er folgte danach einer Berufung ins Reichsinnenministerium und wurde dort zum Ministerialrat befördert. Rasch wechselnde Tätigkeiten im Verlauf der ersten Kriegsjahre führten ihn im Auftrag des Innenministeriums in die Niederlande sowie nach Belgien und Nordfrankreich, dort jeweils als Militärverwaltungs-Abteilungschef beim Militärbefehlshaber tätig, ehe er 1941 im Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete seine Tätigkeit aufnahm. Hier war er Leiter der Hauptabteilung II „Politik“ des „Reichskommissars für das Ostland“.

Am 4. Mai 1942 wurde der im Jahr zuvor zum Ministerialdirigenten aufgestiegene Fründt an das Oberpräsidium der Provinz Westfalen versetzt und zunächst mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Regierungspräsidenten beim Oberpräsidenten betraut, wie sich seit 1940 die Stellvertreter des Oberpräsidenten, die früheren Oberpräsidialräte,

amtlicherseits bezeichneten.¹⁶⁰ Im Jahr darauf, am 20. April 1943, übernahm Fründt dieses Amt definitiv und rückte zugleich zum stellvertretenden „Reichsverteidigungskommissar Westfalen-Nord“ auf. Vom 6. April 1943, also unmittelbar nach der Versetzung Stoschs nach Minden, bis zum 31. Dezember 1943 war Fründt zugleich vertretungsweise mit der Verwaltung bzw. der „Mitverwaltung“ der Stelle des Regierungspräsidenten in Münster beauftragt worden. Das Amt gab er nach der zum 1. Januar 1944 erfolgten Berufung von Walter Ruhs zum Regierungspräsidenten von Münster offiziell auf und kehrte ins Oberpräsidium zurück. Gleichwohl verblieb er vertretungsweise auf dem Posten, da sich Ruhs inzwischen in Kriegsgefangenschaft befand. Von Anfang August bis Ende Oktober 1944 wurden Fründt nach der Absetzung des bisherigen Landeshauptmanns der Provinz Westfalen, Karl Friedrich Kolbow, außerdem dessen Amtsgeschäfte nach außen hin kommissarisch übertragen. In der Verwaltung vertrat Landesrat Salzmann, der nicht der NSDAP angehörte, dessen Position.¹⁶¹

Fründt, der 1930 der NSDAP beitrug und seit dieser Zeit auch Mitglied der SA war – 1932 im Range eines Standartenführers und bis März 1933 Führer der SA-Standarte 31 –, saß von 1932 bis 1933 für die NSDAP im Deutschen Reichstag. Nach Kriegsende im Lager Eselsheide interniert, wurde Fründt im Entnazifizierungsverfahren zunächst in Gruppe III, im Januar 1951, im Zuge des Abschlusses des Verfahrens, in Gruppe V eingestuft. Seit den 50er-Jahren praktizierte Fründt als Rechtsanwalt und Notar in Kiel. Hier starb er am 20. Dezember 1984 im Alter von 87 Jahren.

WALTER RUHS

1944–1945

Walter Ruhs¹⁶² ist der einzige Präsident in der Geschichte des Regierungsbezirks Münster, der lediglich ernannt wurde, sein Amt aber nicht ausüben konnte. Infolge der Kriegsereignisse war es noch nicht einmal mehr möglich, ihm die Bestallungsurkunde zu überreichen.¹⁶³ De facto war er vom 1. Januar 1944 bis Kriegsende 1945 Regierungspräsident in Münster.

Per Verfügung – auch das ein Kuriosum – wurde er erst am 14. August 1945 aus dem „Amt entfernt“. Ruhs, der seit März 1940 der Wehrmacht als Reserveoffizier angehörte, muss wohl kurz vor seiner Ernennung in amerikanische Kriegsgefangenschaft – vermutlich in Italien – geraten sein, aus der er Ende März 1946 entlassen wurde.

Der letzte preußische Regierungspräsident, der zuvor von 1939 bis zu seiner Einberufung zur Wehrmacht als Regierungsvizepräsident in Arnshagen¹⁶⁴ amtierte, wurde am 29. Januar 1902 in Weißensee in Thüringen geboren. Noch während seiner Schulzeit auf dem bekannten Elitelyzeum „Schulpforta“ hatte er sich 1920/21 der rechtsradikalen Organisation Escherich [Orgesch] angeschlossen und beteiligte sich an den Grenzkämpfen in Oberschlesien. Von 1922, nach Ablegung der Reifeprüfung, bis 1926 studierte Ruhs Rechtswissenschaften, wurde 1927 Gerichtsreferendar in Naumburg und Erfurt und bestand 1931 die Assessorprüfung. Von Februar 1932 bis Dezember 1933 praktizierte er als Rechtsanwalt in Sömmerda, war aber bereits im April 1933 mit der kommissarischen Leitung des Landratsamts Mühlhausen beauftragt worden. Das Amt behielt er bis zu seiner Berufung nach Arnshagen.

Amt und Funktion des Regierungspräsidenten besaßen im letzten Kriegsjahr und auch schon zuvor keine Bedeutung mehr. Der Posten dürfte 1944 wohl eher pflichtgemäß um der Wahrung der Kontinuität willen noch einmal besetzt worden sein. Dass Ruhs dann schließlich doch keinen nominellen, kommissarisch amtierenden Stellvertreter erhielt, unterstreicht zudem die schwindende Rolle der Position. Das Aufgabenfeld dürfte von dem kurzzeitig zuvor amtierenden „Regierungspräsidenten beim Oberpräsidenten“ Fründt wahrgenommen worden sein, wie sich überhaupt seit Jahren eine merkliche Kompetenzverlagerung in Richtung Oberpräsidium zu Lasten der ohnehin in der Diskussion stehenden Regierungspräsidien bemerkbar gemacht hatte.¹⁶⁵

Als 1942 die Gauleiter von Westfalen-Nord, Alfred Meyer, und Westfalen-Süd, Josef Wagner, Paul Giesler und Albert Hoffmann die Initiative für eine Verwaltungsvereinfachung ergriffen und sich für solche administrativen Einheiten aussprachen, die mit den Parteigauen identisch waren, schien das Ende der Regierungsbezirke gekommen zu sein.¹⁶⁶ Als Vor-

bild dienten die Verhältnisse in Danzig, wo der Posten des Reichsstatthalters [Oberpräsident] mit dem des Regierungspräsidenten aus Gründen effizienter Verwaltungsarbeit verschmolzen worden war.¹⁶⁷

Ähnliche Überlegungen gab es, wenngleich natürlich ohne den parteipolitischen Hintergrund, nach dem Ersten Weltkrieg.¹⁶⁸ In Münster waren entsprechende Planungen weit gediehen. Die Versetzung des Grafen Stosch als Präsidenten der Regierung in Minden im März 1943 schien die Angelegenheit dazu noch zu beschleunigen. Der seit der Verabschiedung des Freiherrn Ferdinand von Lüninck 1938 unumschränkt herrschende Gauleiter Meyer¹⁶⁹ dachte indes nicht nur an eine Verschmelzung des Oberpräsidiums mit der Regierung Münster, sondern wollte sich zugleich die Regierung in Minden, dazu die Länder Lippe und Schaumburg-Lippe, einverleiben, die allesamt zum NSDAP-Gau Westfalen-Nord gehörten.¹⁷⁰

Reichsinnenminister Wilhelm Frick, von dem massiv gegen die Teilung der Provinz Westfalen protestierenden Landeshauptmann von Westfalen, Karl Friedrich Kolbow¹⁷¹, informiert, machte allen diesbezüglichen Planungen im Mai 1943 ein rasches Ende und untersagte, gestützt auf einen Befehl Hitlers, weitere Verhandlungen in der Angelegenheit, die übrigens auch in zahlreichen anderen preußischen Provinzen geführt wurden.¹⁷² Kriegsbedingt hatte die „Behördenstadt Münster“ ohnehin schon schweren Schaden genommen. Mehr als ein Jahr später, im Dezember 1944, wurden jene Teile des Oberpräsidiums und des Regierungspräsidiums, die kaum Publikumsverkehr besaßen, nach Bad Driburg verlegt.¹⁷³

Nicht weniger ungewöhnlich mutete die Nachkriegskarriere von Ruhs an. Von 1946 bis 1950 war der von der Spruchkammer Wiesbaden in Gruppe IV als „Mitläufer“ eingestufte Beamte als Arbeiter in der Privatwirtschaft tätig, ehe er 1950 als Angestellter kurz beim hessischen Statistischen Landesamt und wenig später beim Statistischen Bundesamt in Wiesbaden unterkam. Zeitweise wurde er im Bundesinnenministerium beschäftigt und im September 1960 zum Regierungsrat ernannt. 1967 trat er in den Ruhestand. Unter allen münsterischen Regierungspräsidenten der nationalsozialistischen Zeit verzeichnete Ruhs die längste

„NSDAP-Karriere“. Er hatte sich als junger Erwachsener dem Jungdeutschen Orden,¹⁷⁴ 1924 der Nationalsozialistischen Freiheitspartei,¹⁷⁵ schließlich der NSDAP und der SA angeschlossen. Ruhs amtierte von 1931 bis 1933 als NSDAP-Ortsgruppenleiter, vermutlich in Weißensee. Er starb am 3. Oktober 1989 in Wiesbaden im Alter von 87 Jahren.

CLEMENS FREIHERR VON OER

1945 REGIERUNGSPRÄSIDENT BEIM OBERPRÄSIDENTEN

Mit der Ernennung Rudolf Amelunxens zum Oberpräsidenten der Provinz Westfalen am 5. Juli 1945 ging zunächst keine Restrukturierung der früheren vor und auch noch nach 1933 bestehenden preußischen Verwaltungsstruktur einher. Vielmehr knüpfte die britische Besatzungsmacht zunächst rein äußerlich an die sich nach 1938, also nach der Ablösung des Freiherrn von Lüninck, mehr und mehr herausbildende Machtzentrierung auf das Amt des Oberpräsidenten an. Sie folgte damit, wohl eher unbeabsichtigt, Vorstellungen des früheren preußischen Innenministers von 1917/18 und preußischen Staatskommissars für die Verwaltungsreform von 1919 bis 1923, Bill Drews, der damals vorgeschlagen hatte, aus den Abteilungen der Regierungen provinziale Sonderverwaltungen auszugliedern und diese zusammen mit den schon bestehenden Sonderverwaltungen als weitgehend selbstständige Abteilungen dem Oberpräsidenten einzugliedern, so dass der Oberpräsident ohne eigenen Wirkungskreis auf die Oberleitung und Aufsicht über diese Abteilungen beschränkt bliebe.¹⁷⁶ Tatsächlich wurde diese Organisationsform in der kurzlebigen Zeit des Oberpräsidiums nach dem Krieg verwirklicht.

Angesichts der schier unlösbaren Probleme der Provinz Westfalen nach dem Krieg war dies nahe liegend. Amelunxen unterstanden mit seiner Ernennung, und ebenfalls nach seiner am 1. Januar 1946 erfolgten Bestellung zum Leiter der Westfälischen Provinzialregierung, neun Generalreferenten,¹⁷⁷ die – vergleichbar einer Regierung – verschiedenen

Ressorts vorstanden. Mit der Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen im August 1946 wurden die Provinzialregierungen in Westfalen und in der Nord-Rheinprovinz aufgelöst und das Amt des Oberpräsidenten, das immerhin seit 1815 existierte, abgeschafft.

Trotz der Konzentration der Verwaltung auf das Amt des Oberpräsidenten samt seiner Generalreferenten hatte die Militärregierung schon kurz nach der Amtseinführung Amelunxens neue Regierungspräsidenten, wenngleich zunächst nur kommissarisch, ernannt. Erster münsterischer Regierungspräsident nach dem Krieg war der am 21. Juni 1945 ernannte Franz Hackethal, wiewohl zugleich Clemens Freiherr von Oer diese Amtsbezeichnung, wenn auch in verkürzter Form, führte. Amelunxen hatte ihn mit dem Amt des Regierungspräsidenten beim Oberpräsidenten betraut, also zu seinem Stellvertreter berufen.¹⁷⁸ Wie oben dargelegt, führten seit 1940 die Stellvertreter des Oberpräsidenten diese Amtsbezeichnung.

Mit der Wahl Oers, so Clemens Amelunxen, habe sein Vater die Absicht verbunden, sich mit dem westfälischen Adel, dessen Haltung er während der NS-Zeit für untadelig hielt, zu versöhnen,¹⁷⁹ so der Sohn des früheren Regierungspräsidenten. Der Berufene habe dies auch so verstanden. Innerhalb der Verwaltung sei sein Stellvertreter aber nur für Büroaufsicht und Protokoll zuständig gewesen, habe also kein eigenes Ressort geführt, so dass sein Einfluss gering geblieben sei.¹⁸⁰ Clemens Freiherr von Oer war der Sohn des schon erwähnten Gutsbesitzers, Mitglied des Provinzialausschusses und preußischen Staatsrats, Adolf Freiherr von Oer, der 1922 in der Nachfolge des Grafen Merveldt in Erscheinung getreten war.

Clemens Freiherr von Oer¹⁸¹ wurde am 25. August 1895 auf Haus Egelborg, Gemeinde Legden im Kreis Ahaus, geboren. Er entstammte einer alteingesessenen münsterländischen katholischen Adelsfamilie. Der Reifeprüfung 1914 in Coesfeld folgte, unterbrochen vom Kriegseinsatz – zuletzt im Range eines Leutnants –, das Studium der Rechtswissenschaften in Münster. Oer, 1916 schwer verwundet und nach Münster zurückbeordert, setzte hier sein Studium fort und bestand Ende Oktober 1918 das Referendarexamen. Ende Juni 1919 wurde er Regierungsreferendar

und legte im Oktober 1921 das Assessorexamen ab. Bis November 1921 dem Landratsamt in Beuthen zugewiesen, fand er danach bis April 1922 Verwendung bei der Regierung in Oppeln. Auf eigenen Wunsch schied er, nach seiner Versetzung in das Reichsfinanzministerium, aus dem preußischen Staatsdienst aus.

In Berlin machte er bereits damals die Bekanntschaft Hermann Pünders,¹⁸² mit dem er zeitweise zusammen im Vorzimmer des von Oktober 1921 bis August 1923 amtierenden Reichsfinanzministers Andreas Hermes saß. Später wurde Freiherr von Oer an das Finanzamt Münster bzw. an das Finanzamt in Burgsteinfurt versetzt, zuletzt im Rang eines Regierungsrats. Freiherr von Oer, der bis zu ihrer Auflösung der Zentrumspartei angehörte, hatte aufgrund seiner nicht verborgen gebliebenen Gegnerschaft zum Nationalsozialismus keinerlei Karriereaussichten. 1933 war er noch von der münsterischen Zentrumspartei für das Amt eines unbesoldeten Magistratsmitglieds in der Provinzialhauptstadt vorgeschlagen worden, wurde aber, wie angesichts der neuen „Mehrheitsverhältnisse“ zu erwarten, nicht gewählt. 1935 schied er auf eigenen Wunsch aus dem Staatsdienst aus, lebte danach in Münster und trat 1941 das Erbe seines verstorbenen Vaters an.

1944 wurde Oer von einem auf Haus Egelborg einquartierten Gestapospitzel denunziert¹⁸³ und nachfolgend verhaftet. Angeblich hatte der Adelige zum „20. April 1944“, zu „Führers Geburtstag“, nicht geflaggt. Von Oktober 1944 bis Februar 1945 saß er im Polizeigefängnis Gronau ein. Von Schikanen blieb auch sein Bruder Antonius, der von 1955 bis 1968 als wortgewaltiger Präsident des Westfälisch-Lippischen Landwirtschaftsverbands bundesweite Bekanntheit erlangte, nicht verschont. Wegen fortwährender Verweigerung des so genannten Hitler-Grußes war er wiederholt strafrechtlich belangt worden.¹⁸⁴

Clemens Freiherr von Oer wurde im April 1945 von den Briten zum kommissarischen Landrat des Kreises Ahaus und am 12. Juli 1945 von ihnen auf Vorschlag des ihm persönlich gut bekannten Rudolf Amelunxen zu seinem Stellvertreter ernannt. Nach Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen im August 1946 hatte ihm der künftige Ministerpräsident angeboten, ihn nach Düsseldorf zu begleiten. Oer, aller-

dings ein Gegner der Landesgründung in dieser Form – er hatte für eine Unabhängigkeit Westfalens plädiert und teilte hiermit die Meinung Amelunxens –, lehnte indes ab.¹⁸⁵ Dies hatte nicht zuletzt Folgen für den weiteren beruflichen Lebensweg. Eine neue Verwendung sollte er nicht mehr finden. Erster Chef der münsterischen Regierung wurde, wie erwähnt, Franz Hackethal. Mit dem 1. Dezember 1946 wurde er in den Wartestand und am 1. November 1950 in den Ruhestand versetzt.

Clemens Freiherr von Oer zog sich nach Haus Egelborg zurück, wurde aber noch mit der Vermögensabwicklung des früheren Reichsnährstands beauftragt.¹⁸⁶ Ausgestattet mit einem Büro in Bonn, dabei viel auf Reisen, erledigte er diesen Auftrag bis Ende 1952. Aus dem politischen Leben zog er sich jedoch nicht zurück. Für die CDU, die er zwar nicht direkt unterstützte, aber deren Gründung er in Münster wie in Westfalen wohlwollend gegenüberstand, saß er von 1946 bis 1969 im Gemeinderat von Legden und von 1956 bis 1964 im Ahauser Kreistag. Clemens Freiherr von Oer starb am 3. August 1976 während eines Kuraufenthalts in Bad Schlangenbad im Alter von fast 81 Jahren.

FRANZ HACKETHAL

1945–1956

Der erste Hausherr am Domplatz in der Nachkriegszeit hieß Franz Hackethal, und er war auch der erste Präsident, der ein verwüstetes Land wieder aufbauen musste. Es sei nicht vergessen: Von 1813 bis 1945 hatte dank Preußens „Wacht am Rhein“ kein fremder Soldat das Münsterland betreten. Der am 18. Dezember 1891 in Duderstadt im Eichsfeld geborene Regierungspräsident¹⁸⁷ hatte die dortige Schule bis zur Obersekunda besucht und danach die mittlere Verwaltungslaufbahn eingeschlagen. Im April 1911 trat er seinen Dienst bei der Amtsverwaltung in Hüsten an und wurde wenig später an das Landratsamt Soest versetzt. Der Zeit als Einjährig-Freiwilliger 1913/14 folgte sofort die Teilnahme am Weltkrieg, den er bis zu seiner schweren Verwundung 1917 mitmachte. Von 1918 bis 1923 war Hackethal der Regierung in Arnsberg zugeteilt worden, amtierte

indes von 1920 bis 1923 im Rang eines Kreissekretärs bzw. Kreisoberinspektors als stellvertretender Landrat des Kreises Hamm. 1923 ließ er sich vom Staatsdienst beurlauben und leitete bis 1925 als Amtmann bzw. Amtsbürgermeister das Amt Linden-Dahlhausen bei Bochum. Endgültig aus dem preußischen Staatsdienst ausgeschieden, übernahm Hackethal von 1925 bis 1930 das Amt des Bürgermeisters in Dingelstädt im Kreis Heiligenstadt, seiner weiteren Heimat, trat danach in gleicher Funktion an die Spitze der Stadt Borghorst, ehe er 1934 als Bürgermeister nach Ahlen berufen wurde. Während seiner Zeit in Dingelstädt hatte er von 1926 bis 1930 dem Kreistag und dem Kreisausschuss des Kreises Heiligenstadt angehört.

Hackethal, der weder der NSDAP noch irgendwelchen Parteiorganisationen beigetreten war und im Rufe eines ausgezeichneten Verwaltungsfachmanns stand, konnte sich aber auf Dauer in seinem Ahlener Amt nicht halten. Um ihn dort loszuwerden, wurde gleich der mächtige Gauleiter von Westfalen, Alfred Meyer, ins Spiel gebracht. Dass der Bürgermeister schon seit seiner Amtseinführung aus einem inneren Widerstreben heraus passiv zu den Männern der Bewegung stehe, sei ja bekannt, wurde nach Münster gemeldet.

„Der jetzige Bürgermeister der Stadt Ahlen“, so der dortige Kreisleiter Sch. am 13. Oktober 1936 an Gauleiter Meyer¹⁸⁸, „VG. [Volksgenosse] Hackethal, der nunmehr nahezu zwei Jahre hier die Geschäfte führt, ist bekanntlich einer der Behördenleiter meines Kreises, der mir von Anfang an infolge seiner von mir abgelehnten kommunalpolitischen Tätigkeiten die größten Sorgen macht, und mich deswegen in meiner Parteiarbeit dauernd hemmt. ... Für die Beurteilung des Bürgermeisters genügt nur die Feststellung, welche Tendenzen seinem ganzen Verhalten zugrunde liegen: Hackethal hat sich immer mehr auch hier in Ahlen als das herausgestellt, als was er schon in Borghorst bekannt war, als unverfälschter Jesuit. Seine unterwürfige Haltung der Bewegung gegenüber, sein liebedienerisches Eingehen auf Wünsche der Partei und ihrer Gliederungen täuschen nicht darüber hinweg, dass er gesinnungsmäßig ein Gegner der Bewegung und ihrer Führer ist.“ Kurzum, Hackethal sei unverzüglich aus dem Dienst zu entfernen. Gauleiter Meyer schrieb daraufhin einen

Brief an Regierungspräsident Klemm und bat ihn, den Ahleener Bürgermeister baldigst abzulösen. Die weiteren Vorgänge sind der Personalakte Hackethals im Landesarchiv NRW nicht zu entnehmen, jedenfalls schien die Ablösung aber nicht so einfach zu sein, wie Regierungspräsident Klemm erst viele Monate später, am 19. Juni 1937, an Meyer schrieb. Für Hackethal solle danach wenigstens ein Stadtratsposten in Minden bereitgehalten werden. Auf Druck der NSDAP wurde der Bürgermeister von Ahlen schließlich zum Ende des Jahres 1937 mit gekürzten Bezügen in den Ruhestand versetzt.¹⁸⁹ Von 1938 bis 1945 wirkte Hackethal als Beirat der Gräfllich Droste zu Vischering'schen Generalverwaltung.

Als die Briten das Münsterland besetzt hatten und nach geeigneten Persönlichkeiten für den Wiederaufbau einer demokratischen Verwaltung suchten, fiel sogleich auch der Name Franz Hackethal. Die Militärregierung ernannte ihn schon am 15. April zum Landrat des Kreises Soest und genau einen Monat später zum Landrat des Kreises Beckum. Am 21. Juni 1945 wurde er kommissarischer Regierungspräsident von Münster, am Tag danach von Oberpräsident Amelunxen in sein Amt eingeführt und am 25. September definitiv bestellt. Infolge der Beschädigung des Regierungspräsidiums amtierte Hackethal bis Mai 1946 in Warendorf. Am 22. Juli 1949 wurde er Beamter auf Lebenszeit.¹⁹⁰

Dass Hackethal zwar Verwaltungsfachmann, aber kein Jurist war, hat seinen Aufstieg nicht weiter behindert, wiewohl in Münster das Fehlen höherwertiger Qualifikationen hinter vorgehaltener Hand doch oft zu hören war. Dabei vergaß man oder man wusste es schließlich nicht, dass es zu Preußens Zeiten gang und gäbe war, hoch qualifizierte Fachleute, beileibe nicht immer nur Juristen, mit hohen Ämtern zu betrauen. Das Vertrauen, das die Briten in Hackethal setzten, sollte nicht enttäuscht werden, obwohl der selbstbewusst auftretende Regierungspräsident manchen Anordnungen widersprach, vor allem in der brisanten Frage einer sinnvollen und gerechten Entnazifizierung. Auch trat er, als entsprechende Pläne ruchbar wurden, der Demontage zahlreicher Betriebe des Münsterlands mutig entgegen.

Neben dem planmäßigen Aufbau einer demokratischen Maßstäben entsprechenden Verwaltung hatte sich Hackethal besonders als unbüro-

kratischer Behördenleiter einen Namen gemacht. Überliefert ist von ihm die ständige Anweisung an seine Beamten, ob die Gesetzeslage nicht doch ganz schnell Hilfe zuließe. Große und bleibende Verdienste erwarb er sich vor allem bei der Eingliederung der vielen Flüchtlinge und Vertriebenen. Dass in einer so bodenständigen Stadt wie Münster in den 50er-Jahren ein Viertel der Bevölkerung ihre Herkunft aus vorwiegend katholischen Landesteilen im preußischen Osten zurückführte, ist längst dem öffentlichen Bewusstsein entrückt. Vergessen ist dagegen in Münster nicht, dass sich Hackethal britischen Plänen widersetzte, die vom Bauzustand her noch intakte Ruine des Schlosses abreißen zu lassen. Gleichfalls legte er sich quer, als bekannt wurde, den Schlosspark abholzen zu wollen.

Hackethal, ein strenger und gerechter Dienstherr, wie manch früherer Beamter später zum Besten gab, stand schon einmal morgens vor dem großen Portal des Regierungsgebäudes, um das pünktliche Erscheinen seiner Mitarbeiter zu überprüfen. In Münster hatte er aber nicht nur Freunde. Das hatte seine Gründe: Kraft seines Amtes geriet er in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre in eine in Münster hohe Wellen schlagende und bis dahin und später nie mehr erlebte Auseinandersetzung zwischen Bürgerschaft und der Stadt Münster auf der einen, dem Generalvikariat, sprich Bischof Michael Keller, und dem Regierungspräsidenten auf der anderen Seite.¹⁹¹

Als damals die Pläne für den Wiederaufbau des Doms veröffentlicht wurden und rasch deutlich wurde, dass das Westwerk geschlossen und mit einer alsbald dem öffentlichen Spott preisgegebenen Lösung, einer runden Fensteranordnung in der Form einer Telefonwählscheibe, versehen werden sollte, entbrannte in der Stadt eine ungewöhnlich rege Diskussion, die ihren Widerhall vor allem in der Lokalpresse fand. Als die Stadt schließlich die Planungen verwarf, rief Bischof Keller den Regierungspräsidenten zu Hilfe, der sich als „Dienstaufsichtsführender“, wohl aber auch als Mitglied des Kuratoriums für den Wiederaufbau des Doms, über das Votum der Stadt glatt hinwegsetzte. Das hat in Münster weit mehr als eine Überraschung ausgelöst. Die Enttäuschung über diese architektonische Lösung wirkte noch Jahre fort und trat erst, generationsbedingt, Jahrzehnte später in den Hintergrund.

Hackethal konnte am Ende seines Berufswegs 1956 auf große Erfolge zurückblicken. In der Zeitungsberichterstattung zum Anlass seines 60. Geburtstags 1951 und seines vier Jahre später stattfindenden 10-jährigen Dienstjubiläums im Amt des münsterischen Regierungspräsidenten wurden ihm unisono große und bleibende Verdienste bescheinigt.¹⁹² In den zehn Jahren seiner Dienstzeit hatte er in der Tat wesentlichen Anteil am Wiederaufbau des Münsterlands, und nicht zuletzt war es seiner großen Erfahrung zu verdanken, dass schon bald nach dem Krieg eine funktionierende Verwaltung Armut und Not rasch beseitigen half. Staat und Kirche überhäufte Hackethal mit Ehrungen. Er war Inhaber hoher päpstlicher Orden, wurde 1953 Ehrenbürger von Ahlen und 1956 von Borghorst. In Münster nahm er eine gesellschaftliche Rolle ein, gehörte den wichtigen gesellschaftlichen Vereinigungen an und wurde 1950 in den Großen Kaland aufgenommen.

Am 11. Oktober 1966, zehn Jahre nach seiner Pensionierung, starb Franz Hackethal in Münster. Auch dieses Mal würdigten die Zeitungen des Regierungsbezirks seine Verdienste. Am besten brachte es aber wohl der „Tecklenburger Landbote“ auf den Punkt, als er ihn im Nachruf zu Recht mit der Schlagzeile „Vater des Münsterlandes“ ehrte.¹⁹³

BERNHARD REISMANN

1957–1958

Die Ernennung des neuen Regierungspräsidenten Bernhard Reismann hatte in Münster insofern einige Überraschung ausgelöst, als der neue Hausherr am Domplatz nicht nur kein Mitglied der CDU war, sondern mit seinem Namen überhaupt nicht gerechnet worden war. Reismann kam nicht einmal aus der Landesbürokratie und besaß auch keine lange Verwaltungserfahrung, er war zum Zeitpunkt seiner Berufung, nach einer parlamentarischen Karriere in der Nachkriegszeit, Rechtsanwalt und Notar in Münster.¹⁹⁴

Nun war die seit Februar 1956 von der SPD geführte Landesregierung mit Ministerpräsident Fritz Steinhoff an der Spitze so weitblickend, den

so genannten „Arnold-Schlüssel“, wonach die Verteilung der Ämter der Regierungspräsidenten nach einem Parteiproporz¹⁹⁵ geregelt war, nicht außer Kraft zu setzen. Ohne weiteres hätte der Düsseldorfer Innenminister Hubert Biernat auch einen der CDU nahe stehenden Verwaltungsfachmann, nicht jedoch einen SPD-Parteigänger, auf den Posten des münsterischen Regierungspräsidenten befördern können, aber in dieser Personalangelegenheit spielten andere Sachverhalte eine Rolle.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag, Fritz Steinhoff, hatte im Februar 1956 das Angebot mehrerer junger FDP-Abgeordneter, darunter Willi Weyers, angenommen, den bisherigen Ministerpräsidenten Karl Arnold mit Hilfe eines konstruktiven Misstrauensvotums zu stürzen.¹⁹⁶ Der in Reihen der Bundes- wie der Landespartei umstrittene Schritt der FDP führte zwar zum Erfolg und die Regierungsbasis stützte sich nominell auf eine Mehrheit von zehn Sitzen, aber angesichts der Differenzen unter den Liberalen blieben Abstimmungen stets ein Risiko. Also nahm Ministerpräsident Steinhoff das Zentrum in die Koalition auf und bestätigte damit den langjährigen Justizminister Rudolf Amelunxen in seinem Amt.¹⁹⁷ Wegen großer Meinungsverschiedenheiten in politischen und wirtschaftlichen Grundfragen war der ersten sozialliberalen Regierung in Düsseldorf allerdings kein Erfolg vergönnt. Und auch gegenüber dem Zentrum konnte die SPD eigene Vorstellungen, etwa in der Frage der Abschaffung der Konfessionsschulen, nicht durchsetzen.

Als Ende 1956 die Neubesetzung des Postens des münsterischen Regierungspräsidenten auf der Tagesordnung stand, meldete das Zentrum seine Ansprüche an. Die inzwischen personell schwache Partei konnte für das Amt indes keines ihrer wenigen Zugpferde im Düsseldorfer Landtag vorschlagen, ohne dort noch weiter an Einfluss zu verlieren. Ein geeigneter Mann für das Amt des Regierungspräsidenten schien allein Reismann zu sein, er war Jurist, dazu parteipolitisch erfahren, und er entstammte der Region. Im Jahr seiner Ernennung übte er allerdings kein parlamentarisches Amt mehr aus.

Bernhard Reismann wurde am 21. Januar 1903 in Münster geboren, besuchte hier das Realgymnasium und legte 1921 die Reifeprüfung ab.

Nach einem kurzen Volontariat bei der Landesbank Westfalen studierte er Rechtswissenschaften in seiner Heimatstadt und in München, bestand 1925 das Referendar- und drei Jahre später das Assessorexamen. 1928 wurde er zum Doktor der Rechte promoviert. Von 1929 bis in die 70er-Jahre praktizierte er als Rechtsanwalt und später auch als Notar in Münster. 1930 hatte sich der überzeugte Katholik, der zahlreichen katholischen Vereinen angehörte, der Zentrumspartei angeschlossen, gehörte alsbald dem Kreisvorstand in Münster an und saß 1933 kurze Zeit im Rat der Stadt. Dort amtierte er als letzter Fraktionsvorsitzender seiner Partei. Von 1942 bis Ende 1944 war Reismann zur Wehrmacht eingezogen worden.

1945 zählte der Anwalt zu den Wiederbegründern der Zentrumspartei, übernahm deren Leitung im Münsterland und saß viele Jahre im Rat der Stadt Münster. 1946 gehörte er dem Beratenden Westfälischen Provinzialrat und von 1946 bis 1949 dem ernannten und ersten gewählten Landtag von Nordrhein-Westfalen an und war dort Vorsitzender des Justizausschusses. Von Oktober 1946 bis April 1947 stand er an der Spitze der Zentrumsfraktion.¹⁹⁸ 1949 wurde Reismann in den ersten Deutschen Bundestag gewählt und amtierte hier von 1951 bis 1953 als stellvertretender Fraktionsvorsitzender der so genannten Föderalistischen Union, einer Fraktionsverbindung aus Bayernpartei und Zentrumspartei.¹⁹⁹ Das Mandat im nordrhein-westfälischen Landtag hatte er zuvor niedergelegt. Von 1950 bis 1953 hatte Reismann zudem der beratenden Versammlung des Europarats angehört. 1953 kehrte er nicht mehr in den Bundestag zurück, zu einer Zeit, als das Zentrum seinen Zenit als teilhabende politische Kraft in der Nachkriegszeit längst überschritten hatte. Späteren Kandidaturen, darunter 1979 für die erste Direktwahl zum Europaparlament, war kein Erfolg beschieden. Reismann praktizierte nach dem Ende seiner politischen Karriere wieder als Anwalt in Münster.

Am 8. Mai 1957 hatte die Landesregierung unter Leitung von Ministerpräsident Steinhoff erstmals außerhalb Düsseldorfs getagt und sich im Sitzungssaal der Bezirksregierung am Domplatz versammelt. Bei dieser Gelegenheit gab Steinhoff die Ernennung Reismanns zum neuen Regierungspräsidenten bekannt. Die Ernennungsurkunde überreichte er ihm

wenig später im neu errichteten Bürgersaal des Rathauses.²⁰⁰ Seine Amtszeit währte indes nicht lange. Nach dem triumphalen Wahlsieg der CDU bei den Landtagswahlen 1958 mit der Erringung der absoluten Mehrheit neigte sich die Amtszeit Reismanns in Münster dem Ende zu. Ohne Angabe von Gründen, die freilich jedermann offenkundig waren, wurde er am 31. Januar 1959 in den Wartestand, also in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Ein Regierungspräsident, nach dem Landesbeamten-gesetz ein politischer Beamter, konnte jederzeit und ohne Nennung von Gründen in den Ruhestand versetzt werden. Der rein politische Vorgang hinderte die Landesregierung allerdings nicht, weiterhin die Dienste Reismanns zu suchen, und so amtierte er noch bis 1965 mit Erfolg als Geschäftsführer der Rheinisch-Westfälischen Industrieförderungsgesellschaft in Düsseldorf. Unter seiner Leitung konnten immerhin 120 Betriebe im Land angesiedelt werden. Reismann starb am 13. Januar 1982 in Münster.²⁰¹

JOSEF SCHNEEBERGER

1959–1973

Nachfolger Reismanns sollte, so der Wunsch der Landesregierung, der münsterische Oberstadtdirektor Heinrich Austermann werden, nachdem ein von Düsseldorf kurzzeitig ins Spiel gebrachter Kandidat wegen mangelnder Verwaltungserfahrung doch nicht berufen worden war. Austermann schien nach ersten Gesprächen auch zunächst nicht abgeneigt, das Amt zu übernehmen. Nach Rücksprache mit seinen Dezernenten lehnte der erfahrene Verwaltungsfachmann jedoch zur Überraschung der Landesregierung die auf ihn gefallene Wahl ab.²⁰² Austermann ließ verlauten, dass ihm sein jetziges Amt doch größere Spielräume böte. Im Gespräch war zuvor Joseph Blank, ein Bruder des Bundesarbeitsministers Theodor Blank, den es, so war aus Reihen der FDP zu vernehmen, zu „versorgen“ galt.²⁰³ Aber die Landesregierung hatte es dann doch nicht gewagt, Blank trotz seiner unzureichenden Erfahrungen im Landesverwaltungsdienst zum Regierungspräsidenten von Münster zu berufen.²⁰⁴ Der zeitweilige Kandidat, von 1947 bis 1949 CDU-Kreis-

geschäftsführer in Lüdenscheid und Referent der CDU-Landesleitung Westfalen-Lippe, amtierte von 1950 bis 1958 als CDU-Landesgeschäftsführer und war, nachdem er nicht nach Münster entsandt wurde, im Dezember 1958 zum Staatssekretär im Ministerium für Wiederaufbau ernannt worden. Dieses Amt behielt er, obwohl fachlich in keiner Weise qualifiziert, wie die FDP meinte, bis zum Juli 1962 und rückte danach für ein Jahr an die Spitze des Ministeriums für Landesplanung, Wohnungsbau und öffentliche Arbeit.

Die Umstände der danach erfolgreich verlaufenen Berufung Josef Schneebergers sind nicht bekannt. Auch seine Kinder konnten keine Auskunft darüber geben, welche Gründe die nordrhein-westfälische Landesregierung bewogen, ausgerechnet den bisherigen Leiter der Abteilung „Innere Sicherheit“ im Bundesinnenministerium zum münsterischen Regierungspräsidenten zu ernennen.²⁰⁵ Ob Schneeberger der Posten in Bonn, den er erst seit kurzer Zeit bekleidete, nicht zusagte und er rasch nach einem Ortswechsel Ausschau hielt, oder ob er von einigen ihm gut bekannten nordrhein-westfälischen Politikern, die er aus seiner Zeit an der Spitze des Cartellverbands der katholischen deutschen Studentenverbindungen kannte, auf den münsterischen Posten aufmerksam gemacht worden war, ist unbekannt.

Mit Josef Schneeberger²⁰⁶ trat erstmals in der 150-jährigen Geschichte der Regierung zu Münster ein Süddeutscher an die Spitze der Behörde. Der von 1959 bis 1973 amtierende Regierungspräsident wurde am 16. Februar 1909 in Nürnberg geboren, war katholisch, absolvierte die dortige Oberrealschule und studierte von 1928 bis 1931 Rechtswissenschaften in Würzburg. Im November 1931 bestand Schneeberger das Erste und vier Jahre später das Große Staatsexamen, beide mit Prädikat, die zweite Prüfung mit der besten damals in Bayern vergebenen Note „lobenswert“. 1935 trat er in den Reichsjustizdienst, wurde aber entgegen einer früheren Zusage nicht in das bayerische Justizministerium berufen, sondern aufgrund seiner früheren Mitgliedschaft in der katholischen Bayerischen Volkspartei, der Schwesterpartei des Zentrums, lediglich zum Gerichtsassessor am Amtsgericht in Günzburg im bayerischen Schwaben berufen, wie er nach dem Krieg in seinem Lebenslauf schrieb.²⁰⁷

Erst drei Jahre später erhielt Schneeberger seine Ernennung zum Amtsgerichtsrat in Nürnberg. In diesem Amt verblieb er nominell bis 1945, wurde aber bereits 1939 zur Wehrmacht eingezogen, wodurch auch eine geplante Versetzung in das Reichsjustizministerium hinfällig wurde. Schneeberger, Oberleutnant der Reserve und zuletzt Adjutant eines Flakregiments in Frankfurt/M., wurde 1944 dort zum Dr. jur. promoviert. Am Ende des Kriegs geriet er in amerikanische Gefangenschaft und wird im Mai 1946 nach Speyer, wo seine Ehefrau seit 1944 als dienstverpflichtete Ärztin tätig war, entlassen. Am 15. Mai 1946 trat er als Justitiar in die Dienste des Bistums Speyer und erhielt am 15. Oktober 1947 den Rang eines Bischöflichen Rechtsrats. In dieser Funktion nahm er beratend an den die Familien-, Schul- und Kirchenartikel betreffenden Formulierungen der Verfassung des Landes Rheinland-Pfalz teil. Außerdem hatte er sich einen Namen in der Siedlungsbewegung gemacht.

Am 18. Februar 1953 ernannte ihn der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Peter Altmeier zum Ministerialrat und Leiter der Rechtsabteilung im Mainzer Innenministerium und übertrug ihm kurze Zeit danach die dortige Polizeiabteilung. Der bisherige Leiter war in die Staatskanzlei übergewechselt. Hier verblieb er jedoch nur fünf Jahre. 1958 war Schneeberger kurzzeitig als Staatssekretär im niedersächsischen Innenministerium im Gespräch, verzichtete aber, auch in Erwartung einer vergleichbaren Beförderung in Rheinland-Pfalz, auf den Gang nach Hannover. Trotzdem sollte seine Karriere noch einen gänzlich anderen Verlauf nehmen.

Im Mai 1958 wandte sich Bundesinnenminister Gerhard Schröder an Ministerpräsident Altmeier und teilte ihm mit, dass er Josef Schneeberger gerne die frei werdende Position der Abteilung „Öffentliche Sicherheit“ in seinem Ministerium übertragen wolle, eine Stelle, für die nur, wie er erwähnte, eine „bewährte und überzeugende Persönlichkeit“ in Frage komme. Rheinland-Pfalz ließ den Ministerialrat ungern ziehen und willigte deshalb gerne in eine dreimonatige „probeweise“ Übergangszeit ein. Schneeberger blieb indes in Bonn und wurde am 11. Oktober 1958 zum Ministerialdirigenten ernannt. Aber die dortige Zeit blieb auch nur eine kurze Episode.

Im Februar 1959 wandte sich Staatssekretär Wilhelm Loschelder vom nordrhein-westfälischen Innenministerium im Auftrag von Innenminister Josef-Hermann Dufhues an das Bundesinnenministerium. Darin teilte er mit, dass die Landesregierung beabsichtige, Schneeberger zum Regierungspräsidenten in Münster zu ernennen. Zur Entlassung aus dem Dienst des Bundes erteilte Bundesinnenminister Schröder wenig später seine Zustimmung. Im Mai 1959 trat Josef Schneeberger seinen Dienst in Münster an.

Am 15. Mai hatte ihn Innenminister Dufhues in sein neues Amt eingeführt und ihm dabei gleich einige ihm wichtig erscheinende Aufgaben mit auf den Weg gegeben.²⁰⁸ Dufhues nannte die unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklung der Regionen des Regierungsbezirks, die es auszugleichen gelte, die Eingliederung des Schulkollegiums in die Behörde des Regierungspräsidenten nach Inkrafttreten des Schulverwaltungsgesetzes und die Verbesserung des Verhältnisses zwischen Bürgern und Polizei vor dem Hintergrund einer wachsenden Beanspruchung der Ordnungskräfte als vordringlichste Aufgaben. Dass in verschiedenen Reden auf Schneebergers bayerisches Herkommen verwiesen wurde, hatte dem gebürtigen Franken, die dergleichen nicht so gerne hören, allerdings nicht recht geschmeckt. Der neue Regierungspräsident hob in seinen Dankesworten besonders die Mittlerrolle seines Amtes hervor und sah seine Aufgaben in der Koordination.

Schneebergers Amtszeit fiel in die Zeit des Umbruchs. Als er 1959 das aus der Kaiserzeit stammende repräsentative Haus am Domplatz bezog, war die junge Bundesrepublik auf dem Höhepunkt ihrer wirtschaftlichen Macht angekommen, was nicht zuletzt auch das Denken und Handeln der Aufbaugeneration nachhaltig prägte. Als er abtrat, hatten erste Krisenerscheinungen der Bevölkerung schmerzhaft vor Augen geführt, dass Deutschland „im Alltag angekommen“ war. 1958 wurde, von der Öffentlichkeit kaum bemerkt, die erste Feierschicht im Steinkohlebergbau an der Ruhr gefeiert, 1973 ließ die Ölkrise die Endlichkeit dieser Energiequelle erkennen. Und trotzdem wurde in der Ära Schneeberger im Regierungsbezirk mehr verändert als in früheren Friedenszeiten. Die vielfach noch aus den Vorkriegsjahren herrührende Infrastruktur wurde

grundlegend erneuert. In die Ära Schneeberger fielen seitens der Regierung begleitete wegweisende Verbesserungen im Bahnverkehr, die Eröffnung der Autobahn „Hansalinie“ von Münster in Richtung Bremen wie allgemein eine merkliche Verbesserung des Straßennetzes sowie der erste Ausbau des Dortmund-Ems-Kanals.

In den sechziger Jahren entwickelten sich zugleich neue Formen des wirtschaftlichen Lebens, die ersten größeren Gewerbegebiete außerhalb der Innenstädte entstanden, alte Industriezweige, wie etwa im Bereich der Textilherstellung, gerieten gegenüber der ausländischen Konkurrenz ins Hintertreffen und verloren an Bedeutung. Neue Aspekte, wie der Umweltschutz, rückten dagegen erstmals in den Vordergrund. Dass Landschaft unter Schutz gestellt werden musste, hatte sich erst allmählich durchgesetzt. Die Schaffung des Naturparks „Hohe Mark“ gilt dabei wesentlich als Schneebergers Verdienst. Er trat auch an die Spitze des 1963 gegründeten gleichnamigen Vereins. Daneben war der Regierungspräsident vor allem um die Anknüpfung erster Beziehungen auf Amtsebene mit den Niederlanden bemüht.

In seine Amtszeit fiel auch der Abriss der 1887 im Stile der niederländischen Renaissance errichteten Regierung und der Bau der modernen Verwaltung. Im November 1965 wurde das alte Haus, das den Krieg einigermaßen schadlos überstanden hatte, von einer Duisburger Firma abgerissen, schon damals unter Protestbegleitung zahlreicher Leserbriefschreiber in der Lokalpresse. Dabei war vielen Münsteranern gar nicht bewusst, in welchem Zustand sich der Altbau befand.

Errichtet, vor allem auch zur Repräsentation des Regierungspräsidenten, der dort auch wohnte, mit auffallend wenig Räumen und kaum Nutzfläche, dazu überhöhten Zimmern, in denen noch mit Öfen geheizt wurde, war er nicht mehr zeitgemäß. Einer dieser auf Löwenfüßen stehenden Öfen gelangte im Übrigen in die damals gerade in hohem Kurs stehende Studentenkneipe „Cavete“ in der Kreuzstraße. Der Einbau einer Zentralheizung sowie die Schaffung halbwegs funktioneller Büros unter Beseitigung der Platzverschwendung schien unter den baulichen Gegebenheiten nicht möglich. Gemessen am Raumvolumen des Neubaus betrug jenes des alten Hauses lediglich 20 Prozent.²⁰⁹

Im April 1969 wurde Richtfest gefeiert und im Januar 1971 das neue Haus bezogen. Der Unmut zahlreicher Münsteraner richtete sich nach Fertigstellung des Rohbaus vor allem gegen dessen geplantes Äußeres: Es sei ein modernes, nüchternes Zweckgebäude, das nach Ansicht vieler Kritiker überall, aber nicht eben in Sichtweite von Dom und Rathaus hätte errichtet werden dürfen, so der Tenor der Leserbriefe. Aus einem Wettbewerb unter Nachwuchsarchitekten Nordrhein-Westfalens waren die Regierungsbauräte Bernhard Dirksmeier und Heinrich Richter aus Münster hervorgegangen. Der zweite Preis sah im Übrigen ein um vier Geschosse höheres Gebäude als das jetzige Haus mit ungegliederter Fassade vor.

Dirksmeier, ein entfernter Neffe Theo Dirksmeiers, des Chefarchitekten der Deutschen Bundesbahn und Erbauers der münsterischen Bundesbahndirektion, hatte zusammen mit Richter im Wettbewerb eine Ziegelfassade vorgeschlagen. Die Düsseldorfer Ministerialbürokratie bestand indes auf einer Aluminiumfassade.²¹⁰ Stadt, Denkmalamt und Landesregierung einigten sich schließlich auf eine Betonfassade, auf hochverdichtete glatte Betonplatten. Äußeres und Fassade stießen auch noch Jahrzehnte später bei dem renommierten Berliner Architekten Paul Kleihues auf Zustimmung, der beides als gute Lösung bezeichnete.

Auf positive Resonanz der Jury war im Übrigen schon damals die Gebäudegliederung, die an die Architektur der früheren Domkurien erinnerte, gestoßen. Um sich über die Verwendbarkeit von Betonplatten als Fassade zu informieren, unternahm Mitte Juni 1964 Schneeberger, Regierungsbaudirektor Arnold Güldenpfennig und Regierungsbaurat Bernhard Dirksmeier eine Dienstreise in die Schweiz, wo Betonfassaden dieser Art weit verbreitet waren. In Basel wollten sie die Gewerbeschule und in St. Gallen die Hochschule für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften besichtigen, um vorgefertigte Elemente für das Regierungsgebäude zu begutachten. Vielleicht wären die Münsteraner mit der äußeren Form des Hauses etwas milder umgegangen, wenn auch die schließlich gewählte Verkleidung von anderem Material gewesen wäre. Wie schon im Falle der massiv in die Kritik geratenen Lösung für das Westportal des Doms ebte die Kritik nach einigen Jahren ab.

Regierungspräsident Schneeberger war weit über sein berufliches Wirken hinaus, vergleichbar seinen Vorgängern, gemeinnützig tätig, beileibe nicht nur in Ehrenfunktionen. Dazu zählte vor allem das große kirchliche Engagement. So amtierte er 1956 als Präsident des Deutschen Katholikentags in Köln, er war von 1962 bis 1964 Präsident der Deutschen Katholischen Akademikerschaft und spielte auch eine bedeutende Rolle im Cartellverband der katholischen deutschen Studentenverbindungen [CV], dessen Vorsitz er von 1951 bis 1957 innehatte. Seine ehrenamtliche Tätigkeit galt ferner der Kriegsgräberfürsorge. 1966 trat er an die Spitze des Bezirksverbands Westfalen-Lippe des „Volksbundes Deutscher Kriegsgräberfürsorge e.V.“, wurde Ende Juni 1971 Vorsitzender des Landesverbands Nordrhein-Westfalen und zugleich Präsidiumsmitglied des Volksbunds in Kassel, und im Dezember 1977 trat er an die Spitze des Volksbunds. Seiner Initiative verdankte der Verband 1982 erste Gespräche mit dem Sowjetischen Roten Kreuz über die deutschen Kriegsgräber in Russland. Daneben war er Mitglied des Verwaltungsbeirats der „VEW“ und Aufsichtsrat der Westfälisch-Lippischen Heimstätten GmbH in Dortmund. Schneeberger bat im Dezember 1972 aus Gesundheitsgründen um eine vorzeitige Versetzung in den Ruhestand. Er war damals 63 Jahre alt. Seinem Wunsch stimmte die Landesregierung am 23. Januar 1973 zu. Er starb am 1. August 1982 im Alter von 73 Jahren in Münster.²¹¹

EGBERT MÖCKLINGHOFF

1973–1978

Am 28. Februar 1973 führte Innenminister Willi Weyer Egbert Möcklinghoff²¹² in das Amt des münsterischen Regierungspräsidenten ein. Der neue Hausherr am Domplatz, am 17. Juni 1924 in Münster geboren, hatte hier das traditionsreiche Gymnasium Paulinum absolviert, 1942 die Reifeprüfung abgelegt und Ende 1943, während eines längeren Lazarettaufenthalts, das Studium der Rechtswissenschaften in seiner Heimatstadt aufgenommen. Seit 1942 Soldat und inzwischen zum Leutnant der Reserve befördert, war Möcklinghoff in Russland und zuletzt, wäh-

rend der so genannten Ardennenoffensive, zum Einsatz gekommen. Ende Dezember 1944 in Frankreich in Kriegsgefangenschaft geraten, wurde er im August 1945 entlassen und setzte danach sein Studium in Münster fort. 1948 bestand er die Erste juristische, 1951 die Zweite juristische Staatsprüfung, jeweils mit Prädikat. Dem Assessorexamen folgten kurzzeitige Tätigkeiten in der Textilindustrie sowie in der Anwaltskanzlei des späteren langjährigen münsterischen Oberbürgermeisters Dr. Busso Peus. 1952 wurde Möcklinghoff zum Doktor der Rechte promoviert. In jenem Jahr folgte er einer Berufung in das Düsseldorfer Sozialministerium und war hier mit der Landesgesetzgebung, vor allem mit Fragen des Flüchtlingsrechts, betraut worden. Der 1953 zum Regierungsrat ernannte Beamte nahm im Jahr darauf die Stelle eines Rechtsrats bei der Stadt Münster an und amtierte zugleich als persönlicher Referent von Oberstadtdirektor Heinrich Austermann.

1956 wählte ihn der Rat seiner Heimatstadt zum Beigeordneten mit der Zuständigkeit für das Sozial- und Wirtschaftsdezernat, ehe er keine drei Jahre später an die Spitze des Landkreises Lüdinghausen berufen wurde.²¹³ Das Amt des dortigen Oberkreisdirektors behielt Möcklinghoff bis zu seiner Berufung zum münsterischen Regierungspräsidenten 1973, obwohl er auch einer politischen Karriere in Düsseldorf nicht ablehnend gegenübergestanden hätte. Immerhin saß er von 1966 bis 1973 im nordrhein-westfälischen Landtag, eine zugegebenermaßen etwas ungewöhnliche Situation. Als Abgeordneter konnte Möcklinghoff jenes beschließen, was er als Oberkreisdirektor auszuführen hatte. Diese Konstellation besaß, wie Möcklinghoff betonte, Vorteile.²¹⁴ Er musste sich freilich in der parlamentarischen Auseinandersetzung mit der Regierung, namentlich mit Innenminister Willi Weyer, zurücknehmen. Die CDU, der er seit 1956 angehörte, kehrte aber nicht mehr an die Macht zurück. Ein mögliches Ministeramt in einem Kabinett Köppler²¹⁵ nach der Landtagswahl 1975, wobei er als Innenminister im Gespräch war, machten die Niederlagen der CDU zunichte. Mit seinem Amt als Regierungspräsident war die Abgeordnetentätigkeit schließlich aber nicht mehr zu vereinbaren und so schied Möcklinghoff, der überdies dem CDU-Landesvorstand Westfalen-Lippe und von 1961 bis 1964 der Landschaftsversammlung

Westfalen-Lippe, dem so genannten „Westfalenparlament“, angehörte, im März 1973 aus dem Landtag aus. Darüber hinaus hatte sich Möcklinghoff als Mitglied des Haupt- und Verfassungsausschusses der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU in Nordrhein-Westfalen und auch als Vorstandsmitglied des Landkreistages Nordrhein-Westfalens von 1963 bis 1973 einen Namen gemacht.

Münster blieb freilich nicht die Endstation des allseits anerkannten Verwaltungsfachmanns, der im Übrigen auch als Mitglied der Sachverständigenkommission ganz wesentlich die 1975 in Kraft getretene kommunale Gebietsreform in Nordrhein-Westfalen mitgestaltet hatte. Vollkommen überraschend berief ihn 1978 der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht zum Innenminister in Hannover. Der dortige Regierungschef, 1976 trotz einer Mehrheit von SPD und FDP an die Macht gelangt und rasch zu einem der Hoffnungsträger der CDU avanciert, war auf Möcklinghoff durch den CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden im Bundestag, Dr. Helmut Kohl, durch Professor Kurt Biedenkopf und nicht zuletzt durch den langjährigen Landtagsabgeordneten des Wahlkreises Münster-Land, Heinrich Ostrop,²¹⁶ aufmerksam gemacht worden. Nachdem Albrecht 1978 die absolute Mehrheit für die CDU in Niedersachsen erlangt hatte – die FDP war an der „Fünf-Prozent-Hürde“ gescheitert –, konnte er das Amt des Innenministers neu besetzen. Seine Wahl fiel indes nicht auf den mächtigen CDU-Vorsitzenden Wilfried Hasselmann, der sich in der Rolle eines Volkstribuns gefiel und auch gerne Innenminister geworden wäre, sondern auf Dr. Egbert Möcklinghoff. 1986, zu einer Zeit, als der Stern Albrechts nicht mehr so hell strahlte, übertrug er Hasselmann schließlich doch den Posten des Innenministers, der damit auch zum mächtigsten Mann im Kabinett aufrücken sollte.

Dem ehrenvollen Anerbieten Albrechts verschloss sich der münsterische Regierungspräsident, der von 1982 bis 1986 auch dem niedersächsischen Landtag in Hannover angehören sollte und wiederholt auch für das Amt des Landtagspräsidenten im Gespräch war, jedenfalls nicht.²¹⁷ Bei Amtsantritt am 29. Juni 1978 war er 54 Jahre alt. Möcklinghoff, der bis 1986 niedersächsischer Innenminister bleiben sollte und, obwohl Landesfremder, zu den Stützen der Regierung Albrecht

zählte, wurde gleich zu Beginn seiner Amtszeit in Hannover mit zahlreichen Problemen konfrontiert. Die erste unangenehme Überraschung erlebte Möcklinghoff schon kurz nach seinem Amtsantritt. Monate zuvor hatte der niedersächsische Verfassungsschutz Pläne ausgearbeitet, den verurteilten Terroristen Kurt Debus durch angeblich gedungene Kriminelle aus dem Gefängnis in Celle gewaltsam zu befreien, um über diese Aktion Zugang in die inneren Zirkel der „Rote Armee Fraktion“ zu erhalten. Die wahren Hintergründe der am 25. Juli 1978 durchgeführten, unter dem Schlagwort „Celler Loch“ hohe Wellen schlagenden, letztlich gescheiterten Aktion wurden allerdings erst 1986 bekannt, beschäftigten danach einen Untersuchungsausschuss im niedersächsischen Landtag und brachten die damals schon geschwächte Regierung Albrecht in Bedrängnis.²¹⁸ Möcklinghoff war von dem Vorhaben des Verfassungsschutzes erst zehn Tage vor der Ausführung informiert worden.

Daneben überlagerte ein anderes Problem nahezu die gesamte Amtszeit in Hannover. Dabei ging es nicht um Strukturreformen oder kommunale Angelegenheiten wie zuvor in Nordrhein-Westfalen, sondern vielmehr um gewichtige bundespolitische, mitunter dramatische Vorgänge, die unter dem Namen „Gorleben“ die Innenpolitik der Bundesrepublik über Jahre beschäftigen sollten. Die Demonstrationen gegen die Errichtung des atomaren Endlagers in dem im niedersächsischen Kreis Dannenberg gelegenen Gorleben waren bald nach der Standortverkündung im Februar 1977 in eine Auseinandersetzung zwischen gewaltbereiten Demonstranten und der Polizei ausgeartet. Als kurz nach Amtsantritt Möcklinghoffs wieder eine Großdemonstration gegen das Endlager bevorstand und der Verfassungsschutz von der Anreise zahlreicher gewaltbereiter Demonstranten erfuhr, ließ der Innenminister in Absprache mit seinen Länderkollegen zur Abschreckung eine gewaltige Polizeiarmada anrücken. Damit zog sich Möcklinghoff ausgerechnet den Zorn Gerhard Schröders zu, damals wortstarker Juso-Vorsitzender und 1990 Nachfolger Albrechts im Amt des Ministerpräsidenten in Hannover, der sich schlichtweg mit den Demonstranten solidarisierte, ein Vorgang, der auch in der niedersächsischen SPD unter ihrem Vorsitzenden Karl Ravens auf Unverständnis gestoßen war.

Möcklinghoff geriet aber auch selbst in Gefahr. Sicherheitsbeamte konnten noch gerade rechtzeitig eine vor seinem Amtssitz deponierte Bombe entschärfen. Alle Innen- und Justizminister der Länder bedurften zu dieser Zeit eines ganz besonderen Personenschutzes, mit allen negativen Folgen für das Privatleben. Möcklinghoff, der seinen Hauptwohnsitz in Münster behielt, konnte sich auch hier nur in einer gepanzerten Limousine bewegen, blieb aber, wie er scherzhaft beifügte, auf dem Fahrrad in seiner Heimatstadt weitgehend unerkant.²¹⁹ Am 9. Juli 1986 schied Möcklinghoff, der kurz zuvor sein Landtagsmandat im Wahlkreis Hameln an die SPD verloren hatte, aus dem Amt. Bei den einen Monat zuvor abgehaltenen Landtagswahlen hatte Ministerpräsident Ernst Albrecht die absolute Mehrheit verloren. Bei Möcklinghoffs Amtsverzicht spielte auch die Tatsache eine Rolle, dass er als Innenminister durch die Immunität eines Abgeordnetenmandats geschützt sein wollte. Dies war nicht mehr der Fall.

Zurück nach Münster: In der Geschichte der Bezirksregierung hat es vor allem in preußischer Zeit verschiedene Minister gegeben, die nach ihrer Verabschiedung in die Verwaltung zurückkehrten und mit dem hohen Amt eines Oberpräsidenten [Eduard Heinrich von Flottwell²²⁰, Franz von Duesberg²²¹ oder Friedrich von Kühlwetter²²²] betraut wurden, sozusagen als Ausweis weiterhin bestehender königlicher Huld, aber die Berufung vom münsterischen Posten in ein Ministeramt gab es nur zwei Mal. Der erwähnte Heinrich Haslinde wurde, wenn auch nur kurzzeitig, Reichslandwirtschaftsminister und eben Egbert Möcklinghoff. Für den nach Hannover Berufenen bedeutete dies fraglos die Krönung eines steilen und in diesen raschen Karriereschritten außergewöhnlichen Berufswegs.

Während seiner Zeit an der Spitze der Bezirksregierung war Möcklinghoff hauptsächlich mit der Durchführung und dem Abschluss der von der Landesregierung beschlossenen kommunalen Gebietsreform, an der er als Sprecher seiner Fraktion wesentlichen Anteil hatte, betraut. Sie trat mit Beginn des Jahres 1975 in Kraft. Des Weiteren wurde die Funktionalreform auf den Weg gebracht, die eine rationellere und für den Bürger durchschaubarere Verwaltungsstruktur mit sich bringen sollte,

und nicht zuletzt trat mit der Einrichtung der Bezirksplanungsräte eine bedeutsame Institution ins Leben, die der Bezirksregierung als ein neues Beratergremium zum Zwecke engerer Kooperation mit den Gemeinden und Gemeindeverbänden zur Seite stand.

Dazu führte Möcklinghoff in seiner am 28. Februar 1973 gehaltenen Antrittsrede Folgendes aus: „Ich bin sehr froh, daß ich dies mir noch ungewohnte rein staatliche Amt zu einem Zeitpunkt antreten kann, wo Landtag und Landesregierung einhellig beschlossen haben, der Mittelinstanz einen aus Vertretern der Gemeinden und Kreise bestehenden Planungsrat beizugeben, der die Gebietsentwicklungspläne aufstellen und bei wichtigen Strukturaufgaben beteiligt werden soll ... Nur so kann den Gemeinden und Kreisen bei zunehmender Investitionskonzentration, bei einem sich ständig verengenden Finanzrahmen und bei immer stärker werdenden übergemeindlichen Planungszwängen eine Chance gegeben werden, einen Teil eines Freiheitsverlustes [gemeint war die vielfache Aufhebung der kommunalen Selbstständigkeit] durch Beteiligung an regionalen Entscheidungsprozessen auszugleichen.“²²³ Im Regierungsbezirk Münster ließ sich diese neue Form der Zusammenarbeit gut an.

Bleibende Verdienste erwarb sich Möcklinghoff wie auch schon Vorgänger und Nachfolger bei der Abwehr der Pläne der Landesregierung, wieder einmal eine Verwaltungsreform auf den Weg zu bringen und dabei den Regierungsbezirk Münster aufzulösen. Entsprechende Vorstellungen kursierten eigentlich seit der Landesgründung 1946, verschwanden indes immer wieder in den Schubladen. 1965 war beispielsweise die Gründung eines eigenen Regierungsbezirks Ruhr kurzzeitig im Gespräch, was indes sofort die beiden betroffenen Regierungsbezirke Münster und Arnsberg auf den Plan rief. Nicht anders verhielt es sich 1976, als die Regierung in Düsseldorf im Zuge einer großen Verwaltungsreform die Auflösung des Regierungsbezirks Münster und dessen Zusammenlegung mit dem Regierungsbezirk Detmold plante. Die Idee hierzu entsprang dem Koalitionsausschuss aus SPD und FDP. Möcklinghoff wollte die Kunde aus Düsseldorf zunächst nicht recht glauben, zumal Wirtschaftsminister Horst Ludwig Riemer, der starke Mann der nordrhein-westfälischen FDP, noch kurz zuvor bei einer Rede in der Handwerkskammer Münster,

in welcher er auch auf die Unterteilung der Kammerbezirke in Nordrhein-Westfalen einging, nichts darüber verlautbaren ließ.

Möcklinghoff griff zu einem politischen Kunstgriff und ließ in einem längeren Interview mit dem Ressortleiter „Westfalen“ der „Westfälischen Nachrichten“, Gerhard Schniederjost, sein Erstaunen über „Gerüchte“ hinsichtlich angeblicher Beschlüsse des Koalitionsausschusses der Landesregierung verbreiten. Die Wirkung ließ nicht lange auf sich warten. Die Bevölkerung war aufgebracht und Innenminister Hirsch verärgert und verunsichert zugleich. In einem Telefongespräch mit Möcklinghoff bestätigte er diese Pläne, gab aber auch zu, von dem Vorgehen des Regierungspräsidenten überrascht worden zu sein und ließ ihn in wohl gewählten Worten seinen Unmut wissen. Er solle sich doch in Zukunft etwas in Acht nehmen, so Hirsch.²²⁴ Eine sich gegen die Auflösung des Regierungsbezirks Münster rasch formierende Protestaktion hatte binnen kürzester Zeit fast 50.000 Unterschriften gesammelt, zu viele, um sich kurz vor dem sich abzeichnenden Ende der Ära des Ministerpräsidenten Heinz Kühn mit den Bürgern des Landes anzulegen. Innenminister Hirsch war indes verärgert. Vermutlich hielt der Unmut auch noch längere Zeit an, als es zwei Jahre später um die Nachfolge Möcklinghoffs in Münster ging.

Wie auch seine Vorgänger, so nahm der Regierungspräsident vielfältige ehrenamtliche Aufgaben wahr, darunter von 1977 bis 1995, also auch während seiner Zeit als niedersächsischer Innenminister, das Amt des Vorsitzenden des Landesverbands Westfalen-Lippe des Deutschen Roten Kreuzes. Die reibungslose Unterbringung der Russlanddeutschen wie auch zahlreicher Asylbewerber, dazu die aufgrund sparsamer Finanzierung mögliche finanzielle Gesundung der Kinderklinik in Siegen, zählte er zu den erfreulichen Seiten seines Ehrenamts. Zu den negativen Aspekten gehörte die in den neunziger Jahren durch die Übertragung des Aids-Virus in die Schlagzeilen geratene Blutspendepraxis. Dass sein Verband, wie überhaupt das Deutsche Rote Kreuz, dabei zu wenig Unterstützung des damaligen Gesundheitsministers Horst Seehofer erhielt, wobei hoch qualifizierte Mitarbeiter mit hoher ethischer Motivation öffentlich verurteilt wurden, ohne die Chance zu erhalten, sich später rehabilitieren zu

können, war mit Ärger verbunden. Nach 18 Jahren Präsidentschaft und insgesamt 35-jähriger Tätigkeit für das Rote Kreuz wollte er mit 75 Jahren einem jüngeren Nachfolger Platz machen.²²⁵ Seine Karriere hätte dort freilich auch einen anderen Verlauf nehmen können. 1980 galt Möcklinghoff zeitweise als aussichtsreichster Kandidat für die Nachfolge Walter Bargatzkys im Amt des Präsidenten des Deutschen Roten Kreuzes. Er entschloss sich jedoch zu einer Fortsetzung seiner politischen Karriere. Ehrenamtlicher Tätigkeit versagte sich Möcklinghoff aber auch nach seinem Rückzug aus den Führungsgremien des Roten Kreuzes nicht. Seit 1990 amtierte er als Vorstandsvorsitzender der alteingesessenen Stiftung „Schölling-Lenze“, in deren Obhut sich ein Altersheim befindet.

ERWIN SCHLEBERGER

1978–1995

Als die lang erwartete Nachricht der Wiederbesetzung des Amts des münsterischen Regierungspräsidenten bekannt gegeben wurde, gab der mit den Landesverhältnissen bestens vertraute Paul Ludwig, Leiter des WDR-Studios in Münster, unumwunden zu, sich im ersten Augenblick verhört zu haben. Als er den Namen des neuen Herrn am Domplatz vernahm, meinte er beifällig, dass der so oder so ähnlich Heißende sich ja wohl schon längst in den Ruhestand verabschiedet hätte. Den Namen Schleberger hatte in Münster tatsächlich zuvor noch nie jemand gehört. Paul Ludwig dachte spontan an den 1973 pensionierten Josef Schneeberger, der im Übrigen, wie sein Sohn berichtete, von Freunden angerufen wurde und nach seinem neuerlichen Amtsantritt befragt wurde.²²⁶

Das war aber nicht die einzige Irritation rund um diese Stellenbesetzung im Sommer 1978. Fraglos hatte der münsterische Posten durch die ehrenvolle Berufung Egbert Möcklinghoffs zum niedersächsischen Innenminister eine gewisse Aufmerksamkeit erlangt und war unter einigen höheren Verwaltungsbeamten begehrt. Vor Jahren nahm sich das jedoch noch anders aus. Der 1958 schon vorab als aussichtsreichster Kandidat für die Nachfolge Bernhard Reismanns gehandelte münsterische Ober-

stadtdirektor Heinrich Austermann hatte die auf ihn gefallene Wahl schließlich doch ausgeschlagen. Damals und auch noch Jahre später machte das böse Wort der „Briefträgerfunktion“, also der Erschöpfung der Tätigkeit des Regierungspräsidenten in der Überbringung ministerieller Anordnungen, die Runde.²²⁷

Der CDU des Landes war es 1978 jedoch darum gegangen, in Münster nicht nur einen fähigen Verwaltungsfachmann, sondern auch einen politisch erfahrenen Spitzenbeamten durch die Landesregierung berufen zu lassen.²²⁸ Die Vorgänge um die wenige Monate zuvor durch eine Bürgerinitiative zu Fall gebrachten schulpolitischen Pläne der Landesregierung, die Einführung der so genannten kooperativen Schule, ließen solche Überlegungen angeraten sein. So begab man sich in Münster und Düsseldorf auf die Suche. Von den ursprünglich 30 Namen blieben am Ende nur wenige übrig, darunter die des münsterischen Oberstadtdirektors Dr. Hermann Fehtrup²²⁹ und des Landesrats Klaus Meyer-Schwickerath,²³⁰ die der beiden prominenten Landtagsabgeordneten Dr. Albrecht Beckel²³¹ und Dr. Günter Rinsche²³² sowie der des rasch favorisierten Oberkreisdirektors von Olpe, Dr. Joachim Grünwald.²³³ Protestantische Kandidaten, so der Bochumer Stadtdirektor Walter Stich, waren zuvor von der internen Liste gestrichen worden.

Als es um die Konkretisierung der Kandidatenvorschläge ging, kam es zwischen Innenminister Burkhard Hirsch und der CDU-Fraktion des Landtags zu einer in der Öffentlichkeit ausgetragenen Auseinandersetzung, ein bis dahin nicht gekannter Vorgang. Hirsch war auf die CDU zugegangen und bat um die Nennung geeigneter Namen. Die Partei hatte sich mittlerweile auf den Oberkreisdirektor von Olpe, Joachim Grünwald, geeinigt, dessen hohe Qualifikation von niemandem, auch nicht vom Innenminister, bestritten wurde. Je mehr aber Heinrich Köppler in der Sache insistierte, desto verschlossener gab sich Hirsch, der sich, so die Argumentation nach außen, die Einmischung der Parteien in Angelegenheiten seines Ministeriums verbat, insgeheim aber die CDU, die ihn im Landtag wiederholt hart wegen Versäumnissen bei der Terroristenfahndung attackiert und seinen Rücktritt gefordert hatte, provozieren wollte. Dabei war es bisher gang und gäbe, dass die Parteien Kandidaten

vorschlugen, die der Innenminister dann im Kabinett zur Diskussion stellte. Nach diesem Verfahren war kurz zuvor noch der Kölner Regierungspräsident Franz-Josef Antwerpes, SPD, in sein Amt gelangt.

Dem mitunter über das Ziel hinausschießenden Oppositionsführer dürfte allerdings kaum verborgen geblieben sein, dass Hirsch gemäß „Arnold-Schlüssel“ den münsterischen Posten ohnehin mit einem ihrer Partei nahe stehenden Kandidaten besetzen wollte. „Ein Stück aus dem Tollhaus“ titelten die „Westfälischen Nachrichten“ am 10. Juli 1978 Heinrich Köppler zitierend, als offenbar wurde, dass nunmehr Hirsch bei der Suche nach einem eigenen Kandidaten fündig geworden war und damit den favorisierten Grünewald zu Fall gebracht hatte. Sein Name: Erwin Schleberger, Beigeordneter beim Deutschen Städtetag, anerkannter Verwaltungsjurist, katholisch und CDU-Mitglied.

Bereits kurze Zeit nachdem Hirsch mit Schleberger Kontakt aufgenommen hatte, nahm dieser das Angebot, Regierungspräsident in Münster zu werden, an. Schleberger hatten die Vorgänge rund um seine Berufung, wie er in einem Interview mit den „Westfälischen Nachrichten“ am 15. Juli 1978 bemerkte, nicht weiter irritiert. Er hoffe, dass das, was es an Verärgerung in der CDU gegeben habe, bald ausgeräumt werden könne. Zu seiner Partei stand Schleberger ohnehin, wie er bei seinem Abschied 1995 bemerkte, seit bald zwei Jahrzehnten berufsbedingt eher in einem distanzierten als in einem engen Verhältnis. Dies habe ihm geholfen die parteipolitische Unabhängigkeit des Amtes zu bewahren.

Die der CDU nahe stehende Presse schäumte, nicht wegen der Personalentscheidung, Schlebergers hohe fachliche Qualifikation stand außer Frage, sondern wegen der Art und Weise, wie Hirsch Köppler brüsk abgewiesen habe. Verärgerung herrschte nunmehr auch darüber, dass Hirsch angeblich die Personalentscheidung in einem durch die Ferienzeit dezimierten Kabinett durchgepeitscht hatte. Es gab indes auch Stimmen, die Köppler in der bewussten Fokussierung auf Grünewald taktisches Fehlverhalten vorwarfen, aber auch nicht wenige aus der Regierung, die Hirschs Verfahrensweise für unklug hielten.²³⁴ Der unterlegene Kandidat sollte noch bis 1987 als Oberkreisdirektor von Olpe amtieren, ehe er in die große Politik nach Bonn wechselte. Von 1987 bis 1994

gehörte er dem Deutschen Bundestag an und amtierte schließlich von 1991 bis 1994 als Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen.²³⁵

Erwin Schleberger, am 2. November 1930 in Wickrathhahn/Kreis Grevenbroich, heute zu Mönchengladbach gehörig, geboren, besuchte das Gymnasium in Rheydt und studierte seit 1951 Rechtswissenschaften in Köln, bestand 1955 die Erste juristische und 1959 die Zweite juristische Staatsprüfung mit Spitzennoten. Im gleichen Jahr wurde Schleberger als Regierungsassessor in die Verwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen übernommen. Nach einem halben Jahr bei der Kreisverwaltung Geldern war er bis 1962 bei der Bezirksregierung Düsseldorf als zweiter Dezernent des Ordnungsdezernats und juristischer Kodezernent für die Dezernate Medizinalaufsicht und Gewerbeaufsicht eingesetzt. 1960 wurde Schleberger zusätzlich zum Ausbildungsleiter für den gehobenen und mittleren Dienst berufen, eine Funktion, die er bis 1965 wahrnahm; seit 1961 amtierte er zugleich als stellvertretender Pressereferent der Bezirksregierung. 1962 wurde ihm neben seinen Aufgaben als Ausbildungsleiter das Dezernat für Schulbau, Schulorganisation, Haushalts- und Wirtschaftsangelegenheiten der Lehrer des Regierungsbezirks Düsseldorf und 1964, inzwischen Oberregierungsrat, die Ausbildungsleitung für den höheren Dienst übertragen. Von 1960 bis 1972 hatte er auch den Prüfungsausschüssen für den gehobenen und mittleren Dienst der allgemeinen Verwaltung Nordrhein-Westfalens angehört, zeitweise als Vorsitzender, und amtierte von 1965 bis 1970 als nebenamtlicher Prüfer bei der Zweiten juristischen Staatsprüfung beim Landesjustizprüfungsamt in Düsseldorf.

1965 wurde Erwin Schleberger, mittlerweile Regierungsdirektor, zum Leiter der neu errichteten Landesverwaltungsschule Nordrhein-Westfalens in Hilden, der zentralen Aus- und Fortbildungsstätte aller Beamten des höheren, gehobenen und mittleren Dienstes im Geschäftsbereich des Innenministers, ernannt. Anfang Oktober 1967 erhielt er die Beförderung zum Abteilungsleiter bei der Regierung in Arnsberg und zweieinhalb Jahre später, im April 1970, wurde er zum Vertreter des Leiters des Statistischen Landesamts Nordrhein-Westfalen bestellt. Schleberger, überdies Autor zahlreicher Veröffentlichungen, vor allem Kommentare

zum Verwaltungsrecht, besonders Ordnungs- und Polizeirecht, war auch akademischen Lehrverpflichtungen nachgekommen. Von 1964 bis 1967 nahm er einen Lehrauftrag für eine verwaltungswissenschaftliche Arbeitsgemeinschaft für Referendare an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer, danach, von 1968 bis 1979, einen Lehrauftrag für einen Examensklausurenkurs an der Ruhr-Universität Bochum, wahr.

Auf eigenen Antrag hin wurde Schleberger 1972 aus dem Landesdienst entlassen und trat als Beigeordneter in den Dienst des Deutschen Städtetags in Köln. Dort wie auch im Städtetag Nordrhein-Westfalens betreute er die Rechts- und Verfassungsausschüsse, die beiden Personalausschüsse sowie die Ausschüsse für mittlere Städte. Zugleich amtierte er als Vorsitzender des Beirats für Katastrophenschutz, Brandschutz und Rettungswesen. Am 25. August 1978 ernannte ihn Innenminister Burkhard Hirsch zum neuen Regierungspräsidenten von Münster.²³⁶

Schlebergers Berufung schwemmte in Münster erst einmal altbekannte Vorurteile an die Oberfläche. „Ein Westfale ist er nicht ...“ hieß es am 8. Juli in der „Münsterschen Zeitung“ oder „Rheinländer wird Regierungspräsident“, wie die „Westfälischen Nachrichten“²³⁷ titelten, also jene geläufigen Vorurteile, dass das Land allen deutschen Landsmannschaften – Josef Schneeberger war gebürtiger Franke aus Nürnberg –, aber eben unter keinen Umständen einem Rheinländer anvertraut werden könne, so jedenfalls der Unterton. Das altmünsterische Honoratioerum, Kommunalpolitiker und viele andere, die den neuen Regierungspräsidenten trafen, sahen sich bald eines Besseren belehrt. Hier trat ihnen ein in seinem sicheren Urteil abwägender, in Sprache und sparsamer Gestik überzeugender und freundlicher Herr gegenüber, kein typischer Rheinländer, sondern ein Rheinländer von tiefem Ernst. In ähnlicher Weise ließ sich auch Innenminister Herbert Schnoor zum Anlass des 60. Geburtstags Schlebergers vernehmen. „Sie sind kein Rheinländer, darunter verstehen wir etwas anderes.“ Er nannte den Regierungspräsidenten einen „Niederrheiner“, dessen Natur mit dem strengen Amtsverständnis, das preußisch zu nennen ist, der westfälischen Mentalität eher verwandt sei.²³⁸ Zu diesem Zeitpunkt betrachtete sich Schleberger, wie er in seiner

Dankesrede hervorhob, schon längst als gelernter Westfale. Er ist auch nach seiner Pensionierung in Münster geblieben.

Am 28. August 1978 führte Innenminister Burkhard Hirsch den neuen münsterischen Regierungspräsidenten in sein Amt ein.²³⁹ Schleberger, der sich in Münster schnell zurecht fand, gewann binnen kurzer Zeit die Sympathien der Münsterländer. Geholfen hat ihm dabei sein Amtsverständnis, das den Zugang zu Land und Leuten wesentlich erleichterte. „Ich verstehe mein Amt nicht als Repräsentant der Hoheitsgewalt des Staates, sondern als Mittler für die vielfältigen Belange der Region“, umschrieb er seine Aufgabe. Wie kaum ein anderer münsterischer Regierungspräsident vor ihm machte sich Schleberger in nicht einmal zwei Jahren mit der Region vertraut, hatte allen Kreisen und Gemeinden seines Bezirks einen Besuch abgestattet, wusste um Nöte und Probleme und hatte dabei auch die Nähe der großen Wirtschaftsunternehmen der Region gesucht.

Als bald war offensichtlich, dass Schleberger einen anderen, nicht der reinen Verwaltung verpflichteten Amtsstil vertrat, wie er überhaupt gleich zu Beginn seiner Amtszeit mit seinen Ansichten über die Regelungswut des Staates und die beängstigend ansteigende Bürokratie für Aufsehen sorgte und damit ein großes Publikum fand.²⁴⁰ Der Regierungspräsident beließ es freilich nicht bei öffentlicher Schelte oder mahnendem Fingerzeig. Als Vorsitzender einer nach ihm benannten Kommission bei der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU nahm er sich früh des Themas Vereinfachung der Verwaltungsstrukturen – in diesem Fall der Umgestaltung der nordrhein-westfälischen Gemeindeordnung – an und kann wohl als der eigentliche Stichwortgeber der nachfolgend auch von Innenminister Herbert Schnoor aufgegriffenen Idee der Abschaffung der kommunalen Doppelspitze angesehen werden.

Schnoor setzte diese, allerdings mit eigenem Konzept, auch gegen den Widerstand der SPD im Ruhrgebiet, die um ihren Einfluss fürchtete, durch. Schlebergers Bemühungen um die Optimierung der Kommunalverfassung und die Entbürokratisierung fanden danach auch auf anderen Ebenen ihre Fortsetzung. Er gehörte einem dieser Thematik verpflichteten Sachverständigenrat der Konrad-Adenauer-Stiftung an, war lang-

jähriges Vorstandsmitglied der Deutschen Sektion des internationalen Instituts für Verwaltungswissenschaften, amtierte dort zehn Jahre als Vizepräsident und zählte 1981 darüber hinaus zu den Initiatoren der Konferenz der deutschen Regierungspräsidenten.

Schlebergers reiche kommunalpolitische und -rechtliche Kenntnisse ließen auch jenseits der Landesgrenzen aufhorchen. Nach der Wahl der ersten freien Volkskammer der DDR im März 1990 nahm er als Kommissionsmitglied an den Beratungen zur Einführung einer Kommunalordnung in den neuen Ländern teil. Tatsächlich stieß diese in der Volkskammer und später bei den Ländern auf breite Zustimmung. Überhaupt sollte die beratende Unterstützung für die neuen Bundesländer Schlebergers letzte Amtsjahre nachhaltig prägen. Er wirkte bei der Funktionalreform in Thüringen – einem Land, das aufgrund seiner Größe keiner Regierungspräsidien bedurfte – mit und unterstützte Brandenburg, das Patenland Nordrhein-Westfalens, nach der Wiedervereinigung. Der Regierungsbezirk Münster nahm sich dabei des Regierungspräsidiums in Frankfurt/Oder an und half in vielfältiger Weise beim Verwaltungsaufbau.

Zurück nach Münster: Schlebergers Ansicht nach seien alle Kräfte zur Mitgestaltung aufgerufen, aber diese vollziehe sich nur im Dialog, selbst wenn es dabei wiederholt zu Konfrontationen käme, war seine Devise von Beginn seiner Amtszeit an.²⁴¹ Dabei führte der Regierungspräsident wiederholt unterschiedliche Kräfte mit unterschiedlichen Interessen zusammen und motivierte sie zum gemeinsamen Handeln, gleich, ob wirtschaftliche und politische Zwänge dabei eine Rolle spielten. Dass er beispielsweise enge Kontakte mit den in Münster ansässigen türkischen Generalkonsuln suchte und diese zu Gesprächen mit den Direktoren der Zechen der Ruhrkohle im Emscher-Lippe-Raum zusammenbrachte, hat viel zum wechselseitigen Verständnis beigetragen. In die Gespräche wurden später auch andere Konzerne des nördlichen Ruhrgebiets einbezogen, etwa die „Hüls AG“ in Marl.

Als konsequenter Verfechter einer tatkräftigen Regionalisierungspolitik konnte Schleberger aber nicht nur auf diesen Feldern Erfolge vorweisen. Genannt sei ferner die Einberufung der Emscher-Lippe-Regional-

konferenz mit der nachfolgenden Ausarbeitung eines Entwicklungskonzepts für die vom Strukturwandel in hohem Maße heimgesuchte Region. Mit dieser Politik hatte im Übrigen der Regierungsbezirk Münster eine Vorreiterrolle in Nordrhein-Westfalen übernommen. Als ein geradezu optischer Ausweis erfolgreicher Strukturpolitik erwies sich das so genannte Bergehaldenkonzept. Das bei der Kohlegewinnung mitgeförderte Gestein wurde zur Landschaftsgestaltung, zur Schaffung einer begrünten Hügellandschaft, verwandt.

Insgesamt sah sich Schleberger in seiner Amtszeit mit gänzlich anderen Problemen, als sie noch seine Vorgänger vorfanden, konfrontiert. Umwelt- und Landwirtschaftsfragen, Wasser- und Abfallwirtschaft, dazu die Probleme rund um die Nordwanderung des Bergbaus, die Schwierigkeiten im Zuge des Rückgangs der Textilindustrie und nicht zuletzt der ökonomische und ökologische Umbau des nördlichen Ruhrgebiets rückten in den Vordergrund. In der Problemlösung sah sich Schleberger oft als Mittler.

Beispielgebend seien hierfür seine engen Kontakte zu den Kommandeuren der britischen Rheinarmee in Münster genannt. Als der Eiserne Vorhang fiel und deren bisherige Truppenstärke in Nordrhein-Westfalen vor einer merklichen Reduzierung stand, schloss sich auch ein Kapitel münsterischer Nachkriegszeit. Auf die an Schleberger gerichtete Frage, was sie, die Briten, nun für Münster tun könnten, brachte der Regierungspräsident die Räumung des riesigen Geländes auf der Loddenheide ins Spiel. Anfängliche Bedenken hinsichtlich der Unterbringung ihrer Panzereinheiten wurden rasch ausgeräumt. Dem Wunsch der Stadt Münster, hier in Stadtnähe ein großzügiges Gewerbegebiet zu errichten, wollte sich das Militär nicht verschließen. So geschah es dann auch.

Nicht weniger positiv als zu den Briten sollte sich das Verhältnis zu den benachbarten Niederlanden, in besonderer Weise zu Schlebergers Amtskollegen, den Kommissaren der Königin in den Provinzen Gelderland und Overijssel, gestalten. Ausgangs der siebziger Jahre lastete auf den gegenseitigen Beziehungen noch immer das Trauma des deutschen Überfalls 1940 und der folgenden fünfjährigen Besatzungszeit. Das Verhältnis war korrekt, herzlich konnte es nicht sein. Schleberger vermochte indes

Vorurteilen entgegenzutreten und den Weg für Kooperationen zu bereiten. Dass es später gemeinsame Katastrophenschutzübungen entlang der Grenze geben sollte, war ein erster Schritt in diese Richtung. Ihm folgte danach ein Austausch von Beamten zwischen den Provinzverwaltungen und der Regierung in Münster, sozusagen die vorweggenommene Normalität vor dem Fall der Schlagbäume.

Schleberger hatte sich darüber hinaus auch für die Errichtung des Zentrums für Niederlande-Studien an der Universität Münster eingesetzt und als erster Vorsitzender des Kuratoriums „Haus der Niederlande“, das alsbald eine renommierte Einrichtung wurde, nachhaltig gefördert. Nicht zuletzt übernahm er, wie auch schon seine Amtsvorgänger, Aufgaben im Bereich des Volksbunds Deutscher Kriegsgräberfürsorge und gehörte als stellvertretender Vorsitzender dem Landesverband Nordrhein-Westfalen an.

Es gab aber auch Schattenseiten. Zu den weiterhin unerledigten Sachverhalten seiner Vorgänger zählten Verkehrsfragen, darunter manch erfüllbare, aber weitaus mehr unerfüllbare Wünsche. Auch Schleberger gelang es nicht, die Verbesserung der Straßenverhältnisse zwischen dem Münsterland und Ostwestfalen auf den Weg zu bringen. Sein größter Wunsch, so äußerte er sich zum Anlass seines 60. Geburtstags im Gespräch mit der in Oelde erscheinenden „Glocke“, sei der Bau einer leistungsfähigen Verbindung von Münster nach Bielefeld.²⁴² Von Erfolg war hingegen das „Bus-Schiene-Konzept“ im Münsterland gekrönt.

Schleberger, der in vielen öffentlichen Auftritten und auch der Presse gegenüber immer hervorgehoben hatte, ein entschiedener Gegner ausufernder Bürokratie und einengender Reglementierung zu sein,²⁴³ ging bei seiner Verabschiedung am 29. September 1995 auf die wachsende Entfremdung zwischen Staat und Bürger ein. Er verwies auf Fehlentwicklungen und beklagte den Verlust von Tugenden.²⁴⁴ Schleberger amtierte 17 Jahre, so lange wie vor ihm nur Ludwig Freiherr von Vincke und Franz von Duesberg,²⁴⁵ als ausschließlicher Regierungspräsident am längsten. Der Regierungspräsident blieb auch nach seiner Pensionierung Münster verbunden. Er verbringt hier seinen Ruhestand.

JÖRG TWENHÖVEN

1995–2006

Dass der Nachfolger Schlebergers wieder aus den Reihen der CDU kommen würde, war unstrittig. Im Gegensatz zu der Besetzung des Postens 1978 gab es dieses Mal aber keine Missstimmigkeiten zwischen der CDU und der Landesregierung. Die Wahl fiel auf den früheren langjährigen münsterischen Oberbürgermeister und Landtagsabgeordneten Dr. Jörg Twenhöven.²⁴⁶ Dabei hatte der erfahrene, weit über Münster hinaus bekannte Kommunalpolitiker Jahre zuvor eigentlich mit einem anderen Amt geliebäugelt, aber der Weg dorthin war ihm vom Wähler versperrt worden.

1994 verloren CDU und FDP in Münster ihre Mehrheit und an seiner Stelle wurde Marion Tüns, SPD, zum Stadtoberhaupt, damals noch in ehrenamtlicher Funktion, gewählt. Nach der Einführung der neuen Gemeindeverfassung des Landes Nordrhein-Westfalen 1997 und der damit verbundenen Abschaffung der kommunalen Doppelspitze rückte Tüns für zwei Jahre auch zur ersten berufsmäßigen Oberbürgermeisterin und alleinigen Leiterin der gesamten Verwaltung auf. Sie unterlag aber bereits bei der Kommunalwahl im September 1999 dem späteren Oberbürgermeister Dr. Berthold Tillmann, der gleich sensationelle 57,7 Prozent der Stimmen errang.

Der ursprüngliche Plan der CDU, nach dem altersbedingten Ausscheiden des letzten münsterischen Oberstadtdirektors, Dr. Tilman Pünder, Ende Dezember 1997 Twenhöven, so er noch amtiert hätte, mit dem Posten des hauptamtlichen Oberbürgermeisters zu betrauen und ihn zugleich zum Spitzenkandidaten für die Kommunalwahl 1999 auszurufen, hatte sich nicht verwirklichen lassen. Er amtierte danach als Bürgermeister Münsters und konzentrierte sich auf seine Landtagstätigkeit. In Düsseldorf war er von 1990 bis 1995 Vorsitzender des Ausschusses für Kommunalpolitik. Dazu gehörte Twenhöven von 1984 bis 1995 der Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe an.

In der Diskussion über die Wiederbesetzung des Amts war, neben den Namen einiger Landtagsabgeordneter, auch sogleich der des gleichfalls

im Düsseldorfer Landtag sitzenden früheren münsterischen Oberbürgermeisters gefallen. Johannes Rau und Oppositionsführer Helmut Linssen hatten sich auf Twenhöven verständigt. Der dem Ministerpräsidenten bestens bekannte Kommunalpolitiker mit Vorliebe für Kulturpolitik wurde am 23. November 1995 von Innenminister Franz-Josef Kniola in sein Amt eingeführt. Dass er schon von Anfang an zu den Favoriten gehörte, sei allerdings eine Überraschung gewesen, hatte sich Twenhöven am 25. Oktober 1995 in einem Gespräch mit den „Westfälischen Nachrichten“ geäußert.²⁴⁷ Während in CDU- und SPD-Kreisen dessen Berufung auf Zustimmung stieß, kam von Seiten der Grünen Kritik. In Düsseldorf habe sich wieder einmal der SPD-Hardliner und bekennende Gegner ihrer Partei, der SPD-Fraktionsvorsitzende Klaus Matthiesen, durchgesetzt, der in Erwartung der Nordwanderung des Ruhrbergbaus unter allen Umständen einen „grünen“ Regierungspräsidenten in Münster verhindern wolle.²⁴⁸

Jörg Twenhöven, am 18. Juli 1941 in Bigge/Kreis Olsberg geboren, studierte seit 1961, nach Ablegung der Reifeprüfung auf dem Gymnasium der Benediktiner in Meschede, zunächst Geschichte, Philosophie und Publizistik in Münster, verlagerte aber nach drei Semestern seinen Studienschwerpunkt auf Rechtswissenschaften und wechselte die Universität. Im schweizerischen Fribourg bestand er 1966 das juristische Lizentiat und wurde dort drei Jahre später zum Doktor beider Rechte promoviert.²⁴⁹

Twenhöven, der sich bereits während seines Studiums in der Erwachsenenbildung engagiert hatte, wurde 1969 hauptamtlicher Dozent am renommierten Franz-Hitze-Haus, der bekannten katholisch-sozialen Akademie des Bistums Münster und hier einer der engsten Mitarbeiter des langjährigen Leiters der Einrichtung, Dr. Albrecht Beckel. 1976 übertrug ihm Bischof Tenhumberg das Diözesan-Bildungswerk des Bistums Münster und damit zugleich die Leitung der Abteilung Erwachsenenbildung im Generalvikariat. Zeitweise unterstanden ihm 500 kirchliche Büchereien, zwei Dutzend Familienbildungsstätten, fünf Bildungshäuser sowie acht Stadt- und Kreisbildungswerke. Mit Übernahme des Landtagsmandats 1990 ließ sich Twenhöven aus dem Kirchendienst beurlauben.

Unter allen Präsidenten der Nachkriegszeit blickte Twenhöven fraglos auf die größte parteipolitische Erfahrung zurück. 1964 der CDU beigetreten, übernahm er 1968 den Kreisvorsitz der Jungen Union Münsters, wurde sachkundiger Bürger im Jugendwohlfahrtsausschuss der Stadt, gehörte seit 1970 dem Kreisvorstand seiner Partei an, wurde 1985 in den CDU-Landesvorstand Nordrhein-Westfalens gewählt²⁵⁰ und trat 1990 an die Spitze der kommunalpolitischen Vereinigung der CDU in Nordrhein-Westfalen.

Aber auch wie kaum ein anderer Regierungspräsident vor ihm verfügte Twenhöven über langjährige kommunalpolitische Erfahrung. 1975 wurde er in den Rat der Stadt Münster gewählt, machte sich als Vorsitzender des kulturpolitischen Ausschusses rasch einen Namen und wurde 1984 zum damals noch ehrenamtlichen Oberbürgermeister gewählt.²⁵¹ Das Amt behielt er, wie erwähnt, bis zur Kommunalwahl 1994.²⁵²

Weit über alle Parteigrenzen hinaus wurde ihm bei seinem Abschied bescheinigt, Großes und Nachhaltiges zum Wohle der Stadt, vor allem im kulturellen Bereich, geleistet zu haben. Frühe Äußerungen und entsprechend danach ausgerichtetes Handeln, etwa, dass Ansehen und Attraktivität einer Stadt mehr denn je am kulturellen Angebot gemessen werde, verschafften Münster in seiner Ära einmal mehr einen Vorsprung und trugen auf diese Weise zu der großen Attraktivität der Stadt in Deutschland bei. Dass er laut Gemeindeverfassung eigentlich nur ehrenamtlich amtierte, war Reden und Auftreten nicht anzumerken. Twenhöven nutzte sein Amt wie keiner seiner Vorgänger vor allem als visionärer Stichwortgeber.

Twenhövens Wirken in der Behörde und in der Region ließ schnell einen Stilwechsel erkennen. Er sah sich immer als Berufspolitiker, wenn auch jetzt nicht mehr als Parteipolitiker, und er sollte es in seinem neuen Amt auch bleiben. Dabei zeichnete ihn Loyalität gegenüber der Landesregierung aus, selbst bei solchen Themen, die in den Reihen seiner Partei höchst umstritten waren, beispielsweise die Planung des Metrorapid im Ruhrgebiet. Als Regierungspräsident nutzte er konsequent die Instrumente der Politik, um den Fachbereichen seiner Behörde sonst verschlossene Türen zu öffnen. Zahlreiche persönliche Bekanntschaften im ganzen

Münsterland – und bald auch in den Städten des Emscher-Lippe-Raumes – ermöglichten es ihm, viele Projekte zu initiieren. Twenhöven war ein „Netzwerker“ im klassischen Sinn. Er schuf persönliche und freundschaftliche wie auch rein professionelle Verbindungen in die Region hinein und darüber hinaus und folgte damit geradewegs den Spuren seines Amtsvorgängers.

Dabei rückten der Ausbau der Beziehungen zum Nachbarland Niederlande und zu den angrenzenden Regionen auf der Prioritätenliste sehr weit nach oben. Sei es die Zusammenarbeit der Polizei, in der Landesplanung, im Umweltbereich und Gewässerschutz oder auf höchster Ebene zwischen dem Regierungspräsidenten und den jeweiligen Kommissaren der Königin. Aus dem seit der Ära Schleberger engen Verhältnis der Behörden diesseits und jenseits der Grenze wurde ein vertrauliches Miteinander mit einem stetigen Abgleich der Interessen und vielen gemeinschaftlich geplanten, grenzüberschreitenden Aktionen, so die Renaturierung der Dinkel, gemeinsame Kontrollen der Autobahnpolizei, Zusammenarbeit in der Opferhilfe und nicht zuletzt gegenseitige Hospitationen.

Der „Netzwerkarbeit“ Twenhövens ist es auch zu verdanken, dass sich die Kommunen und Kreise der Region Münsterland, die Kennern seit jeher als viel zu heterogen gelten, als dass sie wirklich gemeinsame Sache machen könnten, in wichtigen Projekten aufeinander zubewegt haben. Der Airport-Gewerbegebiet im Bezirk, das Münsterlandportal mit einer gemeinsamen Internetplattform aller Kommunen, die Chemsite-Initiative im nördlichen Ruhrgebiet, ein Zusammenschluss mehrerer Kommunen mit dem Ziel, günstige Bedingungen für die Ansiedlung chemischer Betriebe zu schaffen, das Emscher-Lippe-Entwicklungsprogramm, die Emscher-Lippe- und die Münsterland-Konferenz, die Entwicklung des Münsterlandprogramms mit wichtigen Projekten als Richtschnur für die weitere Entwicklung, die Regionale 2004 links und rechts der Ems, sind einige von vielen Projekten, die Twenhöven entscheidend angestoßen und oft durch jahrelange Abstimmungs- und Lobbyarbeit auf allen Ebenen verwirklicht hat.

Dabei war er von der Erkenntnis geleitet, dass eine Region im Zeitalter der Globalisierung nur dann eine Chance hat, wenn sie geschlossen auftritt und sich auf ihre gemeinsamen Stärken besinnt. Der Regierungspräsident Jörg Twenhöven förderte dieses Ziel auch durch sehr persönlichen Einsatz: In vielen Gremien übernahm er freiwillig im Sinne der Sache aktive Rollen, beispielsweise als Vorsitzender der Emscher-Lippe-Konferenz und der Münsterland-Konferenz. In diesen Konferenzen arbeiteten die Entscheidungsträger der Region zusammen. Alte Freundschaften und immer wieder neue Verbindungen in die Düsseldorfer und Berliner Politik hinein halfen ihm dabei. Die Prozesse liefen für Außenstehende manchmal überraschend schnell ab, konnten aber mitunter auch Jahre andauern.

Dass die Bezirksregierung in der Ära Twenhöven vermehrt den Status einer „Bündelungsbehörde“ annahm, wurde besonders während des „Schneechaos“ Ende November 2005 offenkundig, als eine Viertelmillion Menschen tagelang auf Strom verzichten mussten. Den ungewöhnlichen Wetterverhältnissen hatten viele Masten nicht standgehalten. Innerhalb kürzester Zeit fasste ein Krisenstab weit reichende Entscheidungen, die, wären mehrere Behörden beteiligt gewesen, vermutlich Tage gedauert hätten. So wurde sofort der Ausfall des Schulunterrichts angeordnet, die Ladenöffnungszeiten aufgehoben, Notstromaggregate wurden aus ganz Deutschland angefordert und nicht zuletzt arbeiteten Polizei und Rettungskräfte reibungslos zusammen – zweifelsohne ein Verdienst einer mit weit reichenden Kompetenzen ausgestatteten Bezirksregierung, die ihr Fachwissen bündelt.

Langer Atem und nicht nachlassende Konsequenz zählten sicherlich zu den Primärtugenden dieses Regierungspräsidenten. Gefordert war dies vor allem für den tief greifenden Strukturwandel, der den Emscher-Lippe-Raum während Jörg Twenhövens Amtszeit arg mitnahm. Die Abkehr von der Kohle war zwar schon einige Jahre zuvor vollzogen worden, doch die Nachwirkungen, die fehlende Orientierung in der Region und eine mit durchschnittlich 14 Prozent hohe Arbeitslosigkeit sorgten dafür, dass Belange der Emscher-Lippe-Region immer zur Chefsache erklärt wurden.

Netzwerke reichten auch in die Wirtschaft hinein. Wohl kaum ein anderer Regierungspräsident vor ihm pflegte derart enge Verbindungen zu den Unternehmen der Region. Dieses verdeutlicht vor allem der von seinem Sekretariat wöchentlich erstellte Terminkalender, der neben politischen Anlässen immer wieder Unternehmensbesuche aufführte, sei es zur reinen Information oder zur Lösung aktueller Probleme. Seinen Leitspruch „Einmal gesehen ist besser als zehnmal gelesen“ setzte er konsequent und ohne Berührungsängste in die Praxis um, dabei freundlich im Ton, aber hart in der Sache. Seine Gesprächspartner wussten bei ihm stets rasch, woran sie waren. Berge versetzen kann auch ein Regierungspräsident nicht, aber wenigstens den Weg zeigen, wie man sie rechtlich einwandfrei, im gesellschaftlichen Konsens und mit Segen der Landespolitik überwinden kann.

Twenhöven sollte bis dahin der einzige Regierungspräsident der Nachkriegszeit sein, der es gleich mit vier Ministerpräsidenten zu tun hatte, mit Johannes Rau, der bis 1998 regierte, mit Wolfgang Clement, der bis 2002 im Amt war, dann mit dessen Nachfolger Peer Steinbrück und seit dem Machtverlust der seit 1966 regierenden SPD ab 2005 mit Jürgen Rüttgers. Wie seine Vorgänger, so blieb auch Twenhöven von einer Debatte um eine Gebietsreform nicht verschont.

Diese nahm aber im Gegensatz zu früher einen für die Existenz des Regierungsbezirks zunächst bedrohlichen Verlauf. Regierung und Opposition in der kurzen Amtszeit Peer Steinbrücks von 2002 bis 2005 waren sich zwar weitgehend einig, eine Verwaltungs- und Strukturreform vorzunehmen, lediglich über den Weg dorthin, über die Zusammensetzung der Verwaltungsbezirke und die Zukunft der Landschaftsverbände, herrschte vorgeblich Dissens. Im Grunde genommen stand aber, nicht anders als früher, das gesamte Vorhaben auf tönernen Füßen. Der Planungsvorstellung folgte nicht einmal ansatzweise eine Planungsreife. Das aber war im Gegensatz zu früheren Überlegungen neu. In der Ära Meyers und Kühn wurde erst geplant und dann diskutiert.

Was die Diskussion außerdem von anderen unterschied, war zum einen die Schnelligkeit, mit der diese, auch über eine überraschte Öffentlichkeit, hereinbrach, zum anderen der nicht weniger schnelle Verlust an

Interesse an der Thematik, lange vor der Landtagswahl im Mai 2005. Das Ganze schien nicht eben planvoll durchdacht. Dabei waren die Ansätze im Kern ja richtig. Wie früher stand die Verwaltungsreform wieder im Zeichen der Beseitigung der Vorläufigkeit, des Provisorischen des von den Briten gegründeten „Kunstlandes“ Nordrhein-Westfalen und dem ernsthaften Bemühen, die alten preußischen Verwaltungsstrukturen aus dem 19. Jahrhundert den Landesgegebenheiten anzupassen, wie es schon 1968 der Staatssekretär im Innenministerium, Fritz Rietdorf, vorgeschlagen hatte, nämlich Nordrhein-Westfalen in Rheinland, Rhein-Ruhr und Westfalen zu gliedern. Um seine in vielen Kommissionssitzungen erarbeiteten Vorschläge zu Papier zu bringen, hatte der Staatssekretär seinerzeit über ein Jahr benötigt. Glaubte die Parteipolitik des neuen Jahrhunderts tatsächlich, ein solches Vorhaben aus dem Hut zu zaubern? Merkwürdig mutete es auch an, dass das Land nahezu 37 Millionen Euro in einen Neubau und in die Renovierung des aus dem Jahre 1971 stammenden Regierungsgebäudes investierte. Aber im Vorfeld der vorwiegend von bundespolitischen Themen beherrschten Landtagswahlen 2005 interessierte sich die Presse für andere Themen, und auch während des Wahlkampfes spielte die Gebietsreform überhaupt keine Rolle. Zurück blieben verunsicherte Mitarbeiter der Bezirksregierungen und der Landschaftsverbände.

Zwar schien die Behörde „Bezirksregierung“ bis dahin immer in sich selbst zu ruhen, doch hinter den Kulissen gab es während der Amtszeit Twenhövens Veränderungen, die in privatwirtschaftlich organisierten Unternehmen mindestens ein „Change Management“ im Millionenwert ausgelöst hätten. Aufgrund zweier Modernisierungsgesetze erfuhr die Bezirksregierung einen Kompetenz- und Mitarbeiter-Zuwachs, der sie weit über die übrigen Mittelbehörden im Land heraushob. So wurden die Obere Flurbereinigung mit ihren acht Ämtern in Nordrhein-Westfalen und das Landesversorgungsamt mit seinen elf Versorgungssämtern in die Bezirksregierung Münster eingegliedert. 5.400 Mitarbeiter mit ihrer jeweils eigenen Behördenkultur wurden „integriert“. Dazu kamen noch die Landesstelle für Aussiedler, Zuwanderer und ausländische Flüchtlinge in Unna-Massen sowie die Kurklinik Eggeland in Bad Driburg.

Und immer wieder tauchte Twenhöven auf, wo man ihn nicht vermutete: Bei Benefiz-Veranstaltungen, beim Dorffjubiläum, bei repräsentativen Veranstaltungen wie bei kleinen Feiern, bei Schützenvereinen oder Wohltätigkeits-Radtouren. Er nutzte Amt und Ansehen als Regierungspräsident konsequent, um karitative Zwecke zu fördern und Menschen zu unterstützen, die sich in den Dienst der Wohltätigkeit stellten. Seine Schirmherrschaften über Veranstaltungen und Projekte sind ungezählt, seine Grußworte und profunden Reden zu vielen Anlässen nicht weniger, auch seine zahlreichen Ehrenämter. Anfang Juli 1996 trat er an die Spitze der Kriegsgräberfürsorge im Regierungsbezirk Münster. Von Egbert Möcklinghoff übernahm er 1995 das Amt des Präsidenten des Landesverbands Westfalen-Lippe des Deutschen Roten Kreuzes. Die tiefe Verbundenheit zur Region und ihren Menschen, das religiöse Leitbild und eine Bodenständigkeit im positiven Sinne waren Twenhövens Triebfedern. Er öffnete die Behörde der Region und den Menschen.

ZUSAMMENFASSUNG

Von den krisenreichen politischen Zeitläuften in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, vom Ausbruch des Ersten Weltkriegs über die Weimarer Republik, das „Dritte Reich“ bis hin zur Stabilisierung der Bundesrepublik Deutschland und weiter bis in die Zeit der deutschen Wiedervereinigung reicht die Spanne der während ihrer Amtszeit hiervon nicht unberührt gebliebenen münsterischen Regierungspräsidenten. 19 Persönlichkeiten einschließlich kommissarischer Verwalter und des als Regierungspräsident beim Oberpräsidenten amtierenden Freiherrn von Oer prägten die münsterische Behörde.

Was die ersten gemeinsam verband und nachhaltig prägte, war ihre Erziehung und Ausbildung im Kaiserreich, was sie trennte, ihre unterschiedliche Haltung zur Republik von Weimar und zur beginnenden Diktatur. Während sich Graf Merveldt aus Enttäuschung über die politische Entwicklung nach 1918 bald der nationalen Rechten anschloss, bekannten sich seine Nachfolger Haslinde, Amelunxen und Pünder eindeutig zu

Republik und Demokratie; sie gehörten der Deutschen Zentrumspartei an. Die Regierungspräsidenten der nationalsozialistischen Zeit waren, mit Ausnahme von Ruhs, keine „alten Kämpfer“, sondern Repräsentanten des bürgerlich-nationalen Lagers, die erst zwischen 1930 und 1933 zur Partei Hitlers gestoßen waren. Gleichwohl gebärdeten sie sich nach der Machtübernahme als überzeugte Nationalsozialisten, auch noch nach 1945, wie der erste Amtsinhaber 1933, Kurt Matthaei, der sich in der Bundesrepublik in allerlei rechtsradikalen Splittergruppen engagierte.

Die Errichtung der Diktatur 1933 beendete nicht unbedingt die Karriere der Regierungspräsidenten von Weimar, aber sie warf Haslinde, Amelunxen und Pünder aus der Bahn. Allein Amelunxen vermochte nach 1946 auf die politische Bühne zurückzukehren und sich dort fast bis zum Ende der 50er-Jahre zu behaupten. Pünder fand als erfahrener Verwaltungsbeamter auch Anschluss an die neuen Verhältnisse – die Präsidentschaft im Deutschen Städtetag, das Amt des Kölner Oberbürgermeisters und vor allem seine Position als Vorsitzender des Verwaltungsrats des Vereinigten Wirtschaftsgebiets, also eines Quasi-Regierungschefs vor Gründung der Bundesrepublik, überstiegen bei weitem Rang und Ansehen eines Regierungspräsidenten, aber in der jungen Bundesrepublik fand er, gemessen an der Bedeutung seiner früheren Aufgaben, kein adäquates Amt mehr. Adenauer berief ihn nicht in sein erstes Kabinett. Haslinde, zu alt für einen Neubeginn, hatte sich ins Privatleben zurückgezogen. Dass die nationalsozialistischen Regierungspräsidenten keinen Anschluss an die neue Zeit fanden, kann freilich nicht gesagt werden. Für einen beruflichen Neubeginn waren sie auch noch nicht zu alt. Fründt praktizierte seit den 50er-Jahren als Rechtsanwalt in Kiel und Ruhs kam im Statistischen Bundesamt in Wiesbaden unter.

Übrigens sollte bis 1956 keiner der Nachfolger des bis 1913 amtierenden Jaroslaw von Jarotzky das reguläre Pensionsalter von 65 Jahren in diesem Amt erreichen. Die Regierungspräsidenten der Weimarer Republik Graf Merveldt, Amelunxen und Pünder wurden aus „politischen Gründen“ abberufen, Haslinde folgte einer Berufung in das Reichskabinett, und diejenigen der NS-Zeit, Matthaei, Klemm, Graf Stosch und Fründt, sämtlich Protestanten, wurden wahllos versetzt. Der letzte preu-

ßische Regierungspräsident Münsters, Ruhs, trat sein Amt gar nicht mehr an. Er war als Wehrmachtsoffizier vor Aushändigung der Ernennungsurkunde in amerikanische Kriegsgefangenschaft geraten. Erst der 1945 ernannte Regierungspräsident Hackethal trat mit 65 Jahren in den regulären Ruhestand.

Hackethal, in jeder Weise unbelastet, also auch nicht als geduldeter NSDAP-Gegner in die Maschinerie des „Dritten Reichs“ eingebunden, war 1945 durchaus der richtige Mann für einen auch moralisch glaubwürdigen Neubeginn. Die Strenge, mit der er sein Amt führte, verschaffte im allseits große Achtung und Respekt. Sein Nachfolger Reismann, ein Parteigänger des Zentrums, vermochte in seiner zweijährigen Amtszeit kaum Akzente zu setzen, ganz im Gegensatz zu Schneeberger, der den Regierungsbezirk auf dem wirtschaftlichen Höhepunkt der Nachkriegszeit führte und die hierdurch erst möglich gewordene Überwindung der strukturellen Schwächen des Bezirks einleitete. Die Ära Möcklinghoff war im Besonderen durch die Durchführung der kommunalen Gebietsreform und die nachfolgende Epoche Schlebergers, die längste eines münsterischen Regierungspräsidenten, durch die Lösung vielfältiger Probleme im Zeichen des wirtschaftlichen Wandels gekennzeichnet. Das gilt ebenso für die Ära Twenhöven. Schneeberger, Möcklinghoff und Schleberger waren, ebenso wie der seit 1995 amtierende Regierungspräsident Twenhöven, Mitglieder der CDU und allesamt erfahrene, mit den Verhältnissen Nordrhein-Westfalens bestens vertraute Verwaltungsfachleute. Mit Ausnahme des dem bayerischen Justizdienst entstammende Josef Schneeberger kamen alle anderen Regierungspräsidenten der Nachkriegszeit aus Nordrhein-Westfalen.

Frau Professor Dr. Rudolfine Freiin von Oer, Legden, Oberstadtdirektor a. D. Dr. Tilman Pünder und Dr. Bernhard Schneeberger, Münster, danke ich für die freundliche Ergänzung der Biographien ihrer Väter, Dr. Egbert Möcklinghoff und Erwin Schleberger für die interessanten Gespräche über ihre Dienstjahre sowie Stefan Bergmann, Sprecher der Bezirksregierung, für seine Informationen über die Ära Dr. Jörg Twenhövens.

ANMERKUNGEN

¹ Allgemein dazu: Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815–1945. (Hrsg.) Walther Hubatsch, Bd. 8, Westfalen, bearb. v. Walther Hubatsch, Marburg 1980; Wilhelm Kohl u. Helmut Richter, Behörden der Übergangszeit 1802–1816, Münster 1964; Stephanie Reekers, Westfalen 1815–1945, in: Verwaltungsgrenzen in der Bundesrepublik Deutschland seit Beginn des 19. Jahrhunderts, Hannover 1977; Dietrich Wegmann, Die leitenden staatlichen Verwaltungsbeamten der Provinz Westfalen, Münster 1969; Joachim Lilla, Leitende Verwaltungsbeamte und Funktionsträger in Westfalen und Lippe (1918–1945/46), Biographisches Handbuch, Münster 2004; Wolfgang Leesch, Verwaltung in Westfalen 1818–1945. Organisation und Zuständigkeit, Münster 1992; Regierung Münster (Hrsg.), Zum hundertjährigen Bestehen der Königlichen Regierung zu Münster, Münster 1903; Regierung Münster (Hrsg.), Festschrift zum einhundertfünfzigjährigen Bestehen, Münster 1953; Regierung Münster 1971 (Hrsg.), Zur Einweihung des neuen Dienstgebäudes, Münster 1971.

² Hubatsch a. a. O., S. 12f, S. 55ff.

³ Ebd., S. 47; Leesch a. a. O., S. 18f, S. 32f.

⁴ Ebd., S. 47; Leesch a. a. O., S. 29ff.

⁵ Ebd., S. 57; Wegmann a. a. O., S. 303; August von Liebermann * 1.4.1826 Baunau/Kreis Glogau, † 25.1.1902 Liegnitz.

⁶ Hubatsch a. a. O., S. 57; Wegmann a. a. O., S. 332; Hermann von Schwarzenberg * 20.8.1830 Kassel, † 9.2.1897 Münster.

⁷ Hubatsch a. a. O., S. 57; Wegmann a. a. O., S. 275f.

⁸ Hubatsch a. a. O., S. 50; Wegmann a. a. O., S. 265; Wilhelm Schulte, Westfälische Köpfe, Münster 1963, S. 69f; Franz von Düesberg * 11.1.1793 Borken, † 11.12.1873 Münster, 1846–1848 preußischer Finanzminister.

⁹ Hubatsch a. a. O., S. 55; Albert von Vahlkampf * 3.6.1790 Wetzlar, † 31.1.1858 Frankfurt/M., 1828–1830 Oberregierungsrat Gumbinnen, 1830–1833 preußisches Finanzministerium, später herzoglich sachsen-meiningscher u. hildburghausener Wirklicher Geheimer Rat u. Staatsminister.

¹⁰ Lebenslauf nach Wegmann a. a. O.; dazu auch: Alfred von Gescher, Lose Blätter, Erinnerungen aus meinem Leben (Privatdruck), Münster 1928.

¹¹ Vgl. Kösemer Corpslisten 1960. Eine Zusammenstellung der Mitglieder der bestehenden und der nach 1892 suspendierten Corps, bearbeitet von Otto Gerlach, Uelzen 1960.

¹² Münsterischer Anzeiger 1.11.1932, Nr. 1151 (Nachruf).

¹³ Handbuch für das preußische Abgeordnetenhaus. (Hrsg.) A. Plate. Ausgabe für die 22. Legislaturperiode, Berlin 1914; Bernhard Mann, Biographisches Handbuch für das preußische Abgeordnetenhaus 1867–1919, Düsseldorf 1988, S. 144; Amtliches Reichstags-Handbuch, 9. Legislaturperiode 1893/98. Hrsg. v. Reichstags-Bureau, Berlin 1893.

¹⁴ Thomas Kühne, Handbuch der Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus 1867–1918. Wahlergebnisse, Wahlbündnisse und Wahlkandidaten, Düsseldorf 1994.

¹⁵ Bernd Haunfelder, Biographisches Handbuch für das Preußische Abgeordnetenhaus 1849–1867, Düsseldorf 1994.

¹⁶ Bernd Haunfelder u. Klaus Erich Pollmann, Der Reichstag des Norddeutschen Bundes 1867–1870. Historische Photographien und biographisches Handbuch, Düsseldorf 1989.

¹⁷ Amtszeit 1845–1849, Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses 1851–1858, 1866–1873, Reichstagsabgeordneter 1871–1873.

¹⁸ Amtszeit 1849–1850, Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses 1859, Deutsche Nationalversammlung Frankfurt 1848/49.

¹⁹ Amtszeit 1857–1862, Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses 1850–1852, Konstituierender Reichstag des Norddeutschen Bundes 1867.

²⁰ Mann a. a. O., S. 143.

²¹ Mann a. a. O., S. 144; Wegmann a. a. O., S. 275f; so Rittergut Lotten/Kreis Meppen, Gut Venhaus/Kreis Lingen u. Gut Überems/Kreis Warendorf. Gescher heiratete 1884 Franziska Lucia Pfeifer (1857–1934). Sein Schwiegervater, Kommerzienrat Emil Pfeifer, war Zuckerfabrikant und Mitbegründer der Firma „Klöckner & Deutz“ in Köln.

²² Hans-Jürgen Teuteberg, Bevölkerungsentwicklung und Eingemeindungen, in: Geschichte der Stadt Münster, hrsg. von Franz-Josef Jakobi, Bd. 2, Münster 1993, S. 379ff.

²³ Hubatsch a. a. O., S. 57 (mit dem unrichtigen Vornamen „Jadislaus“); Wegmann a. a. O., S. 292 (gleichfalls mit unrichtigem Vornamen); freundliche Auskunft des Stadtarchivs Kiel, Aug. 2004.

²⁴ Hubatsch a. a. O., S. 57; Wegmann a. a. O., S. 307f; Lilla a. a. O., S. 220; Gothaisches Genealogisches Taschenbuch der Gräflichen Häuser, Jg. 1942; Landesarchiv NRW, Staatsarchiv Münster, Regierung Münster, Am 3.

²⁵ Vgl. Kösemer Corpsslisten 1960 a. a. O.

²⁶ Josef Häming, Die Abgeordneten des Westfalenparlaments 1826–1978, Münster 1978, S. 448; Merveldt gehörte von 1899–1919 dem Westfälischen Provinziallandtag an.

²⁷ Hubatsch a. a. O., S. 46; Münsterischer Anzeiger 21.10.1926, Nr. 988; ebd. 22.10.1926, Nr. 990 (Nachruf); Ludwig Holle, 1900–1905 Landeshauptmann, amtierte von 1907–1909 als preußischer Kultusminister; vgl. Reinhart Lüdicke, Die preußischen Kultusminister und ihre Beamten im ersten Jahrhundert des Ministeriums, Stuttgart/Berlin 1918.

²⁸ Wegmann a. a. O., S. 134f.

²⁹ Ebd., S. 307.

³⁰ Freundliche Auskunft Stadtarchiv Recklinghausen, April 2005.

³¹ Zur Rolle Merveldts im Krieg vgl. Eduard Schulte, Kriegschronik der Stadt Münster 1914/1918, Münster 1930, vgl. dazu auch den Nachruf der münsterischen Regierung zum Tode Merveldts, in: Münsterischer Anzeiger 22.10.1926, Nr. 992; Merveldt nahm hinsichtlich der Lebensmittelversorgung und -überwachung eine bedeutsame Rolle ein, Schulte a. a. O., S. 308, S. 314, S. 330.

³² Wegmann a. a. O., S. 307; Lilla a. a. O., S. 220.

³³ Münsterischer Anzeiger 5.8.1922, Nr. 385. „Er habe die Nachricht von der Verabschiedung am 20. Juli durch seine Frau erfahren, die ihm die Zeitung hereingebracht habe.“

³⁴ Vgl. dazu auch Hans-Ulrich Thamer, Weimarer Republik, in: Geschichte der Stadt Münster, hrsg. von Franz-Josef Jakobi, Bd. 2, Münster 1993, S. 237f.

³⁵ Münsterischer Anzeiger 16.7.1922, Nr. 349.

³⁶ Ebd.; Ein Kommunalorgan, also eine Einrichtung der Selbstverwaltung, ist der nach dem Wahlgesetz vom 3.12.1920 gewählte Provinziallandtag, der von diesem gewählte Provinzialausschuss (Vorsitzender sowie 7 bis 13 Mitglieder) sowie der Landesdirektor bzw. Landeshauptmann.

³⁷ Münsterischer Anzeiger 22.7.1922, Nr. 360.

³⁸ Münsterischer Anzeiger 20.7.1922, Nr. 357. Diese Begründung führt Severing auch in seinen Lebenserinnerungen „Mein Lebensweg“, Köln 1950, an; im August 1921 waren Matthias Erzberger und im Juni 1922 Walter Rathenau, beide der radikalen Rechten besonders verhasst, ermordet worden.

³⁹ Münsterischer Anzeiger 21.7.1922, Nr. 358. Wilhelm Rombach * 20.7.1884, † 18.9.1973, 1922–1928 Regierungspräsident in Aachen, 1928–1933 Oberbürgermeister von Aachen, 1933 von den NS-Behörden abgesetzt, nach dem Krieg noch einmal kurz Oberbürgermeister in Aachen, zuletzt Staatssekretär im nordrhein-westfälischen Innenministerium, zu ihm: Hans Siemons, Zwischen den Schlagbäumen. Wilhelm Rombach – ein Leben für das Grenzland, Aachen 1996; Friedrich Fehrmann, Lebensbilder von einigen leitenden Beamten der Aachener Regierung seit 1922, in: Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins, 78/1967.

⁴⁰ Münsterischer Anzeiger 11.8.1922, Nr. 396.

⁴¹ Münsterischer Anzeiger 30.7.1922, Nr. 374.

⁴² Münsterischer Anzeiger 2.8.1922, Nr. 379.

⁴³ Ebd. „Der Vorstand der Münsterischen Zentrumsparlei hält sich für verpflichtet, der Zentrumsfraktion des Preußischen Landtags Kenntnis zu geben von einer tiefgreifenden Erregung in der Bevölkerung des Regierungsbezirks Münster über die Art und Weise, wie der um den Bezirk in Krieg und Frieden hochverdiente Regierungspräsident Graf von Merveldt vom Minister des Inneren seines Amtes enthoben worden ist. Diese Verabschiedung wird umso mehr bedauert, als Graf von Merveldt sich jederzeit mit großer Entschiedenheit und mit Erfolg für die Beibehaltung der christlichen Staats- und Schulordnung eingesetzt hat. Wir bitten die Fraktion, dieserhalb beim Minister des Inneren vorstellig zu werden.“

⁴⁴ Vgl. dazu vor allem Gerd Krüger, „Treudeutsch allewege!“ Gruppen, Vereine und Verbände der Rechten in Münster (1887–1929/30), Münster 1992.

⁴⁵ Münsterischer Anzeiger 24.10.1926, Nr. 999.

⁴⁶ Vgl. Thamer a. a. O., S. 242.

⁴⁷ Reichstags-Handbuch, III. Wahlperiode 1924. Hrsg. vom Bureau des Reichstags, Berlin 1925.

⁴⁸ Münsterischer Anzeiger 11.8.1922, Nr. 396.

⁴⁹ Ebd.; Münsterischer Anzeiger 18.8.1922, Nr. 409: „Der neue Regierungspräsident von Münster“; Wegmann a. a. O., S. 282; Lilla a. a. O., S. 172f; Dazu auch die Personalakte Haslindes, Landesarchiv NRW, Staatsarchiv Münster, Regierung Münster, Ah 4.

⁵⁰ Häming a. a. O., S. 319; Haslinde gehörte von 1917–1919 und von 1921–1925 dem Westfälischen Provinziallandtag an.

⁵¹ Münsterischer Anzeiger 22.1.1926, Nr. 72; ebd. 23.1.1926, Nr. 74: „Dr. Haslinde Minister für Landwirtschaft“: „Wenn Dr. Haslinde dem an ihn ergangenen Rufe Folge geleistet hat, so bringt er damit ohne Zweifel ein großes persönliches Opfer. Bei dem Wirrwarr der politischen und parlamentarischen und wirtschaftlichen Verhältnisse wird Dr. Haslinde das Opfer, das er im Interesse des Vaterlandes bringt, nicht leicht geworden sein. Er wäre gerne auf seinem hiesigen Posten geblieben, und als er so plötzlich die Berufung nach Berlin erhielt, gab er uns gegenüber noch dem Wunsche Ausdruck, daß dieser Kelch an ihm vorübergehen möchte ...“

⁵² Ebd.; freundliche Auskunft von Gerda Haslinde, Schwiegertochter Haslindes, Grassau.

⁵³ Zur Beschwichtigung nationaler Kreise sollten die diplomatischen und konsularischen Vertretungen, vor allem außerhalb Europas, neben der schwarz-rot-goldenen Reichsflagge auch die schwarz-weiß-rote Handelsflagge hissen dürfen. Im Zuge der hohe Wellen schlagenden Debatte im Reichstag wurde das Kabinett Luther durch ein Misstrauensvotum gestürzt.

⁵⁴ Hubatsch a. a. O., S. 214; Wegmann a. a. O., S. 282; Lilla a. a. O., S. 172f.

⁵⁵ Lilla a. a. O., S. 177; Münsterischer Anzeiger 1.6.1935, Nr. 251 (Nachruf).

⁵⁶ Lilla a. a. O., S. 177.

⁵⁷ Münsterischer Anzeiger 1.6.1935, Nr. 251 (Nachruf).

⁵⁸ Hermann Pünder, Von Preußen nach Europa. Lebenserinnerungen, Stuttgart 1968, S. 140.

⁵⁹ Hettlage, 1932/33 Mitglied des preußischen Landtags für das Zentrum, bekleidete 1938 den Rang eines SS-Hauptsturmführers, enger Mitarbeiter von Rüstungsminister Albert Speer, hatte seit 1938 wiederholte Auseinandersetzungen mit der Partei, wie auch im Tagebuch von Goebbels nachzulesen ist, 1945ff vorübergehende amerikanische Internierung, vgl. Ernst Klee, Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt 2003.

⁶⁰ Karl Maria Hettlage zum 90. Geburtstag, in: Archiv des öffentlichen Rechts 117/1992; Hettlage war von 1962–1967 Mitglied der Hohen Behörde der Montanunion und von 1965–1977 Präsident des IFO-Instituts in München.

⁶¹ Münsterischer Anzeiger 22.7.1926, Nr. 688; Zu Amelunxen allgemein: 50 Jahre Landtag Nordrhein-Westfalen: Das Land und seine Abgeordneten, Düsseldorf 1996, S. 122; Lilla a. a. O., S. 108; Rudolf Vierhaus u. Ludolf Herbst (Hrsg.), Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutschen Bundestages 1949–2002, München 2002, S. 14f; Heinrich Potthoff und Rüdiger Wenzel, Handbuch politischer Institutionen und Organisationen 1945–1949, Düsseldorf 1983; Wolfram Köhler, Rudolf Amelunxen, Düsseldorf 1958; Peter Hüttenberger, Rudolf Amelunxen, in: Zwischen Ruhrkampf und Wiederaufbau, hrsg. v. Walter Först, Beiträge zur neueren Landesgeschichte des Rheinlandes und Westfalens 5, Köln/Berlin 1972; Karl Teppe, Rudolf Amelunxen, in: Walter Först (Hrsg.) Aus dreißig Jahren. Rheinisch-Westfälische Politiker-Porträts, Köln/Berlin 1972; Christian Dästner, Die Justizminister des Landes Nordrhein-Westfalen und die Grundzüge ihres politischen Wirkens, in: 50 Jahre Justiz in NRW, Düsseldorf 1996; Rudolf Amelunxen, Ehrenmänner und Hexenmeister. Erlebnisse und Betrachtungen, München 1960; Clemens Amelunxen, Vierzig Jahre Dienst am sozialen Rechtsstaat. Rudolf Amelunxen zum 100. Geburtstag – Porträt eines Demokraten, Berlin 1988.

⁶² Rudolf Amelunxen a. a. O., Vgl. Anm. 50.

⁶³ Ebd., S. 91.

⁶⁴ Ebd., S. 92.

⁶⁵ Allgemeine Bezeichnung für die gesamte Regierung, in anderen deutschen Staaten wdh. auch Gesamtministerium genannt, in diesem Falle war indes die preußische Staatskanzlei gemeint; Vgl. Clemens Amelunxen a. a. O., S. 15.

⁶⁶ Clemens Amelunxen a. a. O., S. 14.

⁶⁷ Ebd., S. 17.

⁶⁸ Ebd., S. 19.

⁶⁹ Rudolf Amelunxen a. a. O., S. 91f.

⁷⁰ Ebd., S. 105.

⁷¹ Clemens Amelunxen a. a. O., S. 20.

⁷² Rudolf Amelunxen a. a. O., S. 107.

⁷³ Dazu vor allem Jürgen Bay, *Der Preußenkonflikt 1932/33*, Diss. Erlangen 1965, besonders aber Karl Dietrich Bracher, *Die Auflösung der Weimarer Republik*, Villingen 5. Aufl., 1971, und Horst Möller, *Parlamentarismus in Preußen*, Düsseldorf 1985.

⁷⁴ *Münsterischer Anzeiger* 22.7.1932, Nr. 767.

⁷⁵ Clemens Amelunxen a. a. O., S. 20.

⁷⁶ Teppe a. a. O., S. 57.

⁷⁷ Hubatsch a. a. O., S. 42; Lilla a. a. O., S. 164f; Rudolf Amelunxen a. a. O., S. 89; Detlef Grothmann, Johannes Gronowski, in: *Westfälische Lebensbilder*, Bd. 16, S. 7–21; „Er war ein natürlicher Mann von tadellosem Charakter. Weil er jedoch keinen adeligen Stamm- baum aufzuweisen und die Ochsentour eines Bürokraten nicht durchlaufen hatte, waren ihm bei seiner Berufung zum Oberpräsidenten manche Steine in den Weg gelegt worden. In den Kreisen, die sich als Gesellschaftskreise Münsters fühlten, gab der Adel den Ton an. Der konnte es nicht fassen, daß im Schlaunschen Schloß, in dem früher nur „Kavaliere“ als Oberpräsidenten regiert hatten, nun ein ehemaliger Schlossergeselle den Staat repräsentieren, die Honneurs machen sollte ...“; Johannes Gronowski * 4.2.1874 Graudenz/Westpr., † 7.8.1958 Paderborn, Schule Graudenz, Maschinen- u. Bauschlosserlehre, 1892 Gesellenprüfung, 1892–1902 Wanderjahre, Maschinenschlosser Eisenbahnhauptwerkstatt Dortmund, Fortbildungsschule, soziale Kurse, autodidaktische Studien, 1895 Gründung Volksbüro Dortmund zur Beratung von Arbeitern, 1898ff Christliche Gewerkschaftsbewegung, 1902–1908 Arbeitersekretär Bezirk Dortmund-Hörde, 1908ff ebd. Parteisekretär Zentrum, Mai 1922 – Febr. 1933 Oberpräsident Provinz Westfalen und Staatskommissar für den Westfälischen Provinziallandtag (Febr. 1933 bereits einstweiliger Ruhestand), 1933 Entlassung aus politischen Gründen, danach Ruhestandsbeamter und Handelsvertreter für Wein, Kaffee und Tee in den Regierungsbezirken Minden und Arnberg, dann wohnhaft Köln, kurz vor Kriegsende Paderborn, ebd. nach einem Luftangriff schwer verletzt; lehnte aus Altersgründen die Wiederannahme des Amtes des Oberpräsidenten der Provinz Westfalen ab; Ehrenbürger der Universität Münster; Preußisches Abgeordnetenhaus bzw. Landtag 1908–1918, 1921–1933, Zentrum, 1921–1924 Fraktionsvorsitzender; Preußische Verfassunggebende Landesversammlung 1919–1921, Zentrum, 1919–1921 Fraktionsvorsitzender; Westfälischer Provinziallandtag 1919–1920; 1945ff CDU; Sept. 1945 CDU-Vorstandsmitglied Westfalen, März 1946 – Apr. 1951 CDU-Landesvorsitzender Westfalen; Provinzialrat Westfalen 1946; Landtag Nordrhein-Westfalen 1946–1950, CDU, 1946–1947 stellvertretender Fraktionsvorsitzender.

⁷⁸ *Münsterischer Anzeiger* 5.10.1932, Nr. 1051: „Staatssekretär a. D. Pünder – Komm. Regierungspräsident in Münster“; Zu Pünder allgemein: *Die Volksvertretung. Handbuch des Deutschen Bundestags*, hrsg. von Fritz Sänger, Stuttgart 1949; Martin Schumacher, M.d.B., *Volksvertretung im Wiederaufbau 1946–1961. Bundestagskandidaten und Mitglieder westzonaler Vorparlamente. Eine biographische Dokumentation*, Düsseldorf 2000;

Vierhaus u. Herbst a. a. O.; Biographisches Lexikon des KV 1/1991; Rudolf Morsey, Hermann Pünder (1888–1976), in: Zeitgeschichte in Lebensbildern 9/1999; ders., Hermann Pünder (1888–1976), in: Rheinische Lebensbilder 12/1991; ders., Hermann Pünder (1888–1976), in: Geschichte im Westen 3/1988; Tilman Pünder, Hermann Pünder und seine Kölner Zeit, in: Jahrbuch des Kölnischen Geschichtsvereins 59/1988; Hermann Pünder a. a. O., S. 135ff; freundliche Auskunft von Tilman Pünder (Sohn), Münster.

⁷⁹ Rudolf Amelunxen a. a. O., S. 111–144.

⁸⁰ Clemens Amelunxen a. a. O., S. 21.

⁸¹ Ebd., S. 22ff, darunter eine Schrift über das so genannte Kölner Ereignis von 1837, die Absetzung des Kölner Erzbischofs von Droste-Vischering durch die preußische Regierung.

⁸² Zu Brockmann allgemein: Karl Fischer-Reichenberg, Johannes Brockmann, in: Nordrhein-Westfalen und die Entstehung des Grundgesetzes (Schriften des Landtags Nordrhein-Westfalen 2), Düsseldorf 1989; Paul Ludwig, Johannes Brockmann, in: Walter Först (Hrsg.), Aus dreißig Jahren. Rheinisch-Westfälische Politikerporträts, Köln/Berlin 1979; Hans Georg Wieck, Die Entstehung der CDU und die Wiederbegründung des Zentrums im Jahre 1945, Düsseldorf 1953.

⁸³ Lilla a. a. O., S. 108; Potthoff u. Wenzel a. a. O., S. 67f; Neue Westfälische Zeitung 13.7.1945.

⁸⁴ Freundliche Auskunft von Tilman Pünder; freundliche Auskunft von Frau Barbara Schilling, Düsseldorf, Witwe des Regierungsrats Gerhard Schilling.

⁸⁵ Dazu Hermann Pünder: Gedenkworte bei der Einweihung der Dietrich-Bonhoeffer-Volksschule in Pulheim 1960, in: Bonhoeffer Rundbrief 69/2002, S. 11–15; Pünder stieß über Ravensbrück und Buchenwald zu dem Zug.

⁸⁶ Potthoff u. Wenzel a. a. O., S. 67f; Leesch a. a. O., S. 28; 1946 amtierte Amelunxen auch als Vorsitzender des Westfälischen Provinzialrats. Zu den Mitgliedern der Provinzialregierung gehörten unter anderem der spätere NRW-Innenminister Walter Menzel sowie Hermann Höpker-Aschoff, später erster Präsident des Bundesverfassungsgerichts.

⁸⁷ Hermann Pünder a. a. O., S. 140.

⁸⁸ Die Volksvertretung. Handbuch des Deutschen Bundestags, hrsg. von Fritz Sänger, Stuttgart 1949; Vierhaus u. Herbst a. a. O.; Schumacher a. a. O.

⁸⁹ Freundliche Auskunft von Tilman Pünder, „... sein Vater habe ja schließlich auch eine vielköpfige Familie ernähren müssen ...“

⁹⁰ Münsterischer Anzeiger 27.6.1933, Nr. 664: „Regierungspräsident Dr. Pünder beurlaubt“, dazu Pünder a. a. O., S. 138ff.

⁹¹ Münsterischer Anzeiger 27.6.1933, Nr. 664.

⁹² Pünder a. a. O., S. 139.

⁹³ Ebd., obwohl sich beide recht gut kannten und keinerlei Aversionen hegten.

⁹⁴ Münsterischer Anzeiger 1.7.1933, Nr. 679.

⁹⁵ Lilla a. a. O., S. 110.

⁹⁶ Ebd.

⁹⁷ Münsterischer Anzeiger 1.7.1933, Nr. 679.

⁹⁸ Münsterischer Anzeiger 5.7.1933, Nr. 696.

⁹⁹ Hubatsch a. a. O., S. 42; Lilla a. a. O., S. 212; Peter Möhring, Ferdinand Freiherr von

Lüninck (1888–1944), in: Westfälische Lebensbilder, Bd. 17, S. 60–102; Ferdinand Freiherr von Lüninck * 3.8.1888 Ostwig/Kreis Meschede, † 14.11.1944 Berlin-Plötzensee, nach 1919 Deutschnationale Volkspartei, 1933 Oberpräsident von Westfalen, seit 1943 enge Kontakte zum Widerstand, vor allem zu Carl Goerdeler, war zeitweise als Kandidat für das Amt des Reichslandwirtschaftsministers im Gespräch, wurde 1944 hingerichtet; Pünder schreibt in seinen Erinnerungen, S. 139, dass Lüninck zu jenen harmlosen Gutgläubigen gehört habe, die meinten, durch eigene Mitarbeit die braune Flut eindämmen zu können. Dazu auch Leesch a. a. O. „Die Übertragung nahezu sämtlicher Oberpräsidentenposten – eine Ausnahme bildeten zunächst nur Westfalen und die Rheinprovinz, wo die Brüder Ferdinand (1933–1938) und Hermann Freiherr von Lüninck (1933–1935) und Hessen-Nassau, wo Prinz Philipp von Hessen (1933–1943) als Kompromisskandidaten zur Neutralisierung der miteinander rivalisierenden Gauleiter eingesetzt wurden – an nationalsozialistische Gauleiter oder hohe Parteifunktionäre ... führte bald zum Auseinanderfall der bisher in der Person des Oberpräsidenten verbundenen Einheit von Amt und Behörde.“

¹⁰⁰ In einem Brief an seine Schwiegereltern Richard und Adele Statz in Düsseldorf vom 26.6.1933 schrieb er: „Wenn auch unsere Zukunft jetzt bei den gegenwärtigen (Rechts-) Verhältnissen vollkommen ungewiss ist, ist Mitleid nicht am Platze. Dieses Ereignis habe ich seit langem bestimmt erwartet und manchmal auch erhofft. In dieser 2. Welle der sog. nationalen Revolution ist für Männer meiner Art kein Platz mehr“, freundlicher Hinweis von Tilman Pünder.

¹⁰¹ Erich Klausener * 25.1.1885 Düsseldorf, † 30.6.1934 Berlin, Jurist, zuletzt Ministerialdirektor, engagierter Katholik, Leiter der Katholischen Aktion, Vetter Hermann Pünders. Vgl. Tilman Pünder, Erich Klausener (1885–1934), in: *Zeitgeschichte in Lebensbildern* 10/2001, ders., Erich Klausener (1885–1934), Staatsdiener und Kirchenmann – Märtyrer, in: *Düsseldorfer Jahrbuch* 75/2005.

¹⁰² *Freundliche Auskunft von Tilman Pünder.*

¹⁰³ Lilla a. a. O., S. 242.

¹⁰⁴ Der „Eichenhof“ im jetzigen münsterischen Stadtteil Hiltrup, dazu auch Näheres in Pünders Erinnerungen a. a. O., S. 143–148, er kümmerte sich auch als Repräsentant eines deutsch-niederländischen Unternehmens darum, im Münsterland nach Erdöl zu bohren, voranzubringen.

¹⁰⁵ Pünder a. a. O., S. 148–174.

¹⁰⁶ Lilla a. a. O., S. 242; „20.12.1944 in einem Prozeß wegen Hochverrats freigesprochen (wegen eines durch den Generalintendanten der Preußischen Staatstheater, Heinz Tietjen, vermittelten fiktiven Interesses Görings an der Person Pünders“), vgl. Ulrich Teusch, *Gefährliches Doppelspiel. Der Theatermann Heinz Tietjen und seine Rolle in der NS-Zeit*, in: *Neue Zürcher Zeitung* Nr. 76, 2./3.4.2005.

¹⁰⁷ Pünder a. a. O., S. 174–184.

¹⁰⁸ Pünder a. a. O., S. 192, vgl. ebd. auch S. 119ff; „Zu meinen wertvollsten Erinnerungen jener Berliner Jahre gehört mein besonders vertrauensvolles, ja beinahe freundschaftliches Verhältnis zum damaligen Nuntius Pacelli, dem späteren Papst Pius XII. ...“

¹⁰⁹ *Freundliche Auskunft von Tilman Pünder.* Die britische Militärregierung hatte die Stelle vorsichtshalber einige Wochen offen gehalten. Hans Fuchs, der rheinische Oberpräsident,

war bereits am 30. April in dieses Amt berufen worden.

¹¹⁰ Rudolf Morsey, Zwischen Verwaltung und Parteipolitik. Hermann Pünder und die Gründung der CDU in Münster 1945, in: Heinz Dollinger, Horst Gründer, Alwin Hanschmidt (Hrsg.), Weltpolitik, Europagedanke, Regionalisierung – Festschrift für Heinz Gollwitzer zum 65. Geburtstag, Münster 1982.

¹¹¹ Ebd.; dazu vor allem auch Horstwalter Heitzer, Die CDU in der britischen Zone, Düsseldorf 1988.

¹¹² Tilman Pünder, Hermann Pünder a. a. O.

¹¹³ Potthoff u. Wenzel a. a. O., S. 203.

¹¹⁴ Freundliche Auskunft von Tilman Pünder, Notiz 13.4.2005.

¹¹⁵ 50 Jahre Landtag Nordrhein-Westfalen: Das Land und seine Abgeordneten, Düsseldorf 1996, S. 424.

¹¹⁶ Freundliche Auskunft von Tilman Pünder, Notiz 13.4.2005.

¹¹⁷ Clemens Amelunxen a. a. O., S. 34.

¹¹⁸ Übersichtlich bei Schumacher a. a. O., S. 322f.

¹¹⁹ Tilman Pünder * 27.12.1932, 1971–1980 Bürgermeister der Stadt Fulda, 1980–1986 Landesdirektor des Landeswohlfahrtsverbands Hessen, 1987–1989 Regierungspräsident in Gießen, 1989–1997 Oberstadtdirektor von Münster.

¹²⁰ Münsterischer Anzeiger 30.6.1933, Nr. 672: „Münsters neuer Regierungspräsident“; ebd. Nr. 674 (mit Lebenslauf); Lilla a. a. O., S. 216f.

¹²¹ Pünder a. a. O., S. 140, bestätigt auch durch eine freundliche Auskunft von Tilman Pünder.

¹²² Münsterischer Anzeiger 30.6.1933, Nr. 674.

¹²³ Freundliche Auskunft von Jürgen Schäfer, Leiter des Kreisarchivs Recklinghausen, April 2005.

¹²⁴ Häming a. a. O., S. 442; Matthaei gehörte 1933 dem Westfälischen Provinziallandtag und dem Provinzialausschuss sowie 1934 dem Provinzialrat, später auch dem Hannoverschen Provinzialrat an.

¹²⁵ Pünder a. a. O., S.140.

¹²⁶ Münsterischer Anzeiger 6.7.1933, Nr. 696: „Die Amtseinführung des neuen Regierungspräsidenten.“

¹²⁷ Ebd.

¹²⁸ Hubatsch a. a. O., S. 58; Lilla a. a. O., S. 216.

¹²⁹ Lilla a. a. O., S. 216; Freundliche Auskunft des Stadtarchivs Recklinghausen.

¹³⁰ Münsterischer Anzeiger 31.10.1934, Nr. 1153.

¹³¹ Lilla a. a. O., S. 141f; Ferdinand Eickel * 10.10.1897 Herdringen/Kreis Arnsberg, † 5.10.1980 Arnsberg, Diplomvolkswirt, 1934–1945 Landrat des Kreises Büren, nach 1945 Geschäftsführer der Kreishandwerkerschaft Arnsberg.

¹³² Freundliche Auskunft des Stadtarchivs Lüneburg, März 2005.

¹³³ Lüneburger Tageblatt 25.9.1939.

¹³⁴ Heiko Buschke, Die Sozialistische Reichspartei (SRP) im Raum Lüneburg (1949–1952) – Eine Lokalstudie zum organisierten Rechtsextremismus nach 1945 (Magisterarbeit Universität Göttingen 1991), S. 75.

¹³⁵ Ebd., S. 75.

¹³⁶ Ebd., S. 75.

¹³⁷ Ebd., S. 75, Anm. 179; Lüneburger Zeitung 31.1.1949.

¹³⁸ Ebd., S. 75.

¹³⁹ Buschke a. a. O., S. 74; Schumacher a. a. O., S. 265; Sozialistische Reichspartei, 1949 gegründete und 1952 verbotene Partei, in der sich ehemalige Wehrmachtssoldaten und überzeugte Nationalsozialisten zusammenfanden, vertrat offen NS-Standpunkte, errang 1951 in Niedersachsen 11 Prozent der Stimmen, ging danach in der bedeutungslosen Deutschen Reichspartei auf.

¹⁴⁰ Buschke a. a. O., S. 117, Anm. 42; Frankfurter Allgemeine Zeitung 4.9.1953.

¹⁴¹ Schumacher a. a. O., S. 427.

¹⁴² Landeszeitung für die Lüneburger Heide 28.8.1953.

¹⁴³ Freundliche Mitteilung des Stadtarchivs Lüneburg, März 2005.

¹⁴⁴ Dgl.

¹⁴⁵ Dgl.; Buschke a. a. O., S. 74.

¹⁴⁶ Lilla a. a. O., S. 217; Deutsche Aufbau-Vereinigung, vermutlich die von dem kurzzeitigen bayerischen Nachkriegsminister Siegfried Loritz und anderen gegründete Wirtschaftliche Aufbauvereinigung. Loritz, NS-Verfolgter, war im Juni 1951 aus der WAV kurzzeitig ausgeschlossen worden, nachdem er geplant hatte, die Wirtschaftliche Aufbauvereinigung mit der Sozialistischen Reichspartei zu vereinen. 1953 gründete Loritz, der dann aber schnell von seinen Plänen abließ, eine neue parlamentarische Gruppe der WAV, nachdem die alte Vereinigung bei der Bundestagswahl 1953 gescheitert war; vermutlich dürfte Matthaei dieser Vereinigung, wenn auch nur kurzzeitig, beigetreten sein.

¹⁴⁷ Buschke a. a. O., S. 117, Anm. 43; Freie Sozialistische Volkspartei, im März 1958 gegründete Partei aus ehemaligen, unzufriedenen Mitgliedern der Deutschen Reichspartei, soll in Nordrhein-Westfalen nur etwa einhundert Mitglieder gehabt haben, löste sich 1960 wieder auf.

¹⁴⁸ Die Hauptüberlieferung zu Kurt Matthaei und der Sozialistischen Reichspartei befindet sich im Bundesarchiv Koblenz und im Hauptstaatsarchiv Hannover. Vgl. Buschke a. a. O., S. 117, Anm. 46.

¹⁴⁹ In einem Schreiben des Regierungspräsidenten von Lüneburg, Klaus Becker, an den münsterischen Regierungspräsidenten Erwin Schleberger vom 16.8.1983 wird Lüneburg als Todesort Matthaeis angegeben. In dieser Weise berichtete auch die lokale Presse. Der in der Literatur nachzulesende Sterbeort Duisburg ist unrichtig.

¹⁵⁰ Münsterischer Anzeiger 5.11.1934, Nr. 1171 (kurzer Lebenslauf); Lilla a. a. O., S. 195; Hubatsch a. a. O., S. 58.

¹⁵¹ Häming a. a. O., S. 380; Klemm war 1933 Mitglied des Westfälischen Provinziallandtags und gehörte von 1935–1941 dem Provinzialrat an.

¹⁵² Lilla a. a. O., S. 195; Klemm hatte auch wieder am gesellschaftlichen Leben der Stadt teilgenommen und gehörte dem traditionsreichen Zwei-Löwen-Klub an. Vgl. Bernd Haunfelder, Zweihundert Jahre Zwei-Löwen-Klub 1796–1996, Münster 1996.

¹⁵³ Hubatsch a. a. O., S. 58; Lilla a. a. O., S. 290f; Gothaisches Genealogisches Taschenbuch der Gräflichen Häuser, Jahrgang 1942; Westfälische Tageszeitung (Münster) 9.12.1941.

¹⁵⁴ Freundliche Auskunft des Stadtarchivs Bottrop, April 2005; Häming a. a. O., S. 606. Graf Stosch gehörte von 1941 bis 1945 dem Westfälischen Provinzialrat an.

¹⁵⁵ Wolf Stegemann, Ein feiner Herr aus gutem Hause – Warum der Recklinghäuser Gestapo-Chef freigesprochen und sein Untergebener verurteilt wurde, in: Wolf Stegemann (Hrsg.), Dorsten nach der Stunde 0, Dorsten 1986, S. 156ff.

¹⁵⁶ Ebd., S. 156.

¹⁵⁷ Ebd., S. 157.

¹⁵⁸ Ebd., S. 158.

¹⁵⁹ Hubatsch a. a. O., S. 58f; Lilla a. a. O., S. 152.

¹⁶⁰ Lilla a. a. O., S. 61.

¹⁶¹ Lilla a. a. O., S. 152; dazu auch Alfred Hartlieb von Wallthor, Bernhard Salzmann (1886–1959), in: Westfälische Lebensbilder XIV, Münster 1987, S. 219; Häming a. a. O., S. 279. Fründt gehörte von 1942–1945 dem Westfälischen Provinzialrat an.

¹⁶² Lilla a. a. O., S. 257; Dass Ruhs bereits 1942 vertretungsweise das Amt des münsterischen Regierungspräsidenten innehatte, wie Hubatsch auf S. 59 angibt, bestätigt Lilla nicht.

¹⁶³ Lilla a. a. O., S. 257, Anm. 104.

¹⁶⁴ Ebd., S. 257.

¹⁶⁵ Ebd. ausführlich, S. 15–19; dazu auch Leesch a. a. O., S. 15–37; Clemens Amelunxen a. a. O. bezeichnete das Oberpräsidium während der NS-Zeit als „eine kleine Aufsichtsbehörde ohne eigenen Unterbau, lediglich als das Auge des Ministeriums in der Provinz“.

¹⁶⁶ Ebd.; Der Gau Westfalen-Nord umfasste die Regierungsbezirke Münster und Minden, Westfalen-Süd war deckungsgleich mit dem Regierungsbezirk Arnsberg.

¹⁶⁷ Ebd.

¹⁶⁸ Leesch a. a. O., S. 21.

¹⁶⁹ Heinz-Jürgen Priamus, Alfred Meyer (1891–1945), in: Westfälische Lebensbilder, Bd. 17, S. 129–153. Alfred Meyer (5.10.1891 Göttingen – Todesdatum und Todesort unbekannt, vermutl. April 1945 bei Hessisch-Oldendorf), promovierter Volkswirt, 1928ff NSDAP, 1931–1945 Gauleiter des Gaus Westfalen, Jan. 1942 Teilnehmer an der Wannseekonferenz, 1942–1945 Reichsverteidigungskommissar im Wehrkreis VI, vgl. Lilla a. a. O., S. 220f.

¹⁷⁰ Lilla a. a. O., S. 18.

¹⁷¹ Bernd Walter, Karl Friedrich Kolbow (1899–1945), in: Westfälische Lebensbilder, Bd. 17, S. 203–240.

¹⁷² Lilla a. a. O., S. 18.

¹⁷³ Vgl. dazu Wilfried Beer, Kriegsalltag an der Heimatfront. Allierter Luftkrieg und deutsche Gegenmaßnahmen zur Abwehr und Schadensbegrenzung, dargestellt am Raum Münster, Bremen 1990.

¹⁷⁴ 1920 gegründeter Nationaler Kampfbund für den Neuaufbau Deutschlands, vereinigte die „vom Fronterlebnis geprägte“ Jugend, zählte fast 200.000 Mitglieder, hatte seinen Schwerpunkt in West- und Mitteldeutschland, vertrat antiparlamentarische und antikapitalistische Ziele, plädierte ursprünglich für Volksgemeinschaft und Führerstaat.

¹⁷⁵ Lilla a. a. O., S. 257, gemeint ist wohl die nach der Auflösung der NSDAP nach dem so genannten Hitler-Putsch von 1923 gebildete Nachfolgeorganisation „Nationalsozialistische

Freiheitsbewegung Großdeutschlands“, die bei den Reichstagswahlen 1924 insgesamt 14 Mandate errang.

¹⁷⁶ Leesch a. a. O., S. 21.

¹⁷⁷ Potthoff u. Wenzel a. a. O., S. 67f, u. a. Arbeit, Ernährung, Finanzen, Verwaltung, Kultus, Verkehr, Wiederaufbau, Wirtschaft u. Wohlfahrt; Clemens Amelunxen a. a. O., S. 29, der Begriff der „Generalreferenten“ sei eine Erfindung seines Vaters gewesen.

¹⁷⁸ Rudolf Amelunxen a. a. O., S. 152; Clemens Amelunxen a. a. O., S. 29.

¹⁷⁹ Clemens Amelunxen a. a. O., S. 29f.

¹⁸⁰ Ebd., S. 30, Amelunxen irrt indes hinsichtlich des Status Oers als eines „Regierungspräsidenten ohne Territorium“.

¹⁸¹ Lilla a. a. O., S. 230f; Freundliche Auskunft von Professor Dr. Rudolfine Freiin von Oer, der Tochter des Freiherrn Clemens von Oer, Legden; Der 2005 von Oberarchivrat Dr. Werner Frese vom Westfälischen Archivamt bearbeitete Nachlass Clemens von Oers befindet sich auf Haus Egelborg.

¹⁸² Pünder a. a. O., S. 51.

¹⁸³ Freundliche Auskunft von Rudolfine Freiin von Oer, Legden.

¹⁸⁴ Bernd Haunfelder, Der „streitbare“ Baron. Antonius Freiherr von Oer (1896–1968), in: Münster – Zentrum der Landwirtschaft. Hrsg. v. Fritz Dieckmann u. Gisbert Strottdrees, Münster 1993.

¹⁸⁵ Oer sprach „von einer Zwangsehe mit dem rheinischen Mädchen, das nicht einmal den rheinischen Wein mit in die Ehe bringt.“ Freundliche Auskunft von Rudolfine Freiin von Oer; zu seiner Rolle 1945/46 im Verlauf der Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen, besonders Wolfgang Hölscher, Nordrhein-Westfalen. Deutsche Quellen zur Entstehungsgeschichte des Landes 1945/46, Düsseldorf 1988.

¹⁸⁶ Freundliche Auskunft von Rudolfine Freiin von Oer.

¹⁸⁷ Die folgenden Angaben entstammen der Personalakte Hackethals, Landesarchiv NRW, Staatsarchiv Münster, Regierung Münster, Ah 83; dazu auch: Landkreistag Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Dokumentation über die Landräte und Oberkreisdirektoren in Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1992.

¹⁸⁸ Personalakte Hackethals, Landesarchiv NRW, Staatsarchiv Münster, Reg. Münster, Ah 83.

¹⁸⁹ Ebd., die beglaubigten Abschriften dieser und anderer Vorgänge nach der „Machtergreifung“ hatte Hackethal in seinem Anfang 1951 angestrebten Wiedergutmachungsverfahren betreffend die Jahre 1937–1945 vorgelegt. Dem Antrag wurde am 10. Januar 1952 durch das nordrhein-westfälische Innenministerium stattgegeben.

¹⁹⁰ Ebd.

¹⁹¹ Dazu vor allem Dokumentation Wiederaufbau Münster. Beiträge zur Stadtforschung – Stadtentwicklung – Stadtplanung, Redaktion Niels Gutschow u. Regine Stierner, Münster 1980, S. 201–204; Dies., Dokumentation Wiederaufbau der Stadt Münster 1945–1961, Münster 1982, S. 115–118; „Der Regierungspräsident hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß der Bauherr die Verantwortung für das Bauwerk trägt.“

¹⁹² Westfälische Nachrichten 18.12.1951; Die Glocke 18.12.1951; Münstersche Zeitung 21.6.1955; Münsterisches Tageblatt 21.6.1955.

¹⁹³ Tecklenburger Landbote 12.10.1966

¹⁹⁴ Westfälische Nachrichten 27.1.1968/15.1.1982; Handbuch Landtag NRW 1947; Die Volksvertretung. Handbuch des Deutschen Bundestags, hrsg. von Fritz Sänger, Stuttgart 1949.

¹⁹⁵ Danach waren in den Regierungsbezirken Arnsberg und Köln stets Kandidaten der SPD, in den Regierungsbezirken Münster und Detmold stets Kandidaten der CDU zu berücksichtigen.

¹⁹⁶ Wolf Bierbach, Fritz Steinhoff, in: Walter Först (Hrsg.), Aus dreißig Jahren. Rheinisch-Westfälische Politikerporträts, Köln/Berlin 1979; Friedrich Keinemann, Fritz Steinhoff, Oberbürgermeister von Hagen und nordrhein-westfälischer Ministerpräsident, Hagen 1975; ders., Von Arnold zu Steinhoff und Meyers. Politische Bewegung und Koalitionsbildungen in Nordrhein-Westfalen 1950–1962, Münster 1973; Detlev Hüwel u. Jürgen Rosorius (Hrsg.), Der Politiker Karl Arnold. Ministerpräsident und Sozialreformer, Düsseldorf 1982; Detlev Hüwel, Karl Arnold. Eine politische Biographie, Wuppertal 1980; Walter Först, Karl Arnold, in: Zeitgeschichte in Lebensbildern, 2/1975.

¹⁹⁷ Vom 15.9.1950 bis zum 21.7.1958 amtierte Rudolf Amelunxen als Justizminister.

¹⁹⁸ Potthoff u. Wenzel a. a. O.; 50 Jahre Landtag Nordrhein-Westfalen – Das Land und seine Abgeordneten (Schriften des Landtags Nordrhein-Westfalen 9), Düsseldorf 1996.

¹⁹⁹ Vierhaus u. Herbst a. a. O.; Schumacher a. a. O.

²⁰⁰ Westfälische Nachrichten 8.5.1957.

²⁰¹ Westfälische Nachrichten 15.1.1982.

²⁰² Westfälische Nachrichten 11.12.1958

²⁰³ Friedrich Keinemann a. a. O., S. 170.

²⁰⁴ Friedrich Keinemann a. a. O.

²⁰⁵ Freundliche Auskunft von Dr. Bernhard Schneeberger, Münster.

²⁰⁶ Die Angaben über den Berufsweg wurden mit freundlicher Genehmigung der Bezirksregierung Münster der Personalakte entnommen.

²⁰⁷ Ebd.

²⁰⁸ Westfälische Nachrichten 5.5.1959

²⁰⁹ Freundliche Auskunft über Abriss und Neubau des Regierungsgebäudes von Herrn Dombaumeister a.D. Dipl.-Ing. Bernhard Dirksmeier, Münster. Von ihm stammen auch die Entwürfe der Domkammer, des vormaligen Schulkollegiums und des Oberverwaltungsgerichts, sämtlich Münster; vgl. dazu ausführlich den Beitrag Bernhard Dirksmeiers, Der Neubau der Bezirksregierung am Domplatz in Münster, in: Regierung Münster 1971 (Hrsg.), Zur Einweihung des neuen Dienstgebäudes, Münster 1971; Der Verfasser gewährt darin einen guten Einblick in die Planungsgrundsätze des Neubaus.

²¹⁰ Vgl. Westfälische Nachrichten 1.3.1969, „Aluminium oder Beton“, Interview mit Bernhard Dirksmeier.

²¹¹ Freundliche Auskunft von Dr. Bernhard Schneeberger, Münster.

²¹² Vgl. Landkreistag Nordrhein-Westfalen a. a. O.; Heinz Hakenlücke, Beiträge zur Geschichte des Landkreistages, in: Franz Möller u. Joachim Bauer (Hrsg.), Der Landkreistag Nordrhein-Westfalen 1947–1997, darin ausführliche Darlegung der Rolle Möcklinghoffs als Vertreter des Landkreistags in verschiedenen Sachverständigenkommissionen zur kommunalen Gebietsreform Nordrhein-Westfalens, S. 171–191; Willy Schmitz, Die Landräte und Oberkreisdirektoren der Kreise Coesfeld und Lüdinghausen, in: Oberkreisdirektor des Kreises

Coesfeld (Hrsg.), Der Kreis Coesfeld, Dülmen 1985.

²¹³ Amtszeit vom 1.10.1959 – 28.2.1973; Westfälische Nachrichten 16.7.1959/29.9.1959.

²¹⁴ Gespräch mit Staatsminister a. D. Dr. Egbert Möcklinghoff im Oktober 2005.

²¹⁵ Heinrich Köppler (1925–1980), 1970–1980 CDU-Fraktionsvorsitzender im nordrhein-westfälischen Landtag.

²¹⁶ Heinrich Ostrop, * 22.1.1925 Olfen/Kreis Coesfeld, 1966–1985 Mitglied des nordrhein-westfälischen Landtags, von Mai 1983 bis Mai 1985 stellvertretender Vorsitzender der CDU-Fraktion.

²¹⁷ Gespräche mit Staatsminister a. D. Dr. Egbert Möcklinghoff im Oktober 2005.

²¹⁸ Vgl. Christa Ellersiek u. Wolfgang Becker, Das Celler Loch. Geschichte einer Geheimdienstaffäre, Hamburg 1987.

²¹⁹ Vgl. Anm. 202.

²²⁰ Eduard Heinrich von Flottwell * 23.7.1786 Insterburg, † 25.5.1865 Berlin, 1846–1850 Regierungspräsident in Münster, zgl. Oberpräsident, 1844–1846 preußischer Finanzminister, 1858–1859 preußischer Innenminister.

²²¹ Franz von Duesberg, 1846–1848 preußischer Finanzminister, vgl. Anm. 8.

²²² Friedrich von Kühlwetter * 17.4.1804 Düsseldorf, † 2.12.1882 Münster, 1871–1882 Regierungspräsident in Münster, zgl. Oberpräsident, 1848 preußischer Innenminister.

²²³ Gespräche mit Staatsminister a. D. Dr. Egbert Möcklinghoff im Oktober 2005.

²²⁴ Gespräche mit Staatsminister a. D. Dr. Egbert Möcklinghoff im Oktober 2005.

²²⁵ Gespräche mit Staatsminister a. D. Dr. Egbert Möcklinghoff im Oktober 2005.

²²⁶ Freundliche Auskunft des WDR Münster und Dr. Bernhard Schneebergers.

²²⁷ Westfälische Nachrichten 15.7.1978 „Es kommt auf die politische Antenne an“, Gerhard Schniederjost im Gespräch mit Erwin Schleberger.

²²⁸ Westfälische Nachrichten 19.6.1978 „Das Personal-Karussell rotiert“.

²²⁹ * 15.5.1928 Münster, 1969–1973 Oberkreisdirektor Kreis Münster, 1973–1989 Oberstadtdirektor Münster.

²³⁰ * 19.12.1921 Wuppertal-Elberfeld, 1960–1969 Oberkreisdirektor Kreis Münster, 1969–1986 Erster Landesrat Landschaftsverband Westfalen-Lippe.

²³¹ * 3.2.1925 Emmerich, † 20.1.1993 Münster, 1964–1972 Oberbürgermeister von Münster, 1970–1990 Mitglied des nordrhein-westfälischen Landtags, aussichtsreichster Kandidat für das Amt des Kultusministers im Falle einer CDU-Regierungsübernahme in Düsseldorf.

²³² * 13.7.1930 Hamm, 1964–1979 Oberbürgermeister von Hamm, 1975–1980 Mitglied des nordrhein-westfälischen Landtags.

²³³ * 21.11.1933 Kirchhundem, 1968–1987 Oberkreisdirektor des Kreises Olpe.

²³⁴ „Hirschs Rache“, in: Rheinischer Merkur 14.7.1978.

²³⁵ Vgl. Landkreistag Nordrhein-Westfalen a. a. O.; Vierhaus u. Herbst a. a. O.

²³⁶ Freundliche Auskunft von Regierungspräsident a. D. Erwin Schleberger, Münster.

²³⁷ Westfälische Nachrichten 8.7.1978.

²³⁸ Westfälische Nachrichten 3.11.1990.

²³⁹ Die Ausführungen über die Amtszeit Schlebergers verdanke ich verschiedenen mit dem ehemaligen Regierungspräsidenten im August 2005 geführten Gesprächen.

²⁴⁰ Erwin Schleberger, „Im Griff der Bürokraten“, in: Die Zeit 27.10.1978;

„Ein Rebell gegen gerebelten Majoran. Die radikalen Ansichten des Erwin Schleberger“, in: Münstersche Zeitung 6.10.1978.

²⁴¹ Recklinghäuser Zeitung 2.11.1990.

²⁴² Die Glocke 1.11.1990.

²⁴³ Erwin Schleberger, „Im Griff der Bürokraten“, in: Die Zeit 27.10.1978.

²⁴⁴ Westfälische Nachrichten 30.9.1995; Die Glocke 30.9.1995.

²⁴⁵ Vincke amtierte von 1815 bis 1844 in gleicher Eigenschaft als Oberpräsident der Provinz Westfalen und als Regierungspräsident von Münster, Duesberg amtierte von 1850 bis 1871 in gleicher Weise.

²⁴⁶ Twenhöven war 1990 für den Wahlkreis „Münster I“ in den nordrhein-westfälischen Landtag gewählt worden. Von 1990 bis 1995 war er Vorsitzender des Ausschusses für Kommunalpolitik.

²⁴⁷ „Er kennt die Region und pflegte die Zusammenarbeit.“ Westfälische Nachrichten 25.10.1995.

²⁴⁸ Westfälische Nachrichten 30.10.1995.

²⁴⁹ Freundliche Auskunft von Regierungspräsident Dr. Jörg Twenhöven.

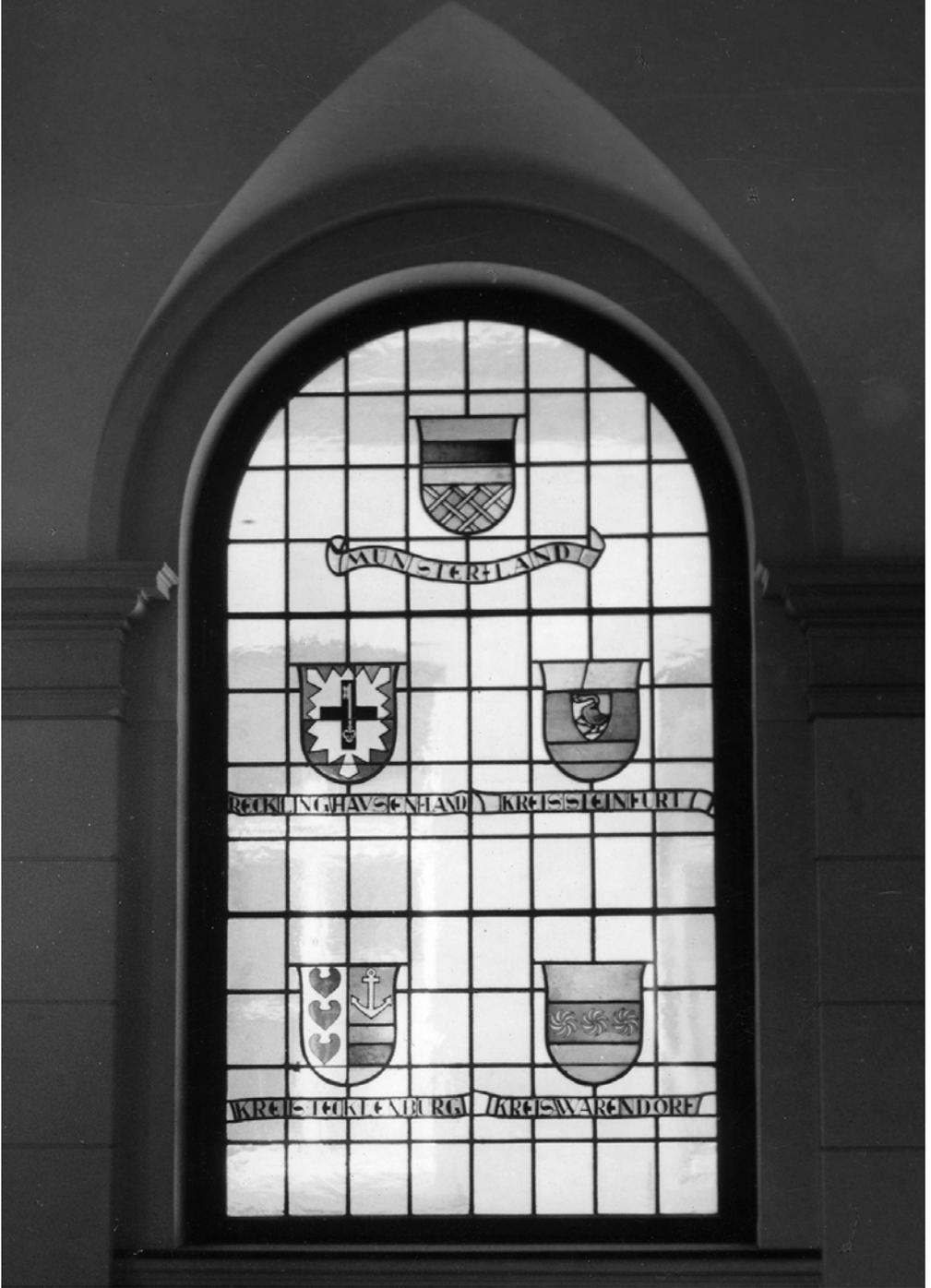
²⁵⁰ Westfälische Nachrichten 19.8.1985 „Paderborn: Twenhöven in den CDU-Landesvorstand gewählt.“

²⁵¹ Westfälische Nachrichten 18.10.1984 „Der neue Oberbürgermeister von Münster heißt Dr. Jörg Twenhöven.“

²⁵² Westfälische Nachrichten 9.11.1994 „Gleichgewicht für Münster erhalten. Rückblick auf zehn Amtsjahre Twenhöven“ (Interview mit Erhard Obermeyer); Münstersche Zeitung 12.11.1994 „Dr. Jörg Twenhöven setzte als Oberbürgermeister Maßstäbe.“



Portal des alten, im Herbst 1965 abgetragenen Regierungsgebäudes



Wappenfenster aus dem ehemaligen Regierungspräsidium



Alfred von Gescher amtierte von 1897 bis 1909 als Regierungspräsident. Der gebürtige Münsteraner hatte die meiste Zeit seiner Karriere im Rheinland zugebracht. Vor seiner Berufung in die westfälische Provinzialhauptstadt war Gescher Regierungsvizepräsident in Düsseldorf. Gescher betätigte sich auch politisch. Von 1909 bis 1918 vertrat er den Wahlkreis Tecklenburg im preußischen Abgeordnetenhaus. Er gehörte der Konservativen Partei an.



Jaroslaw von Jarotzky wurde 1909 zum Regierungspräsidenten von Münster berufen. Zuvor hatte er als Regierungspräsident von Danzig amtiert, wie er überhaupt bisher nur im Osten der Monarchie eingesetzt worden war. Bereits 1913 berief ihn das Staatsministerium zum Ministerialdirektor im preußischen Innenministerium. Nach 1918 stand Exzellenz von Jarotzky an der Spitze der schleswig-holsteinischen Finanzverwaltung in Kiel.

Felix Graf von Merveldt, von 1913 bis 1922 münsterischer Regierungspräsident, gehörte zu den wenigen Amtsinhabern, die aus der Region stammten. Vor seinem Amtsantritt war Merveldt 20 Jahre recht erfolgreicher Landrat des Kreises Recklinghausen. Seine Absetzung als Regierungspräsident 1922 aus Gründen angeblich fehlender Loyalität der Republik gegenüber sorgte im Münsterland für beträchtliches Aufsehen.



1922 trat der Landrat des Kreises Arnsberg, Heinrich Haslinde, an die Spitze der münsterischen Regierung. Anfang 1926 berief Reichskanzler Hans Luther den der Zentrumspartei angehörenden Haslinde zum Landwirtschaftsminister. Das Amt behielt er aber nur ein Jahr. 1927 übernahm er, nachdem sein bisheriger Posten in Münster besetzt worden war, wieder sein früheres Amt als Landrat in Arnsberg. 1933 wurde er abgesetzt.

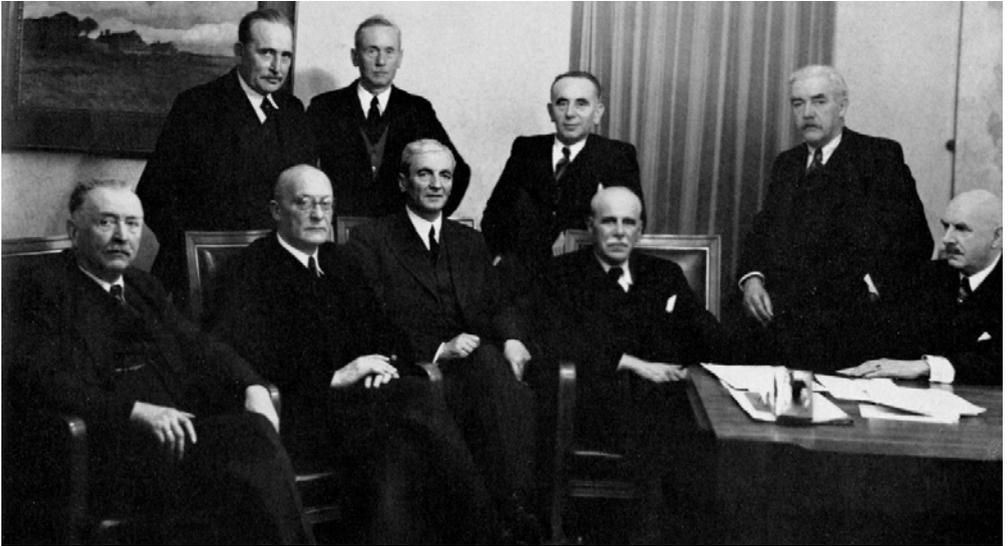




1926 berief der preußische Innenminister den Ministerialrat und persönlichen Referenten des preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun, Rudolf Amelunxen, zum Regierungspräsidenten von Münster. Dem neuen Amtsinhaber eilte der Ruf eines ausgezeichneten Verwaltungsfachmanns voraus. Durch sein forsches Auftreten machte er sich in Münster zu Anfang aber nicht nur Freunde. Bis zu seiner Ablösung 1932 zählte er unter den preußischen Regierungspräsidenten zu den mutigsten Gegnern der NSDAP.



Anfang Juli 1945 ernannte die Militärregierung Rudolf Amelunxen zum Oberpräsidenten der Provinz Westfalen. Für das Amt war eigentlich Hermann Pünder vorgesehen, doch ihn vermochten die Briten in den Nachkriegswirren nicht ausfindig zu machen. Das Bild zeigt die Begrüßung des soeben aus Rom zurückgekehrten Kardinals Graf Galen durch Amelunxen am 16. März 1946 vor dem zerstörten Westportal des Doms. Im August wurde Amelunxen erster Ministerpräsident Nordrhein-Westfalens.



Erste Konferenz der Länderchefs der britischen Zone am 26. Mai 1945 in Lübeck. Als Zweiter von links, sitzend, ist Rudolf Amelunxen zu erkennen. Hinter ihm steht der Bremer Bürgermeister Wilhelm Kaisen.



Im Sommer 1930 berät das Kabinett im Garten der Reichskanzlei über die schwierigen Wirtschafts- und Finanzprobleme Deutschlands. Als Vierter von rechts ist Staatssekretär und Chef der Reichskanzlei Dr. Hermann Pünder zu sehen. Links neben ihm sitzt Reichskanzler Brüning, daneben Finanzminister Dietrich und Landwirtschaftsminister Schiele. Dietrich gegenüber ist der preußische Wohlfahrtsminister Hirtsiefer zu erkennen.



Konrad Adenauer und Hermann Pünder, im Jahr 1948. Hermann Pünder war 1932 an die Spitze der münsterischen Regierung berufen worden. Nach der „Machtübernahme“ Hitlers 1933 wurde er entlassen.



Am 7. August 1950 wurde das Europahaus in Straßburg seiner Bestimmung übergeben. Führende europäische Politiker, unter ihnen zum ersten Mal auch deutsche Vertreter, waren anwesend. Bei dieser Gelegenheit unterhielten sich Winston Churchill und Dr. Hermann Pünder.

Nachfolger Pünders als Regierungspräsident wurde im Juli 1933 der kurzzeitige Landrat des Kreises Recklinghausen, Kurt Matthaei, der vor der „Machtergreifung“ einige Zeit als Beigeordneter der Stadt Marl tätig war. Matthaei, Parteimitglied erst seit 1932 und danach überzeugter Nationalsozialist, wurde bereits 1934 als Regierungspräsident nach Lüneburg versetzt. Die Gründe für den Wechsel blieben im Dunkeln. Nach 1945 betätigte sich Matthaei in verschiedenen rechtsradikalen Parteien.



Ende 1934 wurde Kurt Klemm, bisher Polizeipräsident in Recklinghausen, zum neuen münsterischen Regierungspräsidenten berufen. Das Amt hatte aber längst seine frühere Bedeutung verloren. Klemm und seine Nachfolger waren lediglich Befehlsempfänger des mächtigen Gauleiters Alfred Meyer geworden. 1941 wurde Kurt Klemm ins Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete abgeordnet. 1943 trat er in den einstweiligen Ruhestand. Nach dem Krieg lebte er als „Regierungspräsident a.D.“ in Münster.





Im Dezember 1941 trat der Oberbürgermeister von Bottrop, Günther Graf von Stosch, an die Spitze der münsterischen Regierung. Aber bereits im März 1943 wurde er in gleicher Funktion nach Minden versetzt. Stosch musste sich nach dem Krieg als Leiter der Staatspolizeistelle Recklinghausen von 1933 bis 1935 vor Gericht verantworten. Den umfangreichen Folterungen seiner Untergebenen habe er nicht Einhalt gebieten können, so Stosch. Das nahm ihm auch das Gericht ab und sprach ihn frei.

Theodor Fründt, Rechtsanwalt aus Elmshorn und 1932/33 kurzzeitig NSDAP-Reichstagsabgeordneter, übernahm zunächst von März bis Dezember 1943 und dann noch einmal von 1944 bis Kriegsende die kommissarische Wahrnehmung der Amtsgeschäfte des münsterischen Regierungspräsidenten.



Eine Sonderrolle, auch aufgrund seiner Amtsbezeichnung „Regierungspräsident beim Oberpräsidenten“, nahm 1945 Clemens Freiherr von Oer, ein altgedienter Zentrums- und Gegner des NS-Systems, ein. Mit Oberpräsident Rudolf Amelunxen, als dessen Stellvertreter er amtierte, suchte Oer Ordnung in das Chaos der unmittelbaren Nachkriegszeit zu bringen. Wie sein Chef war auch von Oer ein strikter Gegner des Zusammenschlusses der Nordrhein-Provinz und der Provinz Westfalen zum Land Nordrhein-Westfalen.



Zum ersten münsterischen Regierungspräsidenten nach dem Krieg ernannte die britische Militärregierung im Juni 1945 Franz Hackethal, einen vollkommen unbelasteten Verwaltungsfachmann und Gegner des NS-Systems. Das war auch der Grund, weshalb Hackethal den Briten wiederholt energisch gegenüberzutreten konnte. Der Regierungsbezirk Münster verdankt ihm den Wiederaufbau einer demokratischen Verwaltungsstruktur und die Überwindung großer Nachkriegsnot.

1953 kam Bundespräsident Theodor Heuss aus Anlass des Deutschen Bauerntags nach Münster. Bei dieser Gelegenheit fielen seine denkwürdigen Worte, mit denen er sinngemäß zum Ausdruck brachte, dass Münster die schönste Stadt Deutschlands sei. Nach seinen offiziellen Terminen gab der Regierungspräsident auf dem Schloss des Reichsfreiherrn von Twickel in Havixbeck einen Empfang für den Bundespräsidenten. Das Bild zeigt Franz Hackethal bei der Begrüßung des populären Staatsoberhauptes.





Dr. Bernhard Reismann nach einer Abbildung im ersten Handbuch des Deutschen Bundestags von 1949. Der spätere münsterische Regierungspräsident, Mitglied der Zentrumspartei, gehörte von 1946 bis 1949 dem Landtag von Nordrhein-Westfalen an und war von 1946 bis 1947 Fraktionsvorsitzender. Im Bundestag saß er von 1949 bis 1953. Im Jahre 1957 berief ihn die Landesregierung unter Ministerpräsident Fritz Steinhoff, SPD, zum münsterischen Regierungspräsidenten.



Festakt im münsterischen Stadttheater aus Anlass der Amtseinführung des neuen münsterischen Regierungspräsidenten Bernhard Reismann am 8. Mai 1957. Im Bild nimmt Reismann die Glückwünsche des nordrhein-westfälischen Innenministers Hubert Biernat, SPD, entgegen. Links ist der münsterische Bischof Michael Keller zu erkennen.

Erst nach längerem Suchen fand die Landesregierung einen Nachfolger für Bernhard Reismann, den Ministerpräsident Franz Meyers in den einstweiligen Ruhestand versetzt hatte. Josef Schneeberger, bisher Ministerialdirigent im Bundesinnenministerium und davor viele Jahre im rheinland-pfälzischen Innenministerium tätig, nahm die auf ihn gefallene Wahl an. Schneeberger stand in den Jahren des größten wirtschaftlichen Wachstums an der Spitze der münsterischen Regierung.



Am 28. Februar 1973 führte der nordrhein-westfälische Innenminister Willi Weyer, FDP, den bisherigen Oberkreisdirektor des Kreises Lüdinghausen, Dr. Egbert Möcklinghoff, in das Amt des münsterischen Regierungspräsidenten ein. Rechts ist sein Amtsvorgänger Josef Schneeberger zu sehen, der von 1959 bis 1973 amtierte.



Dr. Egbert Möcklinghoff bei der Leistung des Amtseids vor Innenminister Weyer am 28. Februar 1973. Die Amtseinführung war ein gesellschaftliches Ereignis, zu dem alle Amtschefs der Bundes- und Landesbehörden sowie Vertreter der Kirchen, der Universität und der Bundeswehr eingeladen wurden.



1978 berief der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht Egbert Möcklinghoff zum Innenminister in Hannover. Helmut Kohl, Kurt Biedenkopf und der münsterische Landtagsabgeordnete Heinrich Ostrop hatten Albrecht auf Möcklinghoff, der über große Verwaltungserfahrung verfügte, aufmerksam gemacht. Das Amt behielt der frühere Regierungspräsident bis Juli 1986. Von 1977 bis 1995 stand Möcklinghoff zudem an der Spitze des Landesverbands Westfalen-Lippe des Deutschen Roten Kreuzes.

Seine Berufung hatte in Münster große Überraschung ausgelöst. Den Namen des aus dem Rheinland stammenden Beigeordneten des Deutschen Städtetags, Erwin Schleberger, hatte hier niemand auf der Rechnung. Als die Ernennung bekannt gegeben wurde, glaubten viele an eine Verwechslung mit dem früheren Amtsinhaber Josef Schneeberger. Der neue Herr am Domplatz lebte sich schnell ein und fühlte sich bald als Münsterländer. Unter allen Regierungspräsidenten sollte er am längsten amtieren, ganze 17 Jahre.



In der Amtszeit Schlebergers veränderte sich das Aufgabengebiet des Regierungspräsidenten gegenüber früheren Jahren in hohem Maße.





Am 27. Juli 1995 wurde Regierungspräsident Erwin Schleberger zum Kommandeur des Ordens von Oranien-Nassau ernannt. Den Orden überreichte ihm der Kommissar der Königin in der Provinz Overijssel, Jan Hendrixx. Dr. med. Ilse Schleberger beobachtet die Zeremonie.

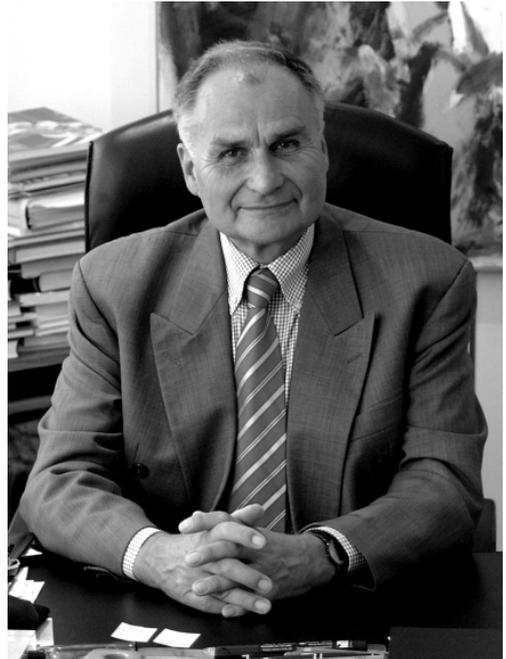


Die Berufung des vormaligen münsterischen Oberbürgermeisters und CDU-Landtagsabgeordneten Dr. Jörg Twenhöven zum Regierungspräsidenten stellte 1995 keine Überraschung dar. Die Landesregierung berief einen erfahrenen Verwaltungsfachmann und weithin anerkannten Kulturpolitiker in dieses hohe Amt.



Dr. Jörg Twenhöven begrüßte am 3. November 1986 als münsterischer Oberbürgermeister Bundespräsident Richard von Weizsäcker, der der in Hilstrup ansässigen Polizeiführungsakademie einen Besuch abstattete. Rechts steht der Bundestagsabgeordnete Dr. Friedrich Adolf Jahn.

2006 endete die 11-jährige Amtszeit von Dr. Jörg Twenhöven. Er war der einzige Regierungspräsident der Nachkriegszeit, der unter vier Ministerpräsidenten das hohe Amt führte, bis 1998 unter Johannes Rau, bis 2002 unter Wolfgang Clement, bis 2005 unter Peer Steinbrück und seit Mai jenes Jahres unter Ministerpräsident Jürgen Rüttgers.





Im Jahr 2003 blickte die „Regierung zu Münster“, wie sie im Sprachgebrauch der preußischen Verwaltung lange Zeit genannt wurde, auf den 200. Jahrestag ihres Bestehens zurück. Nach der preußischen Inbesitznahme war Karl Freiherr vom Stein 1803 an die Spitze der Kriegs- und Domänenkammer Münster getreten. Heute gehört die Behörde zu den ältesten, politische Umbrüche und vermeintliche historische Zeitenwenden überdauernden Einrichtungen in Deutschland. 20 Persönlichkeiten der Verwaltung einschließlich kommissarischer Verwalter werden in dieser Darstellung über die Regierungspräsidenten des 20. Jahrhunderts vorgestellt, von Alfred von Gescher bis Dr. Jörg Twenhöven.



Bezirksregierung
Münster

NRW.